

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Block-, Kanzler- und Ministerkrise.

Zu einer Ministerkrise und einem bölligen Durcheinander im Reichstag ist es über Nacht gekommen. Nicht unerwartet! Der Vorstoß Paasches am Donnerstag war das Vorspiel, das die Krise zum Ausbruch gebracht hat. Aber der wahre Grund war der Zwiespalt, der sich zwischen den einzelnen Blockparteien und der Regierung über die Blockpolitik, insbesondere die Steuerfragen ergeben hat. Obendrein setzte sich der Eindruck fest, daß Meinungsunterschiede tiefergehender Natur zwischen dem Reichskanzler und einzelnen Ministern bestehen. Es war aufgefallen, daß in den vorausgegangenen Verhandlungen Fürst Bülow die Bekämpfung der direkten Steuern ausschließlich seinen Ministerkollegen v. Stengel und v. Rheinbaben überlassen hatte und sich mit einigen oberflächlichen Betrachtungen aus der Affäre zog. Es sei gleichgültig, ob eine Steuer eine direkte oder indirekte zu nennen sei. Das erweckte den Anschein, daß Bülow für seine Person keineswegs auf dem Standpunkt unbedingter Ablehnung direkter Steuern stehe. Indem er davor warnte, sich auf Prinzipien in Steuerfragen festzulegen, mußte er den Glauben herborkufen, daß es ihm ganz gleichgültig sei, auf welche Weise das Geld aufgebracht wird für Reichszwecke, wenn er nur alle die Summen erhält, die er verlangt.

Im Block gingen die Meinungen über die Steuerfragen schroff auseinander. Die Nationalliberalen und die Freisinnigen, aber auch die Antisemiten und teilweise die Freikonservativen sind für direkte Steuern. Zum Festhalten an dieser Anschauung wurde diese eine Gruppe der Blockbrüder jedenfalls durch Bülows zweideutiges Verhalten ermutigt. Die Konservativen dagegen wollen wie das Zentrum nur indirekte Steuern bewilligen. Für keinerlei Steuerkombination ist also augenblicklich eine klar erkennbare Mehrheit vorhanden!

Trotzdem lag ein zwingender Grund zu einer Reichstags- oder Ministerkrise noch nicht vor, da ja noch nicht einmal festgestellt, welche Steuerentwürfe denn überhaupt die Regierung vorlegen wird. Da kam der Paaschesche Vorstoß gegen die Vertuschungspolitik im Heerwesen, der in erster Reihe den Kriegsminister v. Einem zur Rechenschaft zog und einen erbitterten Zusammenstoß mit der Rechten herbeiführte.

Wie üblich in Preußen und im Deutschen Reich hat sich nun hinter den Kulissen irgend etwas abgespielt, was die Krise zum Ausbruch brachte. Nur die engeren Blockvertreuten waren darüber bei Beginn der Sitzung unterrichtet. Die Kullenschieber des Blocks hatten geplant, in dieser Situation nur den Kriegsminister v. Einem sprechen zu lassen, und dann, ehe die Kritik der Opposition, des Zentrums oder der Sozialdemokratie, einsetzen könnte, die Vertagung des Reichstages zu erzwingen. So war's geplant. Die Tapferkeit der Drahtzieher verpfuschte diesen Ueberrumpelungsplan jedoch erheblich.

Herr v. Einem, genannt Rothmaler, wie sein voller Name lautet, ist ein gewandter Redner, dem ein bei preussischen höheren Offizieren ungewohnter Wiederstandston zu eigen ist. Den ehemaligen Kavalleristen sieht man ihm nicht an; eher macht der unterlegte, semmelblonde Herr mit der bleichen Gesichtsfarbe den Eindruck, daß man es mit einem Schuldirektor zu tun hat, der zeitweilig Reservoffizierdienste verrichtet. Bei seinem Auftreten im Hause wie in der Budgetkommission benahm er sich stets sehr geschickt; nie sind ihm solche Brüstierungen wie Herrn Bronsart v. Schellendorff oder Ungeschicklichkeiten wie Herrn v. Gohler passiert. Ein Bahndreher neuer Ideen ist er auf keinem Gebiete, auch nicht im Heerwesen. Er schwimmt mit dem Strom und huldigt, so weit das bei einem Kriegsminister in Erscheinung tritt, konservativen Anschauungen mit stark religiösem Einschlag. Aber dabei hat er's faustdick hinter den Ohren. Hinter der biedermännischen Miene, dem gemüthlichen Ton ist eine große Verschlagenheit verborgen. Er versteht es vorzüglich, an unbequemen Dingen vorbeizureden, schwache Punkte in der Rüstung der Gegner auszuspielen und sein Floret dahin zu lenken. Seine Verschlagenheit leistete ihm auch heute gute Dienste.

Der Kriegsminister machte zunächst Stimmung für sich, indem er der Mitteilung, daß Paasche ihm angetündigt habe, er werde im Reichstag in der Wolke-Garden-Sache gegen ihn reden, die Behauptung entgegensetzte, er habe das nicht gehört. Das ist durchaus möglich. Solche Mißverständnisse ergeben sich sehr leicht aus flüchtigen Gesprächen. Aber es war nichts als ein Fechterkunststück, wenn nun der Kriegsminister im Ton des gekränkten Biedermanns dem Abg. Paasche vorwarf, er hätte ihn noch besonders bei Beginn der Sitzung durch einen seiner Adjutanten zum Erscheinen auffordern müssen. Selbst zu jener vorherigen Ankündigung, die Herr v. Einem nicht gehört hat, war Paasche nicht verpflichtet, auch nicht moralisch, denn wie er wiederholt mit Recht anführte, muß der Abgeordnete in der Budgetdebatte wie in jeder Resorthebende von der Ansicht ausgehen können, daß die Minister zur Stelle sind, oder von ihren Kollegen gerufen werden oder daß ein anderer für sie eintritt. Es heißt, den parlamentarischen Debatten die Grundlage entziehen,

wenn man den Abgeordneten die Erörterung einer heißen Frage verweigern will, falls nicht der sowieso zum Erscheinen verpflichtete Minister von ihnen mit Fängen und Stangen zur Stelle geschafft ist.

Was nun die mehr oder weniger ertwiesene Schuld der Hohenau und Lymar anbetrifft, die übrigens nach Mitteilung des Kriegsministers sich dem Gericht gestellt haben sollen, so ist es völlig nebensächlich, ob die Beweise, die Paasche dafür in Händen zu haben glaubt, stichhaltig sind oder nicht. Wie es wiederum völlig nebensächlich ist, ob Herr v. Einem nachweisen kann, daß das herrschende System auch ihm persönlich es unmöglich gemacht hat, die Wahrheit über die grenzenlosen Erscheinungen, die durch den Wolke-Garden-Prozess aufgedeckt wurden, rechtzeitig zu erfahren.

Es war auch nur ein billiges Fechterkunststückchen, daß Herr v. Einem in verdächtigem Tone die Frage aufwarf, woher Paasche die Hohenau-Briefe habe, ob etwa von Jordan? Es wird sogar allgemein angenommen, daß das der Fall ist. Und wenn schon! Es ist das gute Recht Paasches, sich auf jene Briefe zu stützen, falls er sie für beweiskräftig hält.

Aber wenn nun selbst Paasche sich in allen seinen Einzelbeweisen vergriffen hat, und wenn er in den Ausführungen über die Stränge geschlagen hat, weit ihm wieder einmal das Mundwort durchgegangen ist, so hat er doch recht, zehnmal recht in dem Kernpunkt seiner Beschwerde, daß unser Heerwesen von einem System beherrscht wird, das notwendigerweise zu zweierlei Recht für Vorgesetzte und Untergebene führen muß, ein System, das geradezu automatisch für eine Vertuschung der Verfolgung hochgestellter Personen arbeitet. Von sozialdemokratischer Seite ist oft genug auf diesen Krebsgeschaden hingewiesen worden. Besonders die Stellung des unverantwortlichen Militärkabinetts außerhalb der eigentlichen Heeresverwaltung ist oft genug als unhaltbar bezeichnet worden. Insofern jetzt auch bürgerliche Politiker, darunter Paasche, durch die jüngsten Enthüllungen getrieben, in diese Kritik einstimmen, haben sie sich ein Verdienst erworben um die Gesundung der Verhältnisse. Die Methode des Kriegsministers kann, wenn sie Erfolg haben sollte, nur zur weiteren Vertuschung der Uebelstände führen trotz aller der großen Worte, die er gegen die „Duben“ in Zivil und Uniform schleuderte. Es ist ein alter Trick, die Kritiker schlimmer Mißstände im Staats- und Gesellschaftskörper wegen angeblicher Irrtümer, die ihnen unterlaufen sind, als Verbreiter unwürdigen Klatsches hinzustellen.

Bei den Konservativen versing die Methode v. Einems natürlich trefflich. Des Jubels war kein Ende, als er sich setzte, — ganz wie dazumal, als Dernburg gegen Roeren vorging.

Nach einer kurzen persönlichen Erwiderung Paasches verlas der Präsident plötzlich einen Antrag auf Vertagung, gestellt von den Führern der Blockparteien, und ließ sofort darüber abstimmen. In seinem Eifer hatte er übersehen, daß erst die Unterstützungsfrage gestellt werden mußte. Sofort griff Singer durch eine Geschäftsordnungsbemerkung ein, um nach Feststellung der Ungültigkeit der eben vorgenommenen Abstimmung die Erörterung der Frage, weshalb denn eigentlich vertagt werden solle, zu verlangen. Das wollten aber gerade die Blockpatrioten verhindern. Doch der unglückliche Wiemer fühlte sich gedrungen, mit seiner Bedeutung als Mitwissender der Bülowgeheimnisse zu prunken. Er verübte, daß den Blockführern hochwichtige politische Mitteilungen kundgegeben seien, die eine Vertagung zur politischen Notwendigkeit machten. Daffermann suchte die Kage wieder in den Saal hineinzustechen, indem er behauptete, die Blockparteien hätten nur das Bedürfnis, sich über die Einensche Rede den Kopf zu zerbrechen. Er erreichte damit aber nur, daß diese Widersprüche der beiden Block-Anguren zuerst dem Zentrumsmann Gröber, dann von Singer weidlich verhöhnt wurden. Singer betonte unter stürmischem Beifall der Sozialdemokraten, daß es ein durchaus unwürdiges Verfahren der Blockführer sei, als eine geheime Kamarilla mit Bülow zusammen hinter dem Rücken der anderen Parteien solche Abmachungen zu treffen, anstatt auf dem gebotenen Wege durch den Sentorenkonvent eine Verständigung über die Geschäfte des Hauses zu suchen. Nachdem die Blockbrüder sich eine solche verdiente Züchtigung geholt hatten, wurde natürlich die Vertagung in namentlicher Abstimmung, wie wir vorgeschlagen hatten, von der Blockmehrheit beschlossen.

Zur Erläuterung der Situation brachte nunmehr abends die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Meldung:

„Der Reichskanzler Fürst v. Bülow begab sich heute vor Eröffnung der Sitzung nach dem Reichstage, wo er die Führer der Mehrheitsparteien zu einer Besprechung bitten ließ. Den Anlaß dazu haben dem Reichskanzler die Vorgänge der gestrigen Sitzung geboten. Es erscheint ansichtslos, die Geschäfte im Sinne der am 13. Dezember v. J. inaugurierten Politik zu führen, wenn die zum Zusammenwirken berufenen Parteien in ihrem parlamentarischen Auftreten nach dem gestern gegebenen Beispiel fortfahren, gegeneinander oder gegen die Regierung zu kämpfen.“

Das ist natürlich nur ein Teil der Wahrheit. Das „Berl. Tagebl.“ behauptet, erfahren zu haben,

„daß der Reichskanzler mit seinem Rücktritt droht für den Fall, daß die nationalliberale Partei den Abgeordneten Paasche nicht lassen läßt. Fürst Bülow ist empört über das gestrige

Auftreten Paasches gegen den Kriegsminister und hat erklärt, daß er unter keinen Umständen länger mittun wolle, wenn keine Vorkehrung dafür getroffen wird, daß ähnliche Zwischenfälle vermieden werden. Die nationalliberale Partei will heute nachmittag zu dieser Drohung Stellung nehmen. Auch alle übrigen Fraktionen werden Beratungen abhalten. Die Lage wird noch dadurch kompliziert, daß, wie zuverlässig verlautet, auch zwischen dem Reichskanzler und dem Finanzminister v. Rheinbaben, sowie dem Reichschatzsekretär Freiherrn v. Stengel tiefgehende Differenzen bestehen. Der eigentliche Grund für den Zwischenfall ist indessen das Vorgehen des Abg. Paasche.“

Also auch hier findet die Nachricht von Differenzen zwischen Bülow und den beiden Finanzministern Bestätigung. Es wird sich ja in den nächsten Tagen zeigen, ob Bülow geht oder Rheinbaben und Stengel oder ob sie wieder einträchtiglich zusammen Reaktion treiben werden.

Das Erfordernis der Stunde aber ist offenbar für Bülow die Zustimmung an die nationalliberale Partei, den Abgeordneten Paasche zu opfern. Es ist eine bizarre Laune der Weltgeschichte, daß gerade die Nationalliberalen so bald schon gegenüber der selbstherrlichen Bureaucratie in eine ähnliche Lage geraten sind wie derzeit die Zentrumspartei durch den Zusammenstoß zwischen Dernburg und Roeren. Wie Bülow nach seinen eigenen Angaben den Reichstag am 13. Dezember 1906 aufgelöst hat, weil die Zentrumspartei „eigensinnig“ auf ihren Ansichten bestand und eines ihrer Mitglieder Mißstände im Kolonialwesen an den Pranger gestellt hatte, sucht er jetzt die Nationalliberalen vor die Alternative zu stellen, sich zu beugen oder den Block zu sprengen.

Fügte sich wirklich die nationalliberale Partei der Zustimmung, ihren Führer Paasche preiszugeben, so würde sie die letzte Spur von Anrecht auf die Achtung als selbständige Partei verscherzt haben.

Doch mag es kommen, wie es will, was soll man halten von der Lebensfähigkeit dieses Blocks, der bei dem ersten Versuch seine Aktionsfähigkeit zu betätigen, in solche Katastrophen hineingetrieben wird!

Das politische Chaos.

Die Block- und Ministerkrise ist zwar über Nacht akut geworden, aber sie war latent längst vorhanden. Man kann sagen, daß der Block von Anbeginn diese Krise in sich schloß. Die Naturwidrigkeit konservativ-liberaler Paarung mußte zu irgend einem Zeitpunkt zutage treten. Und wenn die jah auflassenden Risse auch diesmal wieder zugeflickt werden sollten, so werden sich neue Sprünge zeigen. Konservativ-liberale Politik ist ein Un Ding. So lange das Parlament nicht zusammentrat, praktierten die Gegensätze nicht so jah aufeinander. Im Parlament kam es schon bei der Statdebatte, wo es sich noch gar nicht um konkrete Streitfragen handelte, zu freisichenden Dissonanzen. Was soll erst werden, wenn der Block positive gesetzgeberische Arbeit leisten soll!

Obendrein ist gerade die momentane Lage so verwerren, so mit Konfliktstoff geschwängert, wie kaum je. Die Reichsfinanzen sind total zerrüttet. Mindestens 250 Millionen neuer Steuern sind erforderlich. Mit dem Pumpsystem geht es unmöglich so weiter. Die dem Freisinn in Aussicht gestellte Karenzzeit in Steuerfragen läßt sich nicht einhalten. Man muß neue Steuerquellen erschließen, wenn man nicht die Ausgaben beschränken will. Das aber kann man nicht, denn die Bewilligungen für Flotte und Kolonien sind ja gerade der Preis für die Aufnahme des Freisinns in den Block. Der Steuerknoten muß also gelöst werden. Und er läßt sich nicht einfach durchhauen, indem man die Stengel und Rheinbaben opfert. Denn wenn auch Zukunfts diese Störenfriede des Blockpumpes holen sollte — die Finanzzerstückelung bleibt, sie muß so oder so gelöst werden. Greift man zu direkten Steuern, so werden sich die Zunker in wilder Empörung gegen Bülow erheben, so wird der Kanzler gar bald am eigenen Leibe zu spüren bekommen, daß es eine mächtige Kamarilla gibt; greift man aber zu indirekten Steuern, so wird sich die von neuem — in der Zeit der Krise! — ausgeplünderte Masse des Volkes gegen den Liberalismus erheben, den es mit Recht für den Hauptverantwortlichen halten wird!

Und zu dem Steuerchaos kommen noch alle die reaktionären Anschläge gegen das Volk, wie das Ausnahmegezei der Vereinsgesetzvorlage, das Attentat auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen, kommt die Wahlrechtsfrage usw.

Wird sich trotzdem der Freisinn bemühen, den Krach zu verhalten, die Krise zu überbrücken? Die „Voss Zeitung“ mahnt auch heute wieder ganz nach dem Vorbild ihres bedrängten Schutzherrn, des agrarischen Kanzlers, doch die Reibungen nach Möglichkeit einzustellen, um nicht den Block zu sprengen. Sie rüchelte allerdings in erster Linie an die Regierung die Mahnung, doch den Block nicht stärkeren Belastungsproben auszuweichen, als er übertragen könne; allein es will uns scheinen, als richte sich diese im Geiste der Kopfs, Wiemer und Fischel gehaltene Mahnung auch an die doch wahrlich nicht allzu lauten Kritiker des Freisinns, die Schrader, Bayer und Gohlein. Und das Verhalten des Freisinns in der Mittwochsitzung des Reichstages beweist, daß die „Klapperbeinigen“ auch jetzt wiederum die Oberhand zu gewinnen suchen und alles aufbieten werden, um Bülow und seiner Blockpolitik ihrerseits alle Steine des Anstoßes aus dem Wege zu räumen.

Bülows offiziöse Erklärung, daß er mit einem Block, dessen Parteien sich gegenseitig raufen, sein Blockprogramm nicht durch-

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungsbüchlein 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphen-Briefe: „Sozialdemokrat Berlin“.

ihren Sinne, richtet sich ja nicht nur gegen Herrn Paasche und seine
Oratorien gegen Herrn v. Sinen, sondern auch gegen die frei-
sinnigen Staatsritter, die vom Liberalismus wenigstens noch die
Gedächtnisse retten zu können wärenten. Zweifellos wird es in der
Fraktionssitzung, die der vereinigte Freisinn am Mittwoch abgehalten
hat, zu einer gründlichen Aussprache gekommen sein. Und die nächsten
Tage schon werden zeigen, ob der Freisinn auch auf die liberale
Bühne verzichtet will, um nur ja nicht bei der Rechten Anstoß
zu erregen!

Die Blokpolitik muß den Freisinn von Demütigung zu
Demütigung führen. Zuerst wurde ihm doch nur zugemutet, sein Pro-
gramm preiszugeben, auf liberale Taten zu verzichten. Und
nun soll er sich auch noch jeder kritischen Redewendung
enthalten, soll er mit ehrfürchtigem Schweigen jede reaktionäre
Bemerkung aufnehmen, die der Kanzler namens der Blokpolitik zu
stellen für gut befindet, um es ja nicht mit seinen geliebten Agrariern
zu verderben!

Wird sich der Freisinn auch jetzt noch, unter der Führung der
Zisched, Kopsch und Wiemer in „Selbstbeherrschung“ ersterbend, für
den agrarischen Kanzler opfern? Wird er auch jetzt noch, wo ihm doch
die letzten Schuppen von den Augen gefallen sein müssen, lieber immer
tiefer in den Sumpf der Charakterlosigkeit hineinwaten, statt sich mit
heroischem Entschluß zuguterletzt doch noch auf Trodene zu retten?!

Alle Charakterlosigkeit, alle politische Selbstentmannung könnte
die Krise höchstens verschleppen, nicht aber beseitigen. Die Situation
ist zu trostlos verfahren, als daß sich ein Ausweg aus der Sackgasse
fände.

Die Blokpolitik ist ein Chaos. Aber ein Chaos, das keine Welt
gehören wird. —

Die Adreßdebatte der Duma.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:
Selbst die wichtigsten Sitzungen der beiden ersten Dumas können
sich an Mächt und Leidenschaft nicht mit der historischen Adreß-
debatte messen. Es war aber nicht nur eine packende,
fehlende Debatte, es war — das fühlten alle — wider Erwarten eine
Debatte, die nicht nur um Worte geführt wurde. Hinter
dem Streit über den Kaiserstitel in der Adreßdebatte standen politische
Forderungen. Scheinbar drehte sich die Debatte um einen Titel:
soll Nikolaus in der Dumaadresse als „Selbsherrscher“ an-
gesehen werden, oder gibt es nach dem Akt vom 17. (30.) Oktober in
Rußland kein rechtliches Selbstherrschertum mehr, ist Rußland ein
konstitutioneller Staat?

Der Titel „Selbsherrscher“ wurde von der Duma abgelehnt.
Damit war ein politischer Grundsatß ausgesprochen. Gleichzeitig
war auch der Absolutismus verurteilt, wie er de facto noch heute,
trotz Manifesten und Duma, besteht. Es war eine Verurteilung
nicht aus dem Munde der Revolutionäre und nicht aus dem Munde
einer Oppositionsduma, sondern die Verurteilung durch eine
Duma des Staatsrechts und des Wahlrechts vom 3. (16.) Juni
1907, das die dritte Duma zu einem Tummelplatz der „staats-
erhaltenden“ Elemente machte. Der Absolutismus ist durch die
Abstimmung, die der Adreßdebatte folgte, von der Bourgeoisie ver-
worfen worden. Nicht mehr als 146 Stimmen fanden sich, die noch
den „Selbsherrscher“ Nikolaus verteidigten.

Der Adreßentwurf war von der Oktoberfraktion aus-
gearbeitet. Plewako, wohl einer der besten Advokaten Ruß-
lands, las als Berichterstatter der Adreßkommission in der Sitzung
günstig den Entwurf vor. Nach Plewako begann die Reihe der
großen Programmreden. Als erster sprach der Führer der Okto-
bristen, Gutschkoff. Im Saale war es still geworden, allgemeine
Spannung; denn bis zur letzten Stunde wußte man noch nicht, ob
zwischen den Oktoberisten und der Rechten vielleicht doch noch eine
Abmachung zustande gekommen war. Der Redner stimmte friedliche
Saiten an, man merkte aber an jedem Worte den Kluge und den
abwägenden Politiker. Gutschkoff scheint die Geschichte der letzten
Jahre vollständig vergessen zu haben: Nicht die Revolution hat
Nikolaus den Titel vom 17. (30.) Oktober entzogen — das
darf ja ein Oktoberist nicht sagen. Nach ihm ist dieser Akt eine
freiwillige Verzichtleistung des Monarchen auf die
Rechte der Unbeschränktheit! Er erklärte aber weiter — und das
klingt in dem Munde eines Oktoberisten schon ziemlich läßlich —:
„Für uns steht es außer Zweifel, daß die staatliche Umwälzung,
welche von unserem Monarchen vollzogen wurde, die Ein-
führung der konstitutionellen Ordnung in
unserem Vaterlande bildet.“ Was der Redner dann noch
vorbachte über die Stärke der konstitutionellen Monarchie, die Ver-
sicherung, daß die Zwangsgewalt durch eine Konstitution nicht ver-
mindert werde und dergleichen, ist für die Rechte gesprochen, die
sich aber dadurch nicht beirren läßt, ihren Redner, den Bischof
Witrofan, gleich vorzuschieben mit dem Auftrag, den alten Zaren-
titel „Selbsherrscher“ zu verteidigen.

Nach Witrofan sprach der Führer der Kadetten, Miljukoff.
Es ist wieder ganz still geworden. Miljukoffs Rede war gut auf-
gebaut, seine Ausführungen logisch: er spricht der Staatsrechts-
lehre, und das gibt seiner Rede einen professoralen Ton, es schil-
fert er ein Temperament. Er weiß haarscharf nach, daß man nach dem
17. Oktober nicht mehr von einer „Verjüngung der Staatsordnung“
reden kann, wie das im Entwurf getan wird, sondern nur von
einer Konstitution, daß jener Oktobererlaß eben ein Ver-
fassungserlaß ist. Sollen die Oktoberisten das nicht deutlich
ausprechen, indem sie in der Adreßdebatte mit zweideutigem
Charakter gebieteren, so kann dahinter nur die Absicht stehen, das
Handwerk der Restaurationen zu fördern. Die Oktoberisten
sollen den bestehenden Rechtszustand offen als einen konstitutionellen
bezeichnen. Der Adreßentwurf will aber die große Frage, die
Rußland bewegt, umgehen. Er schweigt sich auch über den
3. (16.) Juni aus, der ein Tag des Sieges der nackten Gewalt über
das Recht war. Man sagt, das Wort „Konstitution“ sei ein Fremdwort,
aber auch das Wort „Imperator“ ist ein Fremdwort! . . .
Die Rechte erhebt einen Tumult, Miljukoff muß sich unterbrechen.
— Zum Schluß seiner Rede will er noch für die Anerkennung der
nationalen Bestrebungen eine Lanze brechen, die Rechte standhaft
aber wieder.

Es folgte nun eine Vorlesung des bekannten Clowns Purisch-
lewitsch, der diesmal aber ernst genommen sein will. Er begann
mit langen historischen Einleitungen, berührt sich jedoch. In der
Duma laßt man, das hindert insofern den christlichen Revo-
lutionärer nicht, weiter zu trollen: Rußland werde nie eine Kon-
stitution haben, da das Volk dies nicht wolle!

Wozu von den „Friedlichen Erneuerern“ hält eine kurze, aber
fesselsame Rede: Die Duma möge allen Zweideutigkeiten in der Ver-
fassungfrage aus dem Wege gehen; sie muß eine bestimmte
Sprache finden, andernfalls sich das Land von der dritten Duma
ganz abwenden würde. Die dritte Duma muß gerettet werden;
sie ist aber verloren, wenn das Land sieht, daß sie selbst in dieser
Frage nicht den erforderlichen Mut findet. Es ist in der dritten
Duma eine unsichtbare Grenze zwischen der Rechten und der Linken.
Wird diese überschritten, dann ist das der Zusammenbruch der
Duma.

Von den Polen spricht Dmowski, der für die Fremdböser Ruß-
lands eintritt. Nach ihm erhält das Wort der Trudowitsch Wladimirow.

Der Vertreter der Linken (die sozialdemokratische Fraktion hatte
beschlossen, bei den Adreßdebatten gar nicht anwesend zu sein; sie
befand sich auf den Chören für das Publikum) wurde von der
Rechten niedergeschrien und niedergestampelt. Wladimirow gedenkt
der zwei ersten Dumas. Das Gesetz vom 3. Juni hat nun eine
Duma der Privilegierten geschaffen. Der Vorsitzende will
Wladimirow nicht weiter reden lassen, der Redner aber versucht noch
einmal auf den Staatsstreich einzugehen. Die Rechte unterbricht
ihn durch Zwischenrufe und Schreien. „Diese Duma ist nicht die
Vertretung des Volkes im wahren Sinne des Wortes“ — das Ge-
schrei auf der Rechten wird immer stärker — „die großen Schichten
des Volkes, die am meisten der Reformen bedürfen, sind hier nicht
vertreten“ — abermals Ständel auf der Rechten. Der Redner
bringt einen Zusatzantrag der Trudowitsch ein, in dem das Bedauern
über die Umstürzung des Wahlgesetzes und über die Verschwendung
Grundgesetze ausgesprochen wird. Die Rechte rast wieder, man
hört sie pfeifen, piepsen, schreien. Der Vorsitzende
Wladimirow läßt die tobende Rechte ziemlich unbehindert. —

Als nach Wladimirow der Arbeiter (ebenfalls Trudowitsch) Petroff
zu sprechen beginnt, geht der Tumult von neuem los. „Als Ver-
treter des werktätigen Volkes, als Arbeiter, wiederhole ich, was
mir und meinen Kameraden die Wähler gesagt haben: Ich kann
bei diesen Gesetzen, die wir haben, nicht leben, wenn das überhaupt
Gesetze sind. Wir erheben unter diesen Gesetzen.“ Auf der Rechten
erhebt sich wütendes Geschrei. — „Wir fordern unter diesen Gesetzen.
Die Wähler sagten zu uns: Erlangt Rechte für das Volk,
das in Gefängnissen und Bergwerken zugrunde geht. Eure Pflicht
ist es, für die Befreiung zu kämpfen.“ Der Redner wird
wieder unterbrochen. Mit Nähe gelangt es ihm, fortzufahren:
„In der Adreßdebatte ist kein Wort darüber, daß wir in unserem Lande
keine Freiheit haben, kein Wort darüber, daß unsere Arbeiter der
Erde arm sind, weil das Land — meine Herren, vergeht das nicht!
— weil das Land in den Händen derer ist, die es nicht bearbeiten,
sondern nur ausbeuten!“ Wiederum fällt die Rechte mit
Toben ein. „In der Adreßdebatte ist kein Wort von der bürokratischen
Wirtschaft, die über das unglückliche Rußland herrscht, kein Wort von
den unglücklichen Kämpfern, die in den Kasernen und Gefäng-
nissen schmachten. Wenn Ihr Herren, die Ihr die Adreßdebatte gemacht
habt, die Pflicht der Volksvertreter hochschätzt, so müßt Ihr das
ganze Stund des Volkes darlegen, die ganze Wahrheit über die Lage
des Landes sagen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, ist für
uns, die Vertreter der Volksmassen, die vorgelegte Adreßdebatte un-
tauglich.“ Die Rechte hat allen Verstand verloren; man
sieht sie wie von Festschneidern getroffen; sie heult wie der ge-
schlagene Hund.

Nach einigen kleineren Bemerkungen wird die Redezeit auf zehn
Minuten beschränkt! Wieder erscheint Bischof Witrofan mit seinen
geblieben, langgezogenen Sentenzen über die Eigenart Rußlands,
das bei einer Konstitution zugrunde gehen müsse!
Ein anderer von der Rechten ist noch tiefsinniger: er behauptet: je
mehr ein Land an Konstitution habe, desto weniger Land besitzen
dort die Bauern! In solchen welterschütternden Klugheiten geht die
Diskussion von der rechten Seite weiter. Dumm und dreißig!

Die Kadetten senden nun Kallaloff ins Treffen, der in die
trockenen staatsrechtlichen Deduktionen Miljukoffs etwas politischen
Geist hineinbringen soll. Kallaloff spricht von der Bedeutung des
Oktobererlasses: Groß sind die Sünden des alten Regimes, und
wenn ein Teil von ihnen vergessen werden wird, so nur dank dem
Oktobererlaß. Der Tag des 17. Oktober wird später für die Staats-
gewalt eine der besten Erinnerungen bleiben. Das Volk ist nieder-
gehalten und maltariert worden, es ist von der Staatsgewalt de-
moralisiert statt erzogen, und wenn das Land in Ruhe übergeht,
so müßte die Regierung nicht mit Gewaltmitteln antworten; sie
hätte Gesehlicheit walten lassen müssen. Auf diesem Wege
wäre es wieder zur Ordnung gekommen.

Was Kallaloff mit seiner Rede bezweckte, war: die
schwankenden Oktoberisten zu stärken, und das gelang ihm auch.
Als um 3½ Uhr die Rechte wieder an die Reihe gelangt, wird
sie schon gemein-provokatorisch. Von den Kadetten spricht
Kobitschew, bei dessen Rede es wieder zu Tumulten kommt. Auch
er redet den Oktoberisten ins Gewissen: „Nach dem 17. Oktober gibt
es keine Rechte mehr zum Alten. Nur bei einer konstitutionellen
Verfassung in Rußland kann wieder Ruhe eintreten.“ Ein Redner
der Rechten hatte gesagt, der 3. (16.) Juni bedeute den Sieg des
zarischen Gewissens über den toten Buchstaben des Ge-
setzes. Kobitschew antwortet darauf scharf geipigt: „Man darf
nicht vergessen, daß Gesetze nur dann erfüllt werden, wenn man
zu ihnen Vertrauen hat; wenn aber Beispiele gegeben werden, daß
ein Gesetz auch verlegt werden kann, so ist das, als ob man
sagen würde: es gibt keine Gesetze! Was werdet Ihr zu einem
Verbrecher sagen, wenn er ebenfalls das Gesetz verlegt?“ Diese
wohlgezielte Wendung legt die Rechte wieder empor: sie zischt und
schreit, während die Kadetten applaudieren. Der Sturm wird noch
größer, als Kobitschew von einem Redten des Schourbruchs be-
schuldigt wird. Es entsteht ein Chaos, in das der Vorsitzende ver-
gebens Ordnung zu bringen versucht. . . .

Die Rednerliste ist erschöpft, und zum Worte kommt der Bericht-
erstatter der Adreßkommission, Plewako, der sehr gewandt in einer
glänzenden Rede gegen den Titelzusatz der Rechten spricht. Bei
der Abstimmung wird denn auch der Titel „Selbsherrscher
aller Reußen“ abgelehnt. Darauf erklären die Rechte, daß sie an
der weiteren Abstimmung nicht mehr teilnehmen wollen. Miljukoff
zieht im Namen der Kadettenfraktion den Zusatzantrag auf Auf-
nahme des Ausdrucks „Konstitution“ zurück, da sie sich befriedigt
fühle von der Erklärung der Oktoberistenfraktion, daß die be-
treffenden Ausdrücke in der Adreßdebatte im Sinne der Konstitution
gebraucht sind. Die Adreßdebatte findet nun ihre Annahme. Von der
Opposition enthielten sich der Stimmabgabe Polen und Trudowitsch.
Die Rechte, die den Saal zum großen Teil verlassen hatten,
stürzten wieder herein; es begann ein allgemeines Durcharufen, die
Rechte stellt sich vor das Zarenporträt und singt die Zarenhymne,
dann abermals Hurra. . . . Es ist über Mitternacht. . . .

Die Adreßdebatte war, wie man sieht, eine, wenn auch flau.
Demonstration der bürgerlichen Parteien gegen das Regime der
unbeschränkten Zwangsgewalt. Als eine solche muß sie hin-
genommen werden mit allen ihren Widersprüchen und Ver-
schärfungen. Was die weiteren Folgen dieser Demonstration sein
werden und ob sie auf die allgemeine Konstitution in der Duma
zurückwirken wird, mag vorläufig dahingestellt bleiben. An dem all-
gemeinen reaktionären Massencharakter der dritten Duma wird
die Adreßdebatte natürlich nichts ändern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember 1907.

Erklärung.

Im Anschluß an meine gestrige Erklärung in Sachen der an-
geklagten durch Giesel erfolgten Bestrafung der in der Poststraße ge-
fundenen 10 000 Bogen Papierses bringt die „Post“ heute abend
einen Artikel gegen mich, in dem sie die Behauptungen ausstellt:

1. Ich hätte bei einer Maschinenbestellung im Jahre 1903 mir
von der Maschinenfabrik Provision zahlen lassen.

2. Diese Tatsache sei in einer öffentlichen Versammlung des
2. Reichstagswahlkreises zur Sprache gebracht worden, ich
hätte mich verantworten müssen, hätte das Provisionnehmen
als einen bei allen größeren Firmen üblichen Gebrauch erklärt
und die Genossen hätten darauf die von mir eingeschickten
Prozente mißtrauen, so daß ich also selber Schmiergelber in
meine Kapitalistenschale hätte ziehen lassen usw.

Meinen Parteigenossen gegenüber habe ich nicht nötig, mich
gegen diese in jeder Beziehung jeder Grundlage entbehrenden
Behauptungen zu verwehren, die ich nur darum nicht näher kenn-
zeichnen, um jede Möglichkeit einer Widerlage wegen formaler Ver-
fehlung auszuschließen; der Öffentlichkeit gegenüber halte ich es
aber für angebracht, der „Post“ Gelegenheit zu geben, vor Gericht
den Beweis für ihre insamerenden Behauptungen zu erbringen.
Berlin, 4. Dezember 1907.

Richard Fischer,
Mitglied des Reichstages.

Allerhand Expropriation.

Die Notwendigkeit der Expropriation der Expropriation finden
immer mehr Anerkennung auch in Kreisen, die sonst nicht gerade
zu den „Feinden des Eigentums“ gehören. Wir reden nicht von der
preussischen Regierung, die das Recht auf Expropriation
durch ihre Polenvorlage so feierlich anerkennt; denn die preussische
Regierung ist und viel zu schlüßtern, will sie doch die Expropriation
des Großgrundbesitzes nur durchführen, wenn dessen Besitzer
die Urtupation eines Teils des Wertes des polnisch statt deutsch
qualifizieren. Aber der Sprachunterschied ist ökonomisch sicher von
keiner Bedeutung, und so ist zu hoffen, daß der Gedanke der Ex-
propriation des Großgrundbesitzes rasch um sich greifen wird.

Kraer und umfänglicher als die preussische Regierung begründet
denn auch bereits die „Deutsche Tageszeitung“ das Recht
der Gesellschaft auf Expropriation. Gegenüber den Angriffen auf
das Kohlenyndikat hatte die „Post“ als Syndikatsanwalt ge-
sagt:

„Können denn die im Syndikate vereinigten Grubenwerke
nicht, wie jeder andere Geschäftsmann, mit ihrer Ware
machen, was sie wollen?“

Darauf antwortet das Bündlerorgan unter dem treffenden Titel
„Syndikatsgrößenwahn“:

„Die Syndikatsgrößenwahn oder ihr „Post“-Anwalt vergessen
in ihrer Ueberhebung einen sehr wichtigen Unterschied.
Jeder andere Geschäftsmann muß seine Ware für sein gutes Geld
laufen, den Grubenbesitzern ist ihre Ware leider
vom Staate geschenkt worden.“

Und diesem Grunde darf ihnen seitens des Staates nicht
vollkommen freies Verfügungsrecht über ihre
„Ware“ eingeräumt werden, sonst könnten wir es ja eines
Tages erleben, daß das Kohlenyndikat die ganze
deutsche Industrie killegt und seine Kohlen nur
nach dem Auslande verkauft. Nach der in der „Post“ land-
gegedenen Auffassung muß man ein derartiges Vorgehen der
Syndikatskohlenprogen bei passender Gelegenheit für durchaus
möglich ansehen. Es wäre die höchste Zeit, den Herren klar zu
machen, daß sie doch noch nicht allmächtig im Staate sind,
daß man den ihnen schenkungsweise übertragenen
Besitz mit noch besserem Grunde für den Staat
expropriieren kann, als den ländlichen Grundbesitz im Osten,
wenn ihr Größenwahn noch weiter steigt und einen noch ge-
meingefährlicheren Charakter annimmt.“

Man sieht, das Bündlerorgan zieht aus der preussischen
Regierungsvorlage recht erschütternde weitgehende Konsequenzen.
Wir vermessen nur noch eine Kleinigkeit. Bekanntlich haben nicht
nur die Grubenbesitzer, sondern ebenso mancher anderen
großen Grundbesitzer ihren Boden vom Staate „ge-
schenkt“ bekommen oder, noch häufiger, den Bauern
geraubt. Was aber für die Kohle das Kartell, leistet
für Getreide der Zoll. Der Preiswucher ist in beiden
Fällen vorhanden und damit auch die Begründung für die
Expropriation. Es ist also höchste Zeit, daß in das preussische
Parlament eine starke sozialdemokratische Fraktion einzieht, um die
Expropriationsabsichten verwirklichen zu helfen. Hoffentlich sehen die
Konservativen diese Notwendigkeit bald ein und geben ihren
bornierten Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht auf. Oder ist
es ihnen mit der Expropriation am Ende doch nicht ganz Ernst? —

„Hochwichtige politische Ereignisse“.

Ein Bild für Götter war es, heute im Reichstage Herr
Wiemer in seiner ganzen Geschwollenheit zu erblicken, als
er das Geheimnis des Vertagungsantrages der Blokparteien
mit der Phrase von „hochwichtigen politischen Ereignissen“,
die sich vorbereiten“, verriet. Ganz der Lakai im besten
Sause, der einmal der Ehre gewürdigt wird, ein Familien-
ereignis vor der übrigen Welt mitgeteilt zu erhalten. Er
verlor sich aber rasch in die Mitte seiner Betreuen, als Herr
Wassermann ihn so rücksichtslos ablehnte. Welches sind nun
diese „hochwichtigen politischen Ereignisse“?

Ein anderer Blokgenosse erzählte dann in tiefstem Ver-
trauen: Bülow habe die Entscheidung über die Differenzen
in der Regierung dem Kaiser unterbreitet; aber bis heute
mittag war vom Kaiser noch keine Antwort eingetroffen;
Bülow wisse also noch nicht, ob Rheinbaben und Einem oder
— er selber „ausgeschifft“ werde. Bis morgen hofft Bülow
die kaiserliche Antwort zu haben. Auf alle Fälle müsse aber
verhindert werden, daß in diesen Stunden des „Gangens
und Wagens“ das Zentrum zu Worte komme,
um jede Einwirkung auf den Kaiser fernzuhalten;
und da als erster Redner Gröber in Frage kam, mußten
die Blokparteien die Vertagung durchsetzen.

Das sind also die Wiemerschen „hochwichtigen politischen
Ereignisse“ — die Freisinnigen wurden mit für würdig
erachtet, Leibgardisten des wackelnden Bülow zu sein. —

Wassermanns Macheur.

Die Blokparteien, die gestern durch den Mund des Sige-
präsidenten Paasche ein bißchen in Ministersturz machen,
wurden heute mittag ganz geheim zu Bülow berufen, um
dort Belehrung zu empfangen. Natürlich hatte Herr Wasser-
mann als Hochherrscher für die Nationalliberalen die
Einladung erhalten, aber beim wiederholten Hervorholen des
Taschentuches zum Abwischen des Anglistenweiges zog er auch,
ohne es zu merken, diese Einladung mit heraus. So kam das
Zentrum, gegen welches gerade diese Besprechung geplant
war, in die Lage, von der Tatsache der um 12 Uhr tagenden
Besprechung gleichzeitig Kenntnis zu haben.

Christlich-antidemokratische Fälschungen.

Bekanntlich hat der Abgeordnete Lattmann in der Dienstag-
sitzung nach einer Subskription des Münchener christlichen Gewer-
schaftsrates die unwahre Behauptung aufgestellt, unser Mannheimer
Parteilblatt habe beim Kasernenbestreuer 1906 geschrieben: „Dem
christlichen Arbeiter muß das letzte Stück Brot
aus der Hand geschlagen werden.“ Was hat nun die
Mannheimer „Vollstunde“ in Billigkeit geschrieben? Bei der

Aussperrung der Stützpunktarbeiter — wohlgerichtet bei einer Aussperrung — schrieb sie im Oktober: „Die Arbeitgeber schlagen den Arbeitern durch Aussperrung das letzte Stück Brot aus der Hand.“ Die christlichen Kämpfer für Wahrheit haben also den Sinn in sein direktes Gegenteil umgedreht, und Herr Rathmann ist mittschuldig, weil er wissen mußte, daß ein sozialdemokratisches Blatt so etwas nicht geschrieben haben konnte, und weil er im Reichstag sich den Anschein gab, als ob er das Blatt aus der „Volkstimme“ selber vorties.

Werden die Herren von Lottmann, und wird die Zentrumspresse, soweit sie die unwahre Behauptung übernommen hat, jetzt Veranlassung nehmen, in aller Form zu erklären, daß sie einem sozialdemokratischen Blatte gegenüber eine verwerfliche Behauptung ausgesprochen respektive weiter verbreitet haben?

Vorkläufig festgestellt.

Der „Berl. Lokal-Anzeiger“ bestätigt halbhoffig, daß der von seinem Vergnügungsausflug nach den ostafrikanischen Ostafrikanen mit großen Eisenbahnpfannen zurückgekehrte Kolonial-Staatssekretär in Anbetracht der miserablen Reichsfinanzlage vorläufig auf seine ostafrikanischen Projekte hat verzichten müssen. Das Schweizer Blatt schreibt:

Staatssekretär Dernburg wird, wie wir erfahren, in der Generaldebatte zum Etat entgegen seiner ursprünglichen Absicht das Wort nicht mehr ergreifen. Die Gründe liegen nahe. Es ist klar, daß der Staatssekretär im Hinblick an den Bericht über seine Reise nach Ostafrika auch das Recht in Form von bestimmten Forderungen, vor allem verkehrspolitischer Natur ziehen möchte. Diese Forderungen können aber vor dem Reichstage erst dann erhoben werden, wenn die entsprechenden Ergänzungsetats den Bundesrat passiert haben. Daraus ergibt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit, daß der Staatssekretär erst im neuen Jahre vor dem Plenum zu Worte kommen wird.

Armenfürsorge und Staatsangehörigkeit.

Eine eigenartige Staats- und armenrechtliche Unklarheit hat in Rülhausen i. G. zu einem seltsamen Zwischenfall geführt. 4 Kinder in Rülhausen ein Arbeiter Koch, der eine Witwe und 4 Kinder in den dürftigsten Verhältnissen hinterließ. Koch wurde wie ein deutscher Staatsangehöriger behandelt. Er ging bei den Wahlen zur Wahlurne, wurde zur Erfahrungsprobe ausbezogen und ging regelmäßig zur Kontrollversammlung. Nach dem Tode des Mannes unterstützte die Armenverwaltung von Rülhausen die Witwe. Vor kurzem wurde plötzlich die Unterstützung eingestellt und die Familie an den Heimatsort des Verstorbenen, Niederfulda, verwiesen, die sich jedoch weigerte, etwas für sie zu tun. Als sich die Frau an die staatlichen Behörden wandte, fanden diese heraus, daß sie und ihre Kinder gar nicht Reichsdeutsche seien, da der Vater des verstorbenen Mannes für Frankreich optiert habe; eine nachträgliche Nationalisierung wurde abgelehnt. Es hieß sogar, daß die Familie sei angewiesen worden, nach Frankreich überzusiedeln. In einer Zuschrift des Bürgermeisters von Rülhausen an die Behörde wird die Abschiebung der Familie nach Niederfulda und die Ausweisung nach Frankreich bestritten, dagegen behauptet, daß die Familie die französische Staatsangehörigkeit besitze und infolge der Ablehnung des Gesuches auf Verleihung der elsass-lothringischen Staatsangehörigkeit, die Familie keinen armenrechtlichen Unterstützungswohnsitz erwerben kann. Deshalb werde die Familie, die früher aus Mitteln der Rülhauser Armenverwaltung unterstützt worden sei, seit Oktober aus Landesmitteln unterstützt.

Der Rülhauser „Arbeiterfreund“ des früheren Reichstagsabgeordneten Harter Winterer bemerkt zu der ganzen Angelegenheit, daß der Vater des 1906 verstorbenen Mannes nach dem Kriege für Frankreich optiert hat, aber erst im Jahre 1903 Niederfulda verlassen hat, um nach Frankreich zu übersiedeln. Die deutsche Regierung hat aber die Option des verstorbenen Mannes, die am 1. Oktober 1872 nach Lothringen nicht verlassen hatten, für ungültig erklärt. Demnach wäre der verstorbene Koch nicht Franzose gewesen und seine Witwe und seine Kinder sind es auch nicht. Die Entscheidung des armenrechtlichen Unterstützungswohnsitzes kann deshalb nicht aufrecht erhalten werden. Man darf gespannt sein, wie sich der Fall erledigen wird. Er ist von prinzipieller Bedeutung, da viele Familien im Reichslande leben, bei denen ähnliche Verhältnisse vorhanden sind.

Krötenruf aus dem Blockstump.

Herr Dr. Fr. Kaumann rächt sich für die scharfe Kritik, die seine Entwicklung vom naiven, aber immerhin ernsthaften Ideologen zum täglich seine Ansichten wechselnden freisinnigen Allerneinstückler im „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ gefunden hat. Die von ihm herabgegebene „Güte“ bemittelt den Austritt Wehring aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ zu folgender, für die Kaumannsche Ethik recht charakteristischen Anrede:

„Auch ein so friedfertiger Geist wie Franz Wehring kann sich nicht mit jedemann vertragen. Es sind Streifigkeiten zwischen ihm und seinem Leipziger Kollegen Rensch ausgebrochen, deren Ende ist, daß Wehring sein Weltgericht fernherhin nicht mehr in der „Leipziger Volkszeitung“ vornimmt. „Volkszeitung“, mit bist du ein von allem Geist verlassenes Stück Papier geworden, denn was ist ein Blatt, das einen Wehring bejah und gegen ihn? Der „Vorwärts“ aber nicht Sonntagsteiler an und bittet Herrn Wehring, bei ihm sein Licht leuchten zu lassen, und Wehring wird sich gelegentlich mit auf die Bank setzen, wo Ströbel, Stadtagen und Rosa Luxemburg Weis von sich zu geben pflegen. Kröten Wehring!“

Agrarische Wahlstatistik.

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ versucht ihren ungeheuerlichen Pöbelstreich über den angeblichen Rückgang der sozialdemokratischen Wählerstimmen in den bewohnten fünf Wahlkreisen auf eine „keine Unrichtigkeit“ zu reduzieren. Sie habe keinen absoluten, sondern einen relativen „Verlust“ gemeint, d. h. die Verminderung der sozialdemokratischen Stimmenmehrheit gegenüber den bürgerlichen Stimmen.

Leider bleiben auch in diesem Falle die Ausführungen des Agrarierorgans kompletter Unsinn. Denn die „Deutsche Tages-Ztg.“ behauptet ja nicht etwa, daß die Sozialdemokratie in diesen fünf Wahlkreisen, wo sie zusammen nicht 28 000 Stimmen gewann, nicht so stark gewachsen sei, wie die bürgerlichen Parteien, sondern sie schrieb ausdrücklich als Folgerung aus ihren Zahlen:

... so kann man behaupten, daß viele Arbeiter, die noch 1903 den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verhalfen, ... ihr den Rücken gekehrt haben.“

Um von einem Wahlergebnis, das der Sozialdemokratie in den fraglichen fünf Wahlkreisen 3300 Stimmen Verlust und 32 000 Stimmen Gewinn brachte, etwas Derartiges folgern zu können, muß man schon eine spezifisch agrarische Logik besitzen und bei seinen Lesern voraussetzen!

Die Wahlreform im sächsischen Landtage.

Bei der Vortragsung der Wahlgesetzreform verteidigte der Minister Hohenthal kurz die Regierungsvorlage und erklärte, daß die Regierung auch auf Grund anderer Vorschläge zur Durchführung bereit sei. Nur dazu könne sie sich nicht bereit erklären, daß der Landtag ohne Resultat auseinander geht. Die Ver-

änderung im Lande soll durch eine Wahlrechtsreform so schnell als möglich beseitigt werden!

Im Laufe seiner Ausführungen erklärte der Minister, auch er habe sich bei Abfassung der Vorlage nicht von der Furcht vor der Sozialdemokratie leiten lassen, die ihm vorgeworfen worden sei. Er fürchte aber auch nicht die angekündigten Straßen-demonstrationen der Sozialdemokratie. Nach ihm sprach ein Geheimrat, der eigentliche Verfasser der Wahlrechtsvorlage. Er verteidigte den Entwurf in der unglücklichsten und provozierendsten Weise, so daß es zu erregten Ränken kam, weil der Redner das geistige Niveau der Dreiklassenlandtages zu niedrig einschätzte. Der Führer der Konservativen, Opiß, erklärte in längerer Rede, seine Partei lehne die Wahlrechtsreform ab. Sie werde im übrigen aber die Vorlage und die Möglichkeit prüfen, ein allgemeines direktes Wahlrecht mit Pluralwahlrecht in Ermöglichung zu ziehen. Auch er stehe auf dem Standpunkt, daß eine Reform zustande kommen müsse. Im anderen Falle wäre zu befürchten, daß Sachsen ein isoliertes Königreich werden würde. Der Führer der Nationalliberalen Schied sprach im gleichen Sinne; auch er forderte ein Pluralwahlrecht und Verhältniswahlrecht, doch solle die Stimmensammlung vier Stimmen nicht übersteigen. Der freisinnige Günther forderte die Einführung des Reichstagswahlrechts für den Landtag und einjährige Wahlperioden. Genosse Goldstein kritisierte den Entwurf scharf und gestellte das Verhalten der bürgerlichen Parteien, die aus Furcht vor der Sozialdemokratie es nicht wagten, dem Volke sein Recht zu geben. Ein Antrag des Konservativen Opiß, zur Beratung der Vorlage eine besondere Kommission einzusetzen, wurde einstimmig unterstützt, die Verhandlungen sollen am Donnerstag fortgesetzt werden.

Freisinnige für das Wahlrecht.

Die „Asphaltliberalen“ suchen mit bemerkenswerter Entschiedenheit die „Fraktionspolitiker“ vorwärts zu treiben und fast will es scheinen, daß ihre Ermahnungen bei den Wählern mehr Verständnis finden, als bei den Führern. Im liberalen Verein für Sachsen sprach Montag in einer gut besuchten Versammlung Dr. Barth sehr scharf gegen die Blockpolitik. Er meinte, der Liberalismus nur als eine treue Magd, die dazu da ist, all' das Geschwätz zu reinigen, aus dem die Herrschaft das Wahl einnimmt. Er glaube nicht, daß Herr Opiß darauf erpicht ist, freisinnige Wünsche zu erfüllen. Aber selbst wenn er wollte, so könnte er es nicht fertig bringen, da er jetzt mehr als je ein Gefangenener des Junkertums ist. Aber die Ablehnung der Blockpolitik genüge nicht. Das wichtigste sei, daß in der preussischen Wahlrechtsfrage ein Erfolg errungen werde. Dazu genüge aber nicht, daß im Abgeordnetensause ein Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts gestellt werde, dies habe höchstens agitatorischen Wert. Auf gewöhnlichem Wege werde man nicht viel weiter kommen.

Wenn etwas Entschlossenes erreicht werden solle, so müsse vorher eine Volksbewegung eingeleitet werden, die beweise, daß das Volk als solches keine Reigung mehr verspüre, sich diese Ungerechtigkeit länger gefallen zu lassen. Die liberale Einigung habe solange keinen wirklichen Wert, als nicht die Einigung der Worte in eine Einigung der Tat sich verwandelt. Es komme darauf an, wirklich gemeinsame Taten mit gemeinsamen Kräften zu vollbringen. Und da liegt es sehr nahe, daß man, nachdem die Einigung soweit vorgeschritten sei, auch weiter dazu übergehe, für die Aufstellung des Volkes gegen das Dreiklassenwahlrecht einen gemeinsamen freisinnigen agitatorischen Mittelpunkt zu schaffen, der nichts weiter zu tun habe, als unangenehm zu machen, daß nach gemeinsamen Schlußsätzen in den Versammlungen abgehalten, Flugblätter verfaßt, und Mittel zum Kampfe gesammelt werden.

In ähnlichem Sinne sprach gleichzeitig Dr. Dreißfeldt in Marburg a. L. in einer starkbesetzten Versammlung des liberalen Volksvereins. In der Versammlung waren auch zahlreiche Sozialdemokraten anwesend. Unseren Standpunkt betrat Genosse Dr. Köster. In der Resolution, die bei Stimm-enthaltung unserer Genossen angenommen wurde, wird die Abschaffung des preussischen Dreiklassenwahlrechts und seine Ersetzung durch das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die dringendste Aufgabe der deutschen Politik erklärt. Am der Fällung der öffentlichen Meinung durch das Wahlrecht wenigstens etwas zu begegnen, fordert die Resolution ein Notgesetz, das mindestens die geheime Stimmabgabe schon für die nächsten Landtagswahlen festlegt. Die liberalen Fraktionsgemeinschaften in den beiden Parlamenten werden erucht, ihren ganzen Einfluß für die Durchsetzung dieser Forderung geltend zu machen und durch Errichtung einer gemeinsamen Agitationszentrale die Wahlrechtspropaganda im Lande zu betreiben.

Unnütze Aufregung.

Wir haben kürzlich gemeldet, daß der Zentralrat der Gewerksvereine eine Petition an den Landtag um Einführung des gleichen Wahlrechts gerichtet habe und dazu bemerkt, daß die „Freis. Ztg.“ über diese Petition im Gegenlag zu einer anderen aber das Wahlrecht nicht berichtet hätte. In der Tat befindet sich aber an anderer Stelle des betreffenden Blattes eine kleine Notiz darüber, die wir übersehen hatten. Das Blatt ist sehr aufgeregt, daß wir daraus schließen, es sei wohl dem freisinnigen seiner Couleu mit der Wahlreform nicht ernst. Es hat infolgedessen recht, als es für diese unsere Meinung bündigere und zwingendere Beweise gibt. Wir sind deshalb auch gern bereit, zuzugestehen, daß das Blatt das Totschweigehalten, das es seinerzeit dem Antrage Barth gegenüber befolgte, diesmal nicht wieder angewendet hat.

Westratte Mordlinge. Vor dem Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps in Magdeburg hatte sich dieser Tage der Vizewachmeister Karl Zimmermann und der Sergeant Otto Hallenberg wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Waffe zu verantworten. Die beiden — sie gehören der 2. Batterie des Feldartillerie-Reg. Nr. 75 in Halle an — sind wegen dieser Straftaten vom Kriegsgericht der 8. Division in Halle in erster Instanz verurteilt worden und zwar Zimmermann zu drei Monaten und Hallenberg zu 14 Tagen Gefängnis. Zimmermann war schon wegen rechtsdringender Waffengebrauch mit 6 Wochen Gefängnis bestraft; er hatte einen Zivilisten mit dem Sabel eine schwere Schädelverletzung beigebracht. Die beiden Angeklagten hatten in einer Julinacht in Halle gefeuert. Eine übergehende Frauensperson soll nun in die Kniee hineingerufen haben: „Na, Ihr Kohlbampfschieber, wollt Ihr denn nicht nach Hause gehen?“ Zimmermann fühlte sich durch diesen Ruf schwer beleidigt, schlug auf die Stöße hinaus und griff die zufällig mit ihrem Mann und ihren beiden Töchtern übergehende Stellmachersfrau Reichert an, die er für die Auferin hielt. Er warf die Frau zu Boden, würgte sie und gerief ihr dabei die Bluse. Dann stürzte er sich auf den Ehefrau Reichert, warf ihn ebenfalls zu Erde und schlug ihn mit seinem Sabel auf den Kopf, daß Reichert eine blutende Wunde davontrug. Der zweite Angeklagte kam dann auch hinzu und beteiligte sich ebenfalls an den Mißhandlungen, an deren Folgen Reichert, der unter anderem auch einen Rippenbruch davontrug, noch heute leidet. Mittels eines Automobils haben die Angeklagten sich dann schleunigst aus dem Staube gemacht. In den nächsten Tagen haben sie auf Veranlassung ihres Hauptmanns versucht, den Vorfall mit dem Mantel der Liebe zuzudecken. Diese Versuche scheiterten aber an der Höhe der Entschädigung, die Reichert forderte. Sowohl der Oberkriegsgericht als auch die Angeklagten hatten gegen das Urteil Verufung eingelegt. Das Oberkriegsgericht beließ es aber bei der oben erwähnten gewiß außerordentlich milden Strafe.

Schweiz.

Vorschrift und Reaktion.

Aus Bern wird uns geschrieben: Der Große Rat (Landtag) des Kantons Bern behandelte das neue Arbeiterinnen-Arbeitsgesetz und das Antistreichgesetz, also Vorschrift und Reaktion in unmittelbarer Reihenfolge. Das Arbeiterinnen-Arbeitsgesetz, auf das schon seit mehr als zehn Jahren gewartet wird, bedeutet einen Fortschritt, das neue Antistreichgesetz ein Attentat auf die Arbeiterbewegung. Eine gewisse amtliche Demagogie hat damit zugleich die Bestimmungen über die Einigungsämter verbunden, unerkennbar in der Verfassung, der reaktionären Wechselbalg von industriellen Unternehmern und arbeiterfeindlichen Agrarern in der obligatorischen Volksabstimmung umso sicherer zur Annahme zu bringen. Vor Beginn der Beratung dieser Vorlage verließen die sozialdemokratischen Vertreter den Saal, weil in der ersten Beratung alle ihre Anträge von der kompakten Majorität abgelehnt worden waren. Die Reaktionsäre sollen in ihrer Anschließlichkeit die Verantwortung für ihr arbeiterfeindliches Machwerk tragen.

Die vier ersten Artikel der Vorlage handeln von den Einigungsämtern, die anderen vier Artikel von der Verletzung des Streiks und der Entwertung des Koalitionsrechts. Ueber die Zusammensetzung der Einigungsämter schweigt sich die Vorlage aus. Sie soll durch eine Verordnung geregelt werden; eine weitere Hinterlist gegen die Arbeiter.

Der zweite Teil der Vorlage ist dem besonderen Schutze der modernen Heiligen der herrschenden Klassen, der Streikbrecher, gewidmet. Wer ein solches „nützliches Element“ beleidigt oder „erblich belästigt“, erhält eine Gefängnisstrafe von 1 bis zu 60 Tagen, wozu für die Länder der Landesverweisung für die Dauer von 2 bis zu 10 Jahren kommt. Im Wiederholungsfall kann sofortige Verhaftung erfolgen. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der bei Störung der öffentlichen Ruhe durch Ansaunungen während eines Streiks auf die Aufforderung eines Polizisten hin nicht sofort absteigt. Die Polizei erhält das Recht, während eines Streiks öffentliche Umzüge zu verbieten. Die Regierung kann außerdem auf dem Verordnungsweg noch alle möglichen Maßregeln treffen. Also ein Ausnahmengesetz schandbarster Art gegen die Arbeiter, ein Umsturz der Verfassung, nach der alle Bürger vor ihr und vor dem Gesetze gleich sind. Der kapitalistisch-agrarisch-reaktionäre Bestand unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung. Wird er angenommen, so würde sich als wirksame Abwehr die Verhängung der Generalsperre über den ganzen Kanton Bern empfehlen.

Frankreich.

100 000 Rekruten mehr!

Paris, 4. Dezember. (W. L. W.) Eine vom Ministerium des Innern nach Algerien entsandte Kommission prüft gegenwärtig die Frage, ob der obligatorische Militärdienst auch auf die Araber Algeriens ausgedehnt werden soll. Die Kommission, welche insbesondere die Frage studiert, ob die Rekrutierung der Araber im Wege der Aushebung oder der Ziehung durch das Los vorgenommen werden soll, wird ihre Arbeiten bis zum 31. Dezember beendet haben. Man glaubt auf die eine oder andere Weise 100 000 Rekruten ausheben zu können und so das nötige Rekrutenmaterial zur Bildung zweier Armeekorps, die im Kriegsfall ziemlich rasch zur Verteidigung Frankreichs verwendet werden könnten, zu gewinnen. Es ist möglich, daß ein diesbezüglicher Gesetzentwurf bereits im Januar der Kammer vorgelegt werden wird.

Vor Tische ist man's anders.

Paris, 2. Dezember. (Fig. Ver.) Der Öffentlichkeit der Oberleutnant z. D. Picquart in der „Aurore“ einen Artikel, in dem er die Verlinde, das bestehende lokale Rekrutierungssystem gegen das territoriale zu vertauschen, energisch zurückwies, der Kriegsminister Picquart aber hat im Sommer 1907 diesen Tausch vorgenommen! Nicht offiziell, aber doch tatsächlich. Sein „System“ besteht darin, daß nur die vorbereiteten Rekruten und die Familienerhalter im Aushebungsbezirk ihrer Division dienen. Die anderen Soldaten werden in 250 bis 300 Kilometer entfernte Garnisonen geschickt. Die jungen Rekruten aber an die Östgrenze geschickt. Die Veranlassung zu dieser Reform war die Weigerung der Soldaten des 17. und des 100. Regiments, sich gegen die Weindauern verwenden zu lassen. Der Minister hat das auf die Interpellation des Sozialisten Varenne offen zugegeben. Er erklärte, daß er das frühere Rekrutierungssystem auch jetzt noch für gut halte — doch nur wenn sicher sei, daß dergleichen Dinge nicht mehr vorkämen... Die Wehrheit war natürlich mit dieser „Mildverurteilung“ unzufrieden.

In derselben Sitzung hat die Kammer beziehungsweise die Dringlichkeit der sozialistischen Interpellation über die Asflierung der Streitenden von Raoul-Etapa abgelehnt. Picquart läßt Picquart noch das Opus des Adolphen Ramdohr überlegen und auf der Kriegsschule in St. Cyr verteilen. Das „Wir schicken für unseren Kaiser“ ließe sich ja umformen in ein: „Wir schicken für unsere Kapitalisten“ verwandeln.

Paris, 4. Dezember. Gegen den Antimilitarischen Professor Herod ist auf Antrag des Kriegsministers eine Verleumdung angehängt worden wegen eines Artikels, der in dem Blatte „Quercy Sociale“ erschienen und in dem Professor Herod die Soldaten, die in Marokko kämpfen, mit den Eisenbahnarbeitern bei Stamps vergleicht und für die einen wie für die anderen dieselbe Bestrafung verlangt.

Mit Wörtern angeleitet.

Paris, 2. Dezember. (Fig. Ver.) Am 6. d. M. werden sich vor den Geschworenen von Vanves im Departement Nordhain zwei Antimilitaristen zu verantworten haben: der Sekretär der Arbeiterbewegung von Paris, Trevenne, und ein Arsenalarbeiter. Dieser Prozeß ist nur einer von den unzähligen, die die Regierung mit wechselndem Glück den Antimilitaristen jeglicher Alliance anhängt und die man kaum noch einzeln registrieren kann. Aber selbst unter dem jetzigen Regime merkt sich die Art, wie man Trevenne nach Vanves transportierte. Er wurde nämlich mit drei Wörtern angeleitet! ... Mit solchen Mitteln denkt man eine Bewegung zu besorgen, die bei aller Einseitigkeit der „Herbsten“ eine natürliche Reaktion gegen den Schwindelpatriotismus der Bourgeoisie und gegen die Klassenhyranne ist, die sich hinter ihm verbirgt. Wie sagt doch Freiligrath: „Und ob ihr zum Genossen ihr den Mörder und den Dieb erfort.“

Schweden.

Staats- und Gemeindefürsorge im Kampfe gegen die Tuberkulose. Im Jahre 1905 wurde in Schweden ein Komitee ernannt, das über Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose beraten sollte. Dieses Tuberkulose-Komitee hat nun der Regierung sein Gutachten überreicht. Darin wird festgestellt, daß in Schweden jährlich ungefähr 10 000 Menschen an Tuberkulose sterben und daß die Zahl der an dieser Krankheit Leidenden mindestens 30 000 beträgt. Das Komitee ist der Ansicht, daß für 4000 Lungentranke, die — vor allem auch um die Übertragung der Krankheit auf ihre Hausgenossen zu vermeiden — der Aufnahmestufe bedürfen, aber in den vorhandenen Anstalten keine Aufnahme finden können, Heil- oder Pflegestätten geschaffen werden müssen! Das wird 10 300 000 Kronen kosten. Dazu kommen die Unterhaltskosten, die pro Tag und Person auf 1,50 Kronen berechnet werden. Das Komitee schlägt

um vor, daß jährlich vielleicht 1 082 000 Kronen für die Errichtung der Heilstätten aufgewandt werden sollen, so daß man innerhalb 10 Jahren das Ziel erreichen würde. Die Unterbringung und Pflege der Kranken soll in der Hauptsache den Kommunen obliegen, jedoch mit Staatsunterstützung und Gewährung von Darlehen. Der schwedische Reichstag soll zu diesem Zweck 5 405 000 Kronen zu einem Darlehensfonds bewilligen.

Marokko.

Die Vorgänge an der algerischen Grenze.

Die letzten Tage haben kleine Scharmützel gebracht. Am Montag hat eine französische Batterie das marokkanische Dorf Hammal beschossen, wo mehrere Hunderte Venn Snaissen zum Markt erschienen waren. Die Marokkaner flohen, verfolgt von den Kanonengelenk. Kleine Abteilungen Kameltreiter haben sodann das Dorf geplündert (!) und niedergebrannt. Die Stunden unter der Führung eines Leutnants und wurden während der Plünderungsarbeit von einer Schwadron bewacht. (!) — So wird zivilisatorische Mission betrieben.

Der Gegenstand.

Nach einer Meldung General Drudes hat Mulay Hafid Marokko am 28. November verlassen, um sich nach Rabat, der jetzigen Residenz Abd-ul-Aziz zu begeben. Ein Entscheidungskampf zwischen den beiden Sultanen scheint demnach bevorzustehen. Oder sollte der Versöhnungsversuch Abd-ul-Aziz Erfolg haben?

Die russische Revolution.

Schnüffelei in Finnland.

Teriofi, 4. Dezember. (Privatdep. des „Vorwärts.“)

Auf Anordnung des Direktors im russischen Polizeidepartement, Truffewitsch, fanden in der (finnischen) Stadt Teriofi bei den dort wohnenden Russen in den letzten Tagen und Nächten sehr gründliche Massenhausdurchsuchungen statt. In das Wohnhaus der Buchhändler Demisewitsch ergoß sich eine große Anzahl Petersburger Geheimagenten!

In den Straßen der Stadt wurden 15 Verhaftungen vorgenommen. . . .

Den „Kastraken“ schneidet der Kamm.

Odesa, 4. Dezember. Heute fand das Begräbnis eines von einem Unbekannten ermordeten Bahnbeamten statt, der Mitglied des Verbandes des russischen Volkes war. Infolge von Gerüchten, daß die Verbändler neue Gewalttaten planen, wurde in dem Hause des mordeten Unbekannten Streifenkreuzungen eine Kofalenwache aufgestellt. Trotzdem verließen Verbändler auf dem Wege, den der Leichenzug nahm, viele Mißhandlungen von Juden und verwundeten eine Anzahl durch Pieße und Messerstücke. Die Verbändler drangen sogar in einen Omnibuswagen und mißhandelten dort die jüdischen Passagiere! Auf dem Rückwege vom Begräbnis wurde den Gewalttätigkeiten durch eine Kofalenwache ein Ende gemacht. Die Kofalen eskortierten den Zug der Verbändler nach der Stadt zurück. —

Bombenattentat.

Moskau, 4. Dezember. Wegen den Generalgouverneur von Moskau, Fürst Scheremann, wurde von einer Frau ein Bombenattentat verübt, als er heute vormittag durch den Lefortowskij fuhr. Hörschelmann blieb unverletzt, der Kutscher und die Frau selbst wurden verwundet, die Pferde in Stücke gerissen. Die Frau wurde mit nur schwachen Lebenszeichen in ein Krankenhaus gebracht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus der Schule geplaudert.

„Selbst wenn ein Nachlass der zurzeit immer noch hochgespannten Wirtschaftslage eintreten sollte, so werden sich die Betriebe in der weit überwiegenden Mehrzahl der Industriezweige damit trösten können, daß ihnen die gute Zeit reiche Früchte getragen hat und daß sie selbst ihr Schicksal ins Trockene gebracht haben. Nach den letzten Zahlen zeigt die weniger fetten Jahre kommen: Die Fabriken sind gerüstet und sehen der minder guten Zeit ohne Sorge entgegen.“

Das schreibt nicht irgend ein „sozialdemokratisches Heftblatt“ oder ein der ebenso bösen Gewerkschaftsblätter, die mit solchen freiblen Behauptungen die Arbeiter wider die Unternehmer aufwiegeln wollen. Das schreibt der Generalsekretär des Verbandes deutscher Papierfabrikanten, Herr Ditzes, in Nr. 45 seines Wochenblattes, und der wird es doch wissen. Daß die Arbeiter ihr Schicksal nicht ins Trockene haben, daß ihnen die letzten Jahre erhöhte Lebensmittelpreise brachten, daß sie den kommenden weniger fetten Jahren nicht in Ruhe, sondern mit banger Sorge entgegensehen, kammert Herrn Ditzes natürlich nicht im mindesten.

Die Mehrzahl der deutschen Arbeiter ist von der Sozialdemokratie so geschult, daß sie es für ehrenrührig ansehen, streikende Genossen zu erschrecken und auf diese Weise den Preis der einzigen Ware des Arbeiters, seiner Arbeitskraft, zu verberben.

Und wer schreibt diese so modern und vernünftig klingenden Worte? Derselbe Herr Ditzes, Generalsekretär des Verbandes deutscher Papierfabrikanten! Und warum, so bemerkt dazu treffend der „Proletarier“, diese Anwendungen wirtschaftlicher Einsicht? Sie entsprechen denselben Worten, dem wir so viele direkt entgegengekehrte Ansichten und Aussprüche verstanden, der Sorge um den Profit! Herr Ditzes will nämlich eine Vereinigung zur Erhöhung der Papierpreise gründen, und da braucht er den zuerst zitierten Satz, um durch Hinweis auf die Gewinne anderer Industriellen Stimmung für sein Projekt zu machen, und der zweite Satz soll den Papierfabrikanten das Schloße des Solidaritätsbruchs harmonisieren.

Wir wollen mit Herrn D. nicht über die Zulässigkeit seines Weispiels rechten, wie anerkennen auch die Berechtigung des Streikens der Unternehmer, sich durch Vereinigung gegen Schwundkonkurrenz zu schützen. Wo aber die Papierfabrikanten gegen die Organisationen zu Felde ziehen, wo sie Streikbrechervereine gründen und den Verrat als etwas Nichtbares und Ehrenwertes hinstellen, da mögen unsere Kollegen ihnen das Verständnis ihres Generalsekretärs unter die Nase reiben. Dasselbe werden wir auch mit Herrn D. tun, wenn er seine Ausführungen vergessen und zu andern Zweck andere Ansichten äußern sollte.

In der Zuckersabrik Regensburg stehen zurzeit 750 Arbeiter und Arbeiterinnen, verschiedenen Verbänden angehörig, im Streik. Der bekannte Streikbrecheragent Riedenstahl, kleine Damburgerstraße, Berlin, sucht Streikbrecher nach Regensburg. Es sei bedauerlich vor demselben gewarnt.

Achtung, Töpfer! Am Freitag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, finden die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse der Töpfer statt. Unsere Liste beginnt mit Vobiel und endet mit Wunderlich. Es ist Pflicht der Verbandsmitglieder, soweit sie Mitglieder der Berliner Ortsliste sind, sich an der Wahl zu beteiligen.

Weiter gehen wir bekannt, daß die Firma Otto Henschel, Schöneberg, Wohnstraße 48 sämtliche Verbandsmitglieder entlassen hat. Die Kollegen haben noch an Henschel eine Lohnforderung.

Verantwortl. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil veranw.

welche dieser auch anerkennt, er will aber nicht eher zahlen, als bis er vom Gericht dazu verurteilt ist. Wir bitten die Kollegen, davon Notiz zu nehmen.

Achtung, Drahtarbeiter! In Moskau haben die Drahtarbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Moskau ist bis auf weiteres für Drahtarbeiter gesperrt. Die unterzeichnete Ortsverwaltung erlucht die Kollegen, etwaige Arbeitsangebote nach Moskau zurückzuweisen und Bezug nach dorthin fernzubalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung in den sächsisch-thüringischen Webereien. Die Bewegung wird sich nun nicht nur auf den Kreis-Geraer Bezirk beschränken, sondern mit Ausnahme von Glauchau-Plörsche und Grimnitzsch-Berden, sich auf alle Bezirke des sächsisch-thüringischen Bezirkes ausdehnen. Der Grund dazu liegt darin, daß nach dem letzten 1905 stattgefundenen Lohnkampf nur die Weber mit 8 Proz. aufgebessert wurden. Die übrigen Arbeiter, wie Schärer, Leimer, Baumer, Engländer, Kettenträger, Säuhansgeberinnen, Kopperinnen, Spulerrinnen, Ausnäherinnen, Fugerrinnen, Rebrfrauen usw. sind leer ausgegangen. Sie alle haben aber jetzt unter der enormen Lebensmittelerhöhung furchtbar zu leiden. Diese Menschen leben nicht mehr, sie vegetieren nur noch. Unterernährung wohnt man nicht Schwindsucht und Nervenkrankeheiten nehmen in erschreckendem Maße zu. Auf der anderen Seite aber herrscht Unempfindlichkeit und Luxus. So geht das nicht mehr weiter. Nun haben auch noch die Unternehmer durch ihren Rechtsbeistand Rehme-Weitzig den von uns gestern gemeldeten Masz erlassen, worin sie eine Erhöhung jetzt für undiskutabel bezeichnen und auf den St. Nummerleinstag verfrachten, weil die jetzige Wirtschaftslage eine höchst schlechte sei. Daß es aber auch in diesen Zeiten möglich ist, aufzubessern, beweist Glauchau-Plörsche, wo die Färbereiarbeiter jetzt ein zwanzigprozentige Lohnerböschung forderten, mit den Unternehmern unterhandelten und erzielten, daß vom 1. Februar 1908 an die Löhne um 8 Proz. erhöht werden. Die Webereiarbeiter dagegen stellen sich einfach auf den Proteststandpunkt und behaupten: „Wir verhandeln nicht“. Auf den Abklärungsauflauf hin haben sofort noch Montagabend liberaler Versammlungen und Fabrikbesprechungen stattgefunden, die sämtlich überflüssig waren. In Frage kommen folgende Orte: Gera, Kreis, Berga, Eisterberg, Zeulenroda, Triebes, Ronneburg, Weida, Meuselwitz, Langenberg, Jöhnen, Lebnitz, Langenwiesendach, Böhmisch, Reichenbach i. V., Waldau, Regisbrunn, Reudnitz-Hermannsdorf. In allen Versammlungen und Besprechungen wurde der neue Lohnarist, dessen Hauptforderungen wir schon mitgeteilt haben, die jetzige Lage und die den Unternehmern zu gewöhnende Frist besprochen. Überall wurde gefordert, daß kein Lohnarist mehr abgeschlossen wird, sondern ein Vierteljahr wie in Glauchau-Plörsche. Die vorigen Unternehmer hätten übrigens alle Ursache, auf ihre Kollegen in den anderen Orten einzuwirken.

In allen Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Anbetracht, daß die Arbeitslöhne in den Betrieben des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien viel niedriger sind als in den anderen Branchen der in Frage kommenden Orte — der durchschnittliche Jahreslohn der Textilarbeiter beträgt kaum 700 M. — und in Erwägung, daß von den in Webereien Beschäftigten nur die Weber und Weberinnen keine Lohnzulagen bei ihren bisherigen Lohnbewegungen erzielten, die übrigen Kollegen und Kolleginnen aber leer ausgegangen sind, in weiterer Erwägung, daß die Preise für alle notwendigen Lebens- und Existenzmittel seit der fünfprozentigen Lohnzulage noch höhere geworden, beantragt die am 2. Dezember stattgefundene Versammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen die Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes, die mit fünfzehnprozentiger Lohnerböschung vorgelegene Tarifvorlage nebst den neuen Bestimmungen und 15 Proz. Lohnerböschung für die Weberarbeiter und Arbeiterinnen sowie für die Fugerrinnen bei den Fabrikanten zu beantragen. Die Anerkennung der aufgestellten Forderungen wird ab 1. Januar 1908 erwartet. Den Vertretern des Deutschen Textilarbeiterverbandes wird es überlassen, den Fabrikanten eventuelle Vorschläge einer Verhandlungsstelle zu unterbreiten. Die heute Versammelten erklären im Deutschen Textilarbeiterverband die beste Stelle für die Wahrung der Interessen der gesamten Textilarbeiterschaft. Sie versprechen, unablässig zu agieren, bis die Kollegen und Kolleginnen das Mitglieds- und Unterstützungsrecht erworben haben und treue Mitglieder bleiben.“

Darauf wurde beschlossen, die neuen Forderungen sofort durch die Funktionäre des Textilarbeiterverbandes an den Verein der sächsisch-thüringischen Webereien einzureichen und die Anwohner der Fabrikanten bis zum 1. Januar 1908 zurück zu erwarten.

Die Weber haben sich also durch den kaltherzigen Vorschlagsauflauf, der ihnen von den Herren Unternehmern drei Wochen vor dem Feste des „Friede auf Erden“ höhnisch entgegengeschleudert wurde, nicht einschüchtern lassen. Und das ist gut so. Wir wünschen nur, daß bald einmal die Verhältnisse in den dortigen Webereifamilien, denen ein Hund, Kaninchen oder Hase als Heißbraten erscheint, studieren würde, und gerade kommt, wenn Tag für Tag eine sechs- oder achtköpfige Arbeiterfamilie für 10 Pfennig Wurst, Speck oder Hering auf dem Tisch stehen hat. Ob er dann wohl auch noch von der vorübergehenden Erleichterung des Lebensmittelpreises sprechen würde. Die Weber sind entschlossen, diesmal an ihren Forderungen nach mehr Brot bis zum äußersten festzubalten. Die Organisation ist fester aufgebaut als je. Die wenigen gelben Schafelein kommen gar nicht in Betracht.

Ausland.

Gewerkschaftliches aus der Schweiz.

Daß gesamte schweizerische Buchbindergewerbe steht vor einer großen Lohnbewegung. Die Arbeiterschaft hat den Unternehmern ihre Forderungen bereits eingereicht und diese haben in einer in Bern abgehaltenen Arbeitgeberkonferenz die Forderungen der Arbeiter in ihrer Hauptsache abgelehnt, ja sie wollen nicht einmal mit den Vertretern der Arbeiter in Unterhandlungen treten, dagegen verlangen die größeren Unternehmer von den Arbeitern, daß diese die Schmutzkonkurrenz der kleinen Meister bekämpfen sollen, dadurch, daß sie von den kleinen Meistern einen höheren Lohn verlangen als von den großen. Bei den Buchbindergehülfen ist diese meisterliche Zumutung mit großer Heftigkeit aufgenommen worden. Auch in diesen Tagen wird den Meistern das Ultimatum gestellt werden, und wenn diese auf ihrer ablehnenden Haltung beharren, so dürfte es zu einer Arbeitseinstellung kommen.

In einer Lohnbewegung stehen auch die Arbeiter in der Lithographie. Es handelt sich in der Hauptsache um Einführung allgemeiner gültiger Lohnbestimmung für die gesamte Schweiz. Die Lithographiebesitzer haben zu den Forderungen der Arbeiter bereits Stellung genommen. Sie erkennen an, daß die teurer gewordenen Lebensmittelpreise eine Lohnsteigerung rechtfertigen, weisen aber darauf hin, daß in den letzten Jahren bereits eine beträchtliche Lohnsteigerung eingetreten ist und sind nicht gewillt, für eine neue Lohnerböschung einzutreten. Sie sprachen daher den Wunsch aus, daß in allen den Geschäften, in denen eine Lohnsteigerung in den letzten Jahren nicht eingetreten, die Löhne eine Erhöhung erfahren sollen, dagegen sei eine durchgängige Lohnsteigerung im ganzen Gebiete abgesehen. Die Arbeiterschaft ist mit diesem Bescheid natürlich nicht zufrieden und sie wird zu geeigneter Zeit ihren Forderungen ernstlichen Nachdruck geben.

In der Schweiz stehen die Buchdrucker in einer Lohnbewegung um die Revision des Tarifes. Die in Neuenburg gepflogenen Unterhandlungen zwischen den Unternehmern und den Buchdruckern sind gescheitert an der Festsetzung der täglichen Arbeitszeit. Die Buchdruckergehülfen von Neuenburg haben ihre bedingte Kündigung auf 14 Tage eingereicht, in der Annahme, es werde doch noch

zu einer Einigung kommen. Der Inhaber der Druckerei des „Journal de Neuchâtel“ hat die bedingte Kündigung mit der definitiven beantwortet, worauf sämtliche Gehülfen sofort die Arbeit niederlegten. Der Druckereibetrieb sucht in Deutschland Ersatz zu bekommen, was ihm aber wahrscheinlich nicht mehr gelingen dürfte.

Die Aussperrung der Uhrfedermacher in der schweizerischen Uhrenindustrie ist nun mit einem vollständigen Siege der Arbeiterschaft zum Abschluß gekommen. Die Arbeiter haben eine Prozentige Lohnerböschung und die Wiederanstellung aller Aussperrten erlangt. Während der nächsten drei Monate dürfen keine Entlassungen der an der Lohnbewegung beteiligten Arbeiter vorgenommen werden.

Mit einer Niederlage hat dagegen der Färbereistreik in Zürich geendet, und die Unternehmer nähern jetzt ihren Sieg gehörig aus. Sie verlangen von den wieder eingestellten Arbeitern die Unterzeichnung eines Reverses, nach welchem sie sich mit einem Abzug von 20 Frank einverstanden erklären, der dann bei Ausbruch eines Streiks zugunsten des Arbeitgebers verfallen ist. Damit hoffen sie den Streik auf alle Zeiten verbannt zu haben. Die deutschen Arbeitgeber könnten in dieser Beziehung von ihren republikanischen Kollegen doch noch manches lernen.

In der ostschweizerischen Stickereiindustrie macht sich die Krise schon sehr stark fühlbar, die Bestellungen aus Amerika sind fast vollständig ausgeblieben. Zahlreiche Arbeiterentlassungen sind nun bereits an der Tagesordnung und mit Vorliebe werden von den Fabrikanten die organisierten Arbeiter entlassen. Der ostschweizerische Textilarbeiterverband wird behufs Unterstützung der Arbeitslosen zu außerordentlichen Maßnahmen greifen müssen.

Die Gründung eines Industrieverbandes in der schweizerischen Textilindustrie.

In sieben Verbänden, die bestimmte Branchen oder Landesteile umfassen, waren bisher die schweizerischen Textilarbeiter zerstückelt. Die sieben Verbände sind von sehr verschiedener Größe: der kleinste zählt nur 175, der größte hingegen 3404 Mitglieder. Insgesamt sind 10 134 Textilarbeiter organisiert, wovon 6494 männliche und 3639 weibliche. Sie waren bisher allerdings schon in einem föderativen Verband, dem Allgemeinen Schweizerischen Textilarbeiterverband vereinigt, aber derselbe hatte nur die beschränkte Aufgabe, die Interessen sämtlicher Mitglieder gegenüber den Behörden und Privaten zu vertreten, das Verbandsorgan, den „Textilarbeiter“ herauszugeben und allen Mitgliedern unentgeltlich zuzustellen, sowie endlich die Verbände in der Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben (Agitation, Unterhandlung mit den Unternehmern, statistische Aufnahmen usw.) zu unterstützen. Die sieben Verbände leisteten an den allgemeinen Verband abgestufte Jahresbeiträge von 1.40 bis 2.40 Fr. für männliche und von 1.20 bis 2 Fr. für weibliche Mitglieder. Nachdem seit Jahren für die Verschmelzung der sieben Verbände zu einem modernen Zentralverband gearbeitet und auch ein Protokoll ausgearbeitet wurde, hat nun am Sonntag in Winterthur stattgefundene Delegiertenversammlung, die von 108 Vertretern der Verbände besucht war, mit 94 Stimmen die Verschmelzung derselben zu einem einheitlichen Zentralverband beschlossen. Das neue Statut enthält abgestufte Wochenbeiträge von 10, 15 und 25 Rappen und es gewährt die verschiedenen sächlichen Unterstellungen. Unter Vorbehalt der Kräftigung in den sieben Verbänden soll das Statut und damit der neue Schweizer Textilarbeiterverband anfangs April 1908 in Kraft treten. Die Verschmelzung der Branchenverbände der Textilarbeiter zu einem Textilarbeiterverband bedeutet für die gesamte schweizerische Gewerkschaftsbewegung einen ersten wichtigen Fortschritt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Kommunalwahlen in Norwegen.

Kristiania, 4. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Die Kommunalwahlen im ganzen Lande fanden unter starker Beteiligung statt. Die Frauen stimmten in ihrer Mehrzahl für die reaktionären Parteien. In Kristiania erzielten wir einen Stimmenzuwachs von 55 Proz. Gewählt wurden 27 Sozialisten, 10 Radikale, 3 Totalisten und 44 Konservative und Liberale. In Bergen wurden gewählt 24 Sozialisten, 14 Radikale, 9 Totalisten und 29 Konservative und Liberale. In 12 kleineren Städten von denen bisher Wahlergebnisse vorliegen, wurden 103 Sozialisten gewählt.

Ein Vorstoß gegen die Preisstreiber.

München, 4. Dezember. (V. S.) Die Abgeordnetenkammer hat einen Antrag betreffend Errichtung eines staatlichen Fortschrittswerkes zur Vermeidung der Preissteigerungen des Syndikates angenommen, dabei kam es zu scharfen Angriffen gegen das Syndikat.

Das Urteil im Nordprozess Goold.

Der Nordprozess Goold, der seit mehreren Tagen in Ronde Carlo die dortigen Gerichte beschäftigte, ist gestern zum Abschluß gebracht worden. Der Gerichtshof verurteilte nach zweifelhafte Beratung wegen Ermordung der Frau Lewin Frau Goold, die bis zuletzt ihre Unschuld beteuerte, zum Tode, ihren Ehemann unter Berücksichtigung der verminderten geistigen Zurechnungsfähigkeit zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Ausprägung der Lage in Marokko.

Paris, 4. Dezember. (B. L. O.) Dem „Temps“ wird aus Tanger gemeldet, daß die Nachrichten über die Kämpfe an der algerisch-marokkanischen Grenze und über die Niederlage, welche der Schauja-Stamm der Ranana des Nachen beigebracht hat, auf die Eingeborenen einen bedenklichen Eindruck gemacht habe. Diese seien überzeugt, daß die Franzosen genötigt gewesen seien, Udschda zu räumen und daß ganz Süd-Oran bedroht sei. Man müsse sich auf schlimme Nachrichten aus Casablanca gefaßt machen.

Explosion einer Lokomotive.

Paris, 4. Dezember. Aus St. Laurent wird den Blättern gemeldet, daß auf dem Bahnhof Vertry infolge der Explosion einer Lokomotive der Maschine und der Heizer getötet wurden und der Zugführer Verwundungen erlitt. Eine in der Nähe des Bahnhofes gelegene elektrische Fabrik wurde durch die Trümmer der Lokomotive stark beschädigt.

Reichstag.

66. Sitzung. Mittwoch, 4. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Herr v. Stengel, v. Weichmann-Gollweg, v. Einem, Niederding.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Kriegsminister v. Einem:

Ich sehe mich beehrt, auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Paasche zu antworten. Herr Paasche hat mir, hier am Fuße der Präsidententribüne, in einer vertraulichen Unterredung mitgeteilt, daß er mit einigen Punkten meiner Ausführung nicht einverstanden sei. Wenn Herr Paasche nun behauptet, am Schlusse gesagt zu haben, daß er in der nächsten Sitzung auf diese Punkte zurückkommen wolle, so glaube ich ihm, erwarte aber auch auf das Bestimmteste, daß er mir glaubt, wenn ich sage, ich habe diese Mitteilung nicht gehört. (Hört! hört! rechts.) Herr Paasche sagte, er mühe erwarten, daß die Chefs der Reichskammer während der Etatsdebatte hier zugegen wären. Er hat gewiß recht, aber, meine Herren, auch ein Minister hat das Recht, krank zu sein. Ich bin gegen den Willen der Doktoren vor einigen Tagen hierher gekommen und habe gesprochen. Ich bin gestern zugegen geblieben, einmal weil ich glaubte, daß Herr Paasche gerade nach unserer Unterredung nicht sprechen werde, (Hört! hört! rechts) und weil meine Geschäfte mich drängen. Ich hätte wohl annehmen dürfen, daß Herr Paasche gestern einem meiner Herren einen Brief gegeben hätte, mich zu rufen. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Er mußte sich sagen, daß bei dem, was er vordringen wollte, der größte Wert darauf zu legen sei, daß ich zur Stelle war und gleich antwortete. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Wenn jemand die Absicht hat, diese Dinge kräftig mitzubekämpfen, dann darf er unter keinen Umständen auch nur indirekt dahin wirken, daß derjenige, der an verantwortlicher Stelle steht, als ein Drückerberger erscheint. (Sehr gut! rechts.) Herr Paasche hat bemängelt, daß so und nicht anders mit den Grafen Hohenau und Lhmar verfahren sei. Ich habe in meiner ersten Rede gesagt: „Die jetzt im Gange befindliche kriegsgerichtliche Untersuchung wird zeigen, ob im Falle des Grafen Lhmar der § 167 verletzt ist, und es wird dann eingeschritten werden.“ — Ich habe also indirekt zugegeben, daß ein Fehler in der Verhandlung dieser Angelegenheit vorliegen könnte.

Der Abg. Paasche hat gestern erklärt, es hätten beim Grafen Lhmar die Verfehlungen gegen seine Untergebenen offen klar gelegen. Das ist absolut nicht richtig. Klar gelegen hat nur der eine Fall mit seinem Burtschen, den ich hier ausdrücklich und vollständig erzählt habe. Bezüglich des Grafen Hohenau bemerke ich, daß die preussische Armee von S. M. dem König von Preußen kommandiert wird. S. M. der König haben es sich ausdrücklich vorbehalten, selbst zu befinden, ob und wann ein ehrengerichtliches Verfahren gegen einen General stattfinden soll, vorzüglich gegen einen General à la suite, der allein S. M. unterstellt ist. Wenn S. M. in dieser Frage das ehrengerichtliche Verfahren gegen den Grafen Hohenau ausgesetzt hat, so habe ich nicht immer die Macht, und

kein Mensch in der Welt hat die Macht, dagegen etwas zu tun, und man muß sich damit eben begnügen.

(Lebhaftes Zustimmung rechts. Große Unruhe auf der gesamten Tribüne.) Nach unserer Heeresorganisation, nach der Stellung, die S. M. als Oberbefehlshaber an der Spitze der Armee einnehmen, ist daran nichts zu ändern. (Erneute lebhaftes Zustimmung rechts. Widerspruch und Unruhe links.) Ich habe gesagt, die ehrengerichtliche Untersuchung läuft nicht weg. Ich teile hier dem hohen Hause mit, daß beide Angeklagte sich gestellt haben. (Lebhaftes Hört! hört! rechts.) Der Prozeß wird also seinen geordneten Lauf nehmen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Der Abg. Paasche hat bemängelt, daß ich nur von „Ruben in Zivilkleidern“ gesprochen habe, während ich den beiden Angeklagten ihre Titel gegeben hätte. Weiter hat er gesagt, ich hätte für die Grafen Hohenau und Lhmar nur Worte der Entschuldigung gehabt (mit erhebener Stimme), ich habe gesprochen von den Ruben ganz allgemein, die unsere Soldaten verführen. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Ob es Offiziere sind, ob es Grafen sind, ob es Prinzen sind, sie müssen dieses Wort auf sich beziehen. (Stürmisches Bravo! rechts.) Im übrigen habe ich nicht ein einziges Mal gesagt, der „Rube“ Vohlschardt, sondern der Zeuge Vohlschardt, und andererseits habe ich gesagt, der Angeklagte Graf Lhmar und der Angeklagte Graf Hohenau. Ich lehne es ab, daß ich bloß Entschuldigungen für die beiden Angeklagten gehabt hätte. Ich habe gesagt, ich hoffe, daß sie sich stellen werden und daß sie büßen, was sie uns Böses getan und was sie sich selber zuschreiben haben. Sind das Entschuldigungen? Ich glaube nicht.

Am 20. November, als ich sprach, war mir die kriegsgerichtliche Verhandlung vom 28. November noch nicht bekannt. (Hört! hört! rechts.) Es wäre ein unbedeutendes Verlangen, daß eine Verhandlung vom 28. mir schon am 20. vorliegen müßte. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Ich habe also nur von Verhandlungen gesprochen, die am 28. und 29. November stattgefunden haben. Nach dem, was mir vorlag, war ich berechtigt, zu sagen, daß der Belastungszeuge allein der Zeuge Vohlschardt war. Die anderen Zeugen haben durchaus nichts Positives angegeben, sondern lediglich Gerüchte, und mehrere der Zeugen haben sich auf den Zeugen Vohlschardt bezogen. Aber aus dem, was ich hier habe, kann man nicht einmal entnehmen, daß er ihnen diejenigen Mitteilungen gemacht hat, die er an Harden und die er im Prozeß Harden unter Ausschluß der Öffentlichkeit gemacht hat. Ich war also berechtigt, zu sagen: es ist noch nichts erwiesen, es liegen nur unkontrollierbare Gerüchte vor, der Belastungszeuge ist Vohlschardt. (Sehr richtig! rechts.)

Auch von dem Ruffische des Grafen Hohenau ist verschiedentlich gesagt, er könnte etwas von diesen Dingen wissen. Der Mann ist 15 Jahre bei dem Grafen Hohenau gewesen und hat ausgegagt, daß er niemals etwas davon wahrgenommen hätte, daß sein Herr derartige Dinge treibe. (Hört! hört! rechts.) Um zu illustrieren, wie Gerüchte entstehen, hat er gesagt, eines Tages habe ihm jemand auf dem Exercierplatz in Potsdam gesagt: „Deinen Herrn haben die gestern ordentlich vorgehabt in Berlin.“ Er erwiderte: „Meinen Herrn, den habe ich ja gestern Abend mit seiner Familie von seinem Hause zu einer Gesellschaft bei der Prinzessin Alexandrine von Preußen gefahren und nachher wieder von dort abgeholt.“ Darauf habe der andere gesagt, er kenne ja den Grafen Hohenau nicht, aber der Betreffende habe sich für den Grafen Hohenau ausgegeben. (Lebhaftes Bewegung.)

Der Abgeordnete Paasche hat Briefe vorgezeigt, die Graf Hohenau an den Zeugen Vohlschardt geschrieben hat. Ich frage nicht, wo der Abgeordnete Paasche die Briefe herbeikommt hat. (Hört! hört! rechts.) Ich will auch nicht annehmen, daß es etwa diejenigen Briefe sind, die in der Vernehmung vom 28. v. M. Herr Harden dem Gericht in Abschrift vorgelegt hat. Das Gericht kennt also diese Briefe. Ich habe auch eine Menge von Briefen an Untergebene geschrieben, indem ich diesen auch Geld geschickt habe. Ich habe das auch als Minister getan. Auch haben eine ganze Reihe meiner Untergebenen Bilder von mir bekommen, in Paradeuniform, weil das die Leute so gern haben. Das beweist doch aber nicht, daß man homosexuell veranlagt ist. (Weiterkeit rechts.) Wenn Herr Paasche andere Briefe hat, möchte ich ihn höflich und dringend bitten, sie schleunigst dem Gericht der ersten Garde-Division einzureichen. (Sehr gut! rechts.)

Auch der Plamajor v. Dülken ist von Herrn Paasche vorgeführt worden. Er soll im Hardenprozeß ausgesagt haben, von den Verfehlungen des Grafen Hohenau, des Grafen Lhmar und auch des Grafen Rolke gewußt zu haben. Der Zeitungsbericht

über die Verhandlung im Hardenprozeß beweist das Gegenteil. Major v. Dülken ist auch heute morgen eingetreten erregt bei mir gewesen und hat mir ausdrücklich gesagt, daß er nie zuvor über den Grafen Hohenau und den Grafen Lhmar etwas gehört habe. (Hört! hört! rechts.) Gerüchte über den Grafen Rolke seien nur einmal vor dem Eingreifen des Kaisers an ihn gekommen, er habe sich auf das Bestimmteste zurückgewiesen. Daß die Armee zu einem großen Teil nichts von diesen Dingen gewußt hat, habe ich neulich schon durch Hinweis auf die verschiedensten Persönlichkeiten belegt.

Ich habe hier zwei weitere Mitteilungen, einmal von einem General, der von 1899 bis 1902 die der Villa des Grafen Lhmar benachbarte Adlervilla bewohnt hat, und von einem anderen Offizier, der mir seit meiner Jugend befreundet ist und auch lange in Potsdam gestanden hat, die ebenfalls beide bestätigen, nie etwas von abnormen Neigungen des Grafen Lhmar gehört zu haben. Also von einer allgemeinen Verbreitung kann keine Rede sein. Wenn Herr Paasche von hohen Offizieren Mitteilungen in dieser Richtung bekommen hat, so möge er die Namen dieser Offiziere dem Gericht nennen. Wir wollen doch aus dem Schmutz heraus (Lebhafter Beifall), wir wollen doch diese Angelegenheit aus der niedrigen Atmosphäre des Kaisers erheben. (Sehr gut! rechts.)

Von den jhmischen Liebern hatte mir Herr Paasche schon in der Unterredung gesprochen, worauf ich erwiderte, das sei für mich kein Beweis. Nachdem er das öffentlich wiederholt hat, bitte ich ihn dringend, diese Offiziere dem Generalkommando des Gardekorps zu nennen; denn solche Vorgänge müssen die Disziplin zugrunde richten. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Niemand kann mehr bedauern als ich, daß ich von all diesen Dingen keine Kenntnis gehabt habe. Hätte ich etwas davon gewußt, wären diese Sachen nicht passiert, oder ich stände nicht vor Ihnen. (Stürmischer Beifall rechts.) Wir leben in einer Zeit des Matsches, der — von Mund zu Mund weitergetragen — sich um die Ehre des Nächsten nicht viel kümmert. Selbstverständlich meine ich mit dieser Bemerkung niemand aus diesem hohen Hause. Gewiß ist es Gold, was hier im Reichstage gesprochen wird (Weiterkeit), aber die Tatsachen stehen mir höher, und so richte ich an jedermann die Mahnung, mitzuhelfen, daß wir aus dieser ekelhaften und schändlichen Affäre herauskommen. Wir müssen dafür sorgen, daß dieser Tratsch ein Ende nimmt, daß mit allen Mitteln Gesundheit geschaffen wird, daß, wo ein Kranker sich in dem ganz gefunden Körper befindet, er entfernt wird. Meine Herren, helfen Sie mit! (Stürmischer starker wiederholter Beifall, besonders auf der Rechten.)

Es ist ein

Vertagungsantrag

der Abgg. v. Kormann (L.), Wassermann (natl.), Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.), Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Sp.), Schrader (fr. Sp.), v. Payer (deutsche Sp.) und v. Camp (Sp.) eingeleitet.

Der Vertagungsantrag wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. (Unruhe im Zentrum und bei den Sozialdemokraten. Rufe: Die Mehrheit ist zweifelhaft.)

Abg. Dr. Paasche (natl.) (persönlich): Ich habe unter vollster Anerkennung der vornehmen Art des Vorgehens des Kriegsministers gestern mein persönliches Bedauern darüber ausgesprochen, daß ihm Dinge, die mir bekannt waren, nicht bekannt gewesen sind und daß er erklärt hat: die betreffenden Herren sind nicht schuldig. (Widerpruch rechts, Zustimmung links.) Ich habe mir genau ausgeschrieben, was ich gesagt habe. Der Kriegsminister, den auch ich bisher für meinen Freund gehalten habe, kann aus den Aufzeichnungen lesen, ob meine Erklärung richtig ist oder nicht. Im übrigen betrachte ich die Tribüne des Reichstages als die einzige Stätte, wo berechtigte Klagen vorzubringen sind. (Sehr richtig! links.)

Präsident Graf Stolberg (unterbrechend): Letzteres ist keine persönliche Bemerkung.

Abg. Dr. Paasche: Das gebe ich zu. (Weiterkeit.)

Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich konstatiere hier, daß nach der Geschäftsordnung die soeben beschlossene Vertagung unglücklich ist, weil die Unterstufungsfrage nicht gestellt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Außerdem hat der Präsident eine Meldung von mir zur Geschäftsordnung über: Ich habe den begrifflichen Wunsch, von den Herren Antrags zu erfahren, warum

sie die Vertagung beantragt haben. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Die

Geheimnisträmerie hinter den Kulissen,

die der Reichstag fast einhellig bei der Reichsregierung verurteilt hat, haben wir jetzt selbst hier. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte den Präsidenten, geschäftsordnungsmäßig zu verfahren. Wird der Vertagungsantrag genügend unterstützt, so muß und noch das Wort zur Geschäftsordnung gegeben werden; denn wir müssen über die Gründe der Vertagung diskutieren. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Dr. Spahn (L.): Ich pflichte in allem dem Abg. Singer bei. Die Unterstufungsfrage mußte gestellt werden. Auch ich hatte mich zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet, und auch mir wurde das Wort nicht erteilt! (Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Gräf. Graf Stolberg:

Ich glaube, daß der Herr Abg. Spahn sich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet habe, und daher ließ ich erst abstimmen. Als ich den Vertagungsantrag mitteilte, erhob sich fast der ganze Reichstag. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Von hier aus sah es wenigstens so aus. Wenn Vertagung beantragt wird und kein Widerspruch erfolgt, wird die Unterstufungsfrage nicht gestellt. Das geschieht zum Beispiel am Schlusse jeder Sitzung. Ich bin zur Wiederholung der Abstimmung bereit, werde aber keine Diskussion darüber zulassen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Weber (Soz.): Für den Fall, daß die Vertagung beschlossen wird, bitte ich den Präsidenten, dafür zu sorgen, daß uns die heutige Reichstagsverhandlung bereits morgen früh zugeht. (Allgemeine Zustimmung.)

Abg. Singer (Soz.):

Leider ist in der Geschäftsordnung die unglückselige Bestimmung, daß es dem Präsidenten freisteht, ob er einem Redner das Wort zur Geschäftsordnung erteilen will oder nicht. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir schon sehr oft über Vertagungsanträge diskutiert haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Außerdem bringe ich hier

namentliche Abstimmung über die Vertagung.

(Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten und im Zentrum, Lärm beim Bloß.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Eine Geschäftsordnungsdebatte entspricht nicht der Bedeutung des gegenwärtigen Augenblicks. (Lautes anhaltendes Gelächter bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Ich bitte die äußerste Linke, davon Abstand zu nehmen.

Am Schlusse der gestrigen Sitzung sind den Mitgliedern, die den Vertagungsantrag unterzeichnet haben, Mitteilungen von wichtigen politischen Vorgängen zugegangen.

(Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Darüber wird ja auch Ihnen (zu den Sozialdemokraten) noch Kenntnis werden. Jeder Abgeordnete und jede Partei hat das

Recht, Vertagung zu beantragen. Andererseits ist es Ihr gutes Recht, eine namentliche Abstimmung zu beantragen. Die Unterstufungsfrage hätte allerdings gestellt werden müssen.

Abg. Wassermann (natl.): Dieser Meinung bin ich auch. Von Geheimnisträmerie kann keine Rede sein. Wir und alle Antragsteller erachten den gegenwärtigen Moment und die Erklärung des Kriegsministers für so bedeutungsvoll, daß wir zunächst die weiteren Beratungen aufgeschoben zu sehen wünschen. Wir wünschen namentlich auch die Erklärung des Herrn Kriegsministers im Wortlaute zu haben, ehe wir weiter debattieren. Auch Herr Weber betonte ja vorher diesen Gesichtspunkt. (Lachen bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Dr. Rugdan (fr. Sp.): Ich möchte darauf aufmerksam, daß § 63 der Geschäftsordnung Debatten über die Vertagung nach Erledigung der Unterstufungsfrage verbietet. (Sehr richtig! beim Bloß.)

Abg. Gräber (L.): Ich will nur auf den Widerspruch in den Erklärungen der Vertreter der Bloßparteien hinweisen. Abg. Wiemer spricht von höchst wichtigen politischen Vorgängen und Abg. Wassermann sagt, davon könne gar keine Rede sein. (Lebhaftes Zustimmung und stürmisches Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Singer (zur Geschäftsordnung):

Der Vorredner hat mit Recht auf den Widerspruch in den Erklärungen der Bloßparteien hingewiesen. Nach Herrn Wassermann will der Bloß nur den genauen Wortlaut der Rede des Kriegsministers abwarten, Herr Wiemer aber spricht von wichtigen Mitteilungen, die den Antragstellern zugegangen seien. Wie kommt denn die Majorität dazu, zu verlangen, daß große Parteien dieses Gausches von der Kenntnis solcher Ereignisse ausgeschlossen werden? (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Wozu haben wir denn den Seniorenkongress?

Es ist eine unerhörte Vergewaltigung.

(Wiederholter stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten und im Zentrum. Lärm im Bloß.)

eine parlamentarische Kamarilla.

(Anhaltender tosender Lärm im Bloß. Lebhaftes Bravo im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Die jetzige Majorität des Hauses scheint hinter dem Rücken der anderen Mitglieder Geschäfte betreiben zu wollen. Auf die Angabe der Bloßherren über die Vertagungsgründe kann man sich nicht verlassen; denn sie widersprechen einander völlig. Wer hat recht: Herr Wassermann oder Herr Wiemer? (Zuruf rechts: Beide! Stürmische Weiterkeit. Wir könnten über die Gründe aufgeklärt werden, wenn der Präsident eine Geschäftsordnungsdebatte zulassen wollte. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Unseren Antrag auf namentliche Abstimmung halten wir aufrecht, weil wir den höchsten Wert darauf legen, daß das Land die Namen der Leute erfährt, (Großer Lärm rechts) die den Mut haben eine Vertagung zu beschließen, und damit nahezu die Hälfte des Hauses von den ihnen gewordenen Kenntnissen auszuschließen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Ich wiederhole: In lokaler Weise ist für solche Dinge der Seniorenkongress in Anspruch zu nehmen und nicht

ein Privatkongress des Fürsten Bülow.

(Anhaltender stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten und im Zentrum. Widerspruch beim Bloß.)

Präsident Graf Stolberg stellt nunmehr die Unterstufungsfrage zum Antrag auf Vertagung.

Der Bloß erhebt sich.

Präsident Graf Stolberg stellt weiter die Unterstufungsfrage für den Antrag Singer auf namentliche Abstimmung.

Sozialdemokraten, Zentrum und Polen erheben sich.

Die Unterstufung reicht aus.

Die Abstimmung ist also namentlich. Von 804 Abgeordneten stimmen 169 mit Ja, 134 mit Nein. Einer enthält sich. Die Vertagung ist also beschloffen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsdebatte.)

Schluß 2 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Kommission für Reform der Majestätsbeleidigungsprozesse.

In der Fortsetzung der Beratung erklärte zunächst Abg. Fu u G, daß er von seiner Ansicht, Aufhebungen, wenn sie nicht als Majestätsbeleidigungen verfolgbar sind, dürfen dann auch nicht als gemeine Beleidigungen verfolgbar sein, zurückgekommen sei; er schloß sich jetzt der Regierungsvorlage an. — K o e r e r ändert seinen Antrag dahin ab, daß außer beschimpfenden Aufhebungen nur noch B e r e u m d u n g als Majestätsbeleidigung strafbar sein soll. Regierungskommissar T i s h e n d o r f wendet sich namens der Regierung gegen Koerers Antrag, durch den die Fürsten schlechter gestellt seien als jeder Privatmann.

Die Kommission erörtert nunmehr die Frage, in welchen Fällen Verhaftung bezw. Antrag zur Erhebung einer Anklage notwendig ist. Die Regierungsvorlage sieht Genehmigung nur für nicht öffentliche Beleidigungen vor. Fund will für alle Prozesse Genehmigung eingeholt wissen, und zwar soll, soweit Majestätsbeleidigung in Frage kommt, der Reichsanwalt, in anderen Fällen die Landesjustizverwaltung des Staates, dem der Beleidigte angehört, für die Genehmigung zuständig sein. Müller-Reinigen geht in seinen Anträgen in derselben Richtung, nur möchte er die Strafverfolgung statt an Genehmigung an Strafanzug gebunden wissen. R i t s c h (L.) spricht gegen diese Erweiterung und läßt sich dann eingehend über die Frage aus: welche Behörde zur Erteilung der Genehmigung zuständig sein soll. O s a n (natl.) will — wie sein national-liberaler Kollege Fund — die Vorlage wesentlich v e r z i c h e n. (Die Herren National-liberalen schienen sich nicht wohl bei dem Gedanken zu fühlen, daß die tendenziösen Majestätsbeleidigungsprozesse eine Einschränkung erfahren sollen.)

Staatssekretär N i e b e r d i n g möchte am liebsten überhaupt keine Genehmigung für solche Prozesse statuieren. Die Landesjustizbehörde komme in schlechten Verdacht und sei dann dem Parlament verantwortlich; deshalb solle man lieber die Verfolgungen aller Majestätsbeleidigungen nur den Richtern überlassen, statt die Genehmigung zu veralgemeinern. Jedenfalls könne die Regierung niemals zustimmen, daß alle, auch die öffentlichen Beleidigungen, der Genehmigung bedürftig seien.

Abg. Eichhorn erklärt sich, unbeschadet des prinzipiellen Standpunktes der Sozialdemokratie, für den Wegfall des Unterschiedes zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen Beleidigungen. Die Verfolgung aller sogenannter Beleidigungen müsse an die Voraussetzung eines Strafanzuges gebunden sein. Wenn der Staatssekretär das Obium fohler von der Justizverwaltung angestrebter Prozesse fürchtet, so lasse man die objektiven Merkmale der Majestätsbeleidigung scharfer, damit Tendenzprozesse möglichst eingeschränkt sind. Obwohl in Deutschland hierzu wenig Aussicht vorhanden ist, wäre es doch möglich, daß einmal eine Justizverwaltung kommt, welche keinen Geschnack an Majestätsbeleidigungsprozessen findet. Was die Frage anbelangt, welche Behörde für den Strafanzug zuständig sein soll, so wäre es richtiger, wenn man die Zuständigkeit der Landesjustizverwaltung demjenigen

Landes zuliebe, welchem der Verleider angehört; jedenfalls sei aber die Regierungsvorlage, nach welcher die Genehmigung durch die Justizverwaltung des Landes erteilt werden soll, dessen Behörden für die Verfolgung zuständig sind, den Anträgen vorzugehen, welche der Justizverwaltung des Staates, dem der Verleider angehört, die Genehmigung übertragen will. — Weiter wendet sich Redner gegen Osann, der am Dienstag der sozialdemokratischen Presse den Vorwurf machte, sie enthalte rohe Majestätsbeleidigungen. (Osann hatte sich dabei besonders auf das Hannoversche Narrenblatt „Schmupstafel“ bezogen.) Eichhorn trug den Inhalt jener Notiz vor und zeigte an deren Harmlosigkeit, was von Nationalliberalen zu erwarten wäre, wenn sie die Macht in Händen hätten.

Die Abg. Storz und Kähler-Weintingen verteidigen ihre Anträge gegen den Staatssekretär. Regierungsvorleger Tischerdorff wendet sich nochmals energisch gegen jede Ausdehnung der Genehmigungsvorschrift. Er fürchtet für die Unabhängigkeit der Richter, wenn Strafantrag durch die Landesjustizverwaltung gestellt wird. Diesen Befürchtungen gaben auch die Richter Hoeren und Graf Ausdruck. Hoeren will deshalb auch für die nicht öffentlichen Verleider die Genehmigungsvorschrift beibehalten. Der sächsische Richter Wagner bestreitet, daß Richter durch einen Strafantrag der Regierung beeinflusst werden können, (er weiter empört er die sozialdemokratischen Arbeiter als besonders geneigt zu Majestätsbeleidigungen an. Osann wendet sich gegen Eichhorn; er verteidigt den Krümel des „Schmupstafel“ und verteidigt das Hannoversche Gericht, das objektive Majestätsbeleidigung feststellte. —

Abg. Heine bemerkt gegen Osann, daß der „Schmupstafel“, wie schon durch Eichhorn betont sei, ein Fälschungsblatt war, das Anspruch auf ernste Würdigung nicht erhebt. Wenn mit Eichhorn zugabungen sei, daß die Notiz nicht besonders geschmacklos war, so war doch die größte Geschmacklosigkeit die Anklage! Zur Sache selbst sei er der Meinung, daß eine Unterscheidung zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen Verleiderungen nicht gemacht werden dürfe. Es ist traurig, daß hier Stimmen von Richtern laut werden können, welche Beeinflussung durch die Justizverwaltungsbehörden fürchten. Und noch trauriger, daß die Befürchtungen nicht ganz grundlos sind, wie

der Fall des Berliner Richters Alex. Schmidt beweist, der unmittelbar nach einer Freisprechung in einem Majestätsbeleidigungsprozeß von seinem Posten verdrängt werden sollte.

Niederding sucht den Fall Schmidt als ganz harmlos hinzustellen.

Schließlich wird noch die Frage der Herabsetzung des Strafminimums behandelt; Müller und Heine treten nachdrücklich dafür ein, Niederding, Wagner und Wahnenhorst sind dagegen. Niederding beruft sich auf andere Staaten, in denen allerdings höhere Strafen vorgesehen, aber die Straftaten auch ganz anders umschrieben sind; außerdem werden in jenen Ländern die Bestimmungen nicht angewendet.

Die Regierung erklärt, die Vorlage sei das Maximum

des, was sie geben könne, und so scheint es, daß die „Reform“ eine recht lässige bleibt, wenn überhaupt etwas daraus wird.

Nächsten Dienstag soll zweite Lesung der Vorlage nebst den Bestimmungen in der Kommission erfolgen.

Polenvorlage

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung der Polenvorlage beriet am Mittwoch die speziellen Bestimmungen über das Enteignungsgesetz. Angenommen wurde ein freikonservativer Antrag des Inhalts, den Satz 1 des § 14 Absatz 1 dahin zu fassen: „Dem Staat kann durch Igl. Verordnung das Recht der Enteignung solcher Grundstücke verliehen werden, deren Erwerb zur planmäßigen Anlage oder Ausgestaltung bestimmter deutscher Ansiedlungsunternehmen erforderlich ist.“ Abgelehnt wurde ein Zentrumsantrag, der die Enteignung für den Einzelfall einem besonderen Gesetz unterwerfen will. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag: von der Enteignung die dem öffentlichen Gottesdienste gewidmeten Gebäude und Begräbnisstätten auszunehmen.

Seitens des Zentrums war ein Antrag gestellt worden, auch behohnte Grundstücke bis zu 12 Hektar Größe von der Enteignung auszunehmen. Der Antrag wurde abgelehnt. Die freikonservativen hatten einen Antrag gestellt, wonach ererbte Grundbesitz von Einwohnern der Provinzen Westpreußen und Posen nach Möglichkeit nicht enteignet werden soll. Dieser Antrag wurde vorläufig zurückgezogen, nachdem von freisinniger Seite darauf hingewiesen worden war, daß kein Grund vorliege, nur ererbten Grundbesitz, nicht aber den durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden von Abzögenden auf Bezugsenden übergebenen Grundbesitz gegen Enteignung zu schützen. Lebhafte Diskussion wurde ein Antrag, der eine neue Behörde schaffen und dieser ein Vetorecht gegen die Feststellung des Enteignungsbezirktes geben, sowie ein weiterer Antrag, der das Verfahren, ähnlich wie im Enteignungsgesetz von 1874 gestalten will, insbesondere die Auslegung, Feststellung des Gebietes, die Rechtsmittel des Einspruchs festsetzt. Beide Anträge wurden, soweit es sich um die Neuorganisation der Anweisungskommission handelt, angenommen. Ebenso ein Antrag, der die genaue Feststellung des Enteignungsbezirktes forderte. Die Bestimmungen über den „Verbot“ wurden abgelehnt, die weiteren Bestimmungen des Gesetzes nach längerer Erörterung zunächst im wesentlichen im Sinne der Vorlage erledigt.

Es folgte dann die Gesamtabstimmung.

Zu dieser wurde zunächst der konservativer Antrag, der die neue Behördenorganisation und das Vetorecht einführen will, abgelehnt. Die Abstimmung über den Verbot wurde der zweiten Beratung vorbehalten. Bevor die Gesamtabstimmung über die ganze Vorlage erfolgte, gab der Finanzminister die Erklärung ab: Eine Vorlage über Genehmigung von Konzessionen in Posen, Westpreußen und den angrenzenden Bezirken und eine Besetzung der bauerlichen Verhältnisse in Schlesien sei beabsichtigt. Weiter könne aber die Regierung vorläufig nicht gehen. Die konservativen erklärten sich durch diese Erklärung des Finanzministers für nicht befriedigt. Sie fragten den Minister, wie er sich zu einem Veräußerungsverbot deutschen Grund und Bodens an Polen stelle. Der Minister gab hierauf die Erklärung ab: Ein solches Veräußerungsverbot tangiere die Freizügigkeit und könne nur vom Reichstag beschlossen werden, der Reichstag aber werde diesen Schritt doch nur dann mitmachen, wenn ihm die preussische Regierung Normen anbot, daß sie alle anderen Mittel erschöpft habe! Daraufhin wurde von konservativer Seite erklärt, daß die konservativen Kommissionsmitglieder heute gegen die Vorlage stimmen würden, da ihnen nicht die von ihnen für erforderlich gehaltenen Kautelen gegeben worden seien; das schließt aber nicht aus, daß, wenn in der Zwischenzeit Sachumstände der von ihnen gewünschten Art geschaffen werden könnten, ein Teil der Partei der Vorlage zustimmen werde!

Die Enteignungsvorlage wurde hierauf mit 9 Stimmen (freikonservativ und Nationalliberale) gegen 19 Stimmen (konservativ, Zentrum, Freisinnige, Polen) abgelehnt.

Die nächste Sitzung, in der die Vorlage in zweiter Lesung beraten werden soll, findet am Dienstag nächster Woche statt.

Soziales.

„Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“

Dieser die Stellung unserer regierenden Kreise zu den kapitalistischen so trefflich kennzeichnende Ausspruch des verstorbenen Ministers Dr. v. Dittich wird erneut durch eine Aussprache in Erinnerung gebracht, die im Ausschuss des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen (E. V.) zu Duisburg-Ruhrort am 12. November in Coblenz

im Hotel „Zum Riesen“ stattfand. In einer dort unfer der Leitung des bekannten niederrheinischen Eisen- und Kohlenkönigs Gustav Stinnes abgehaltenen internen Sitzung beschäftigte man sich u. a. auch mit dem Streit der Maschinen- und Heizer der Rheindampfer vom vergangenen Sommer, der den „Herrschern des Rheins“ anheimelnd mehr Kopfschmerzen gemacht hat als sie angestehen wollen. Während des Streiks fehlte es den Schiffsführern an der nötigen sachkundigen Mannschaft und daher kamen denn auch Verstöße gegen die Bemannungsbestimmungen in der größtmöglichen Weise vor. In einigen Fällen gelangten die Verstöße zur Kenntnis der zuständigen Rheinischschiffahrtsinspektion und die Schiffsführer beziehungsweise Kapitäne wurden in Strafe genommen. Darob dann großes Geschrei bei den Herren Reedern, und eine Interpellation beim zuständigen Rheinischschiffahrtsinspektor als weitere Folge. Ueber die Antwort, die auf diese Interpellation erfolgt ist, hatte nun der Geschäftsführer in der Sitzung vom 12. November zu berichten. Und was hatte er den Herren vom Rhein mitzuteilen? Berichtete er, daß die zuständige Rheinischschiffahrtsinspektion die Herren Reeder dahin belehrte, daß auch während eines Streiks die strompolizeilichen Bemannungsbestimmungen streng inne zu halten sind? Ach nein! Die Antwort, die der Herr Geschäftsführer gab, lautete ganz anders. Der Rheinischschiffahrtsinspektor habe sich in dem Sinne geäußert, daß er in seinem Verwaltungsbereich die Denunziationen keine Folge gegeben bzw. die Strafverfügungen wieder aufgehoben habe, nachdem die Angelegenheit durch die betreffenden Reedereien klargestellt sei. Der Rheinischschiffahrtsinspektor werde auch in Zukunft so verfahren.

Seinerseits empfahl der Geschäftsführer der Rheinherren diesen, sich in Zukunft bei eventuellen Strafverfügungen innerhalb der zuständigen Rheinischschiffahrtsinspektion auf das vorher bezeichnete Verhalten des preussischen Rheinischschiffahrtsinspektors zu berufen.

Im Anschluß an die Erledigung dieser Beschwerte will der Geschäftsführer dann noch das Argument des Rheinischschiffahrtsinspektors und des Rheinstrom-Baudirektors auf die Straffestsetzungen wegen Verletzung der Rheinischschiffahrtsinspektorverordnung überhaupt gelenkt und betont haben, daß es in den modernen Verwaltungsgrundlagen nicht entsprechendes Verfahren sei, wenn die Feststellung von Verletzungen, die hohe Geldstrafen von 20, 30 R. und mehr begründeten, durch noch ziemlich untergeordnete Beamte erfolge, meist auch noch, ohne die Schuldigen gekannt zu haben. Der Zustand grenze an Ungerechtigkeiten. Auch sei die Verurteilung zu kurz bemessen.

Beide Herren — der Rheinstrom-Baudirektor und der Rheinischschiffahrtsinspektor — sollen nach Mitteilung des Geschäftsführers der Angelegenheit Verständnis entgegengebracht haben, indem beide zugabungen hätten, daß das jetzige Verfahren gewisse Härten und Unzulänglichkeiten enthalte, aber es lasse sich vorläufig nichts dagegen tun.

Katzenmäßig verstehen so gewiegte Geschäftsleute wie Herr Stinnes und Genossen sofort den Hebel an der richtigen Stelle anzusetzen. Wenn selbst zwei so hohe Beamte die „Härten und Unzulänglichkeiten“ des bisherigen Systems zugaben, dann wird sich schon eine Besserung finden lassen. Also wurde flugs beschlossen, der Verein solle offiziell bei der Rheinstrombau-Verwaltung zunächst zweierlei beantragen, die Verlängerung der Verurteilungsdauer bei Strafverfügungen, und die Verpflichtung der mit der Straffestsetzung betrauten Beamten, den Reedern von der eventuellen Verurteilung der „vermeintlich schuldigen“ Schiffsführer Mitteilung zu machen.

Ob die Herren Stinnes und Genossen mit ihrem Antrage bei der Rheinstrombauverwaltung Glück haben werden? Wir glauben's. — Außer vorstehender Angelegenheit wurden in genannter Ausschusssitzung noch einige andere Wink über den Verkehr mit Behörden zur Erlangung von Vorteilen gegeben.

Sexuelle Aufklärung der Abiturienten in Sachsen.

Mit der sexuellen Aufklärung der Abiturienten der höheren Schulen hat sich soeben das sächsische Landes-Medizinalltagsschule in eingehender Weise beschäftigt. Auf der jetzt stattgefundenen 20. Plenarversammlung der genannten Medizinalltagsschule hatte die Vorkonferenz am 20. d. d. folgenden Antrag gestellt: „Die königlichen Ministerien des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts zu ersuchen, in geeigneter Weise Einrichtungen zu treffen, welche die sexuelle Aufklärung der Abiturienten der höheren Schulen zum Zwecke haben.“ Nach eingehender Begründung des Antrages durch Dr. med. Goch-Leipzig und nachdem insbesondere durch Sanitätsrat Dr. Bernsdorf-Planen i. B. darauf hingewiesen worden war, daß die beregte Aufklärung nicht sowohl Sache der Schule, als vielmehr Sache des Elternhauses sei, bezog, daß, wenn es nun gerade die Schule sein müsse, es sich mehr empfehle, die Aufklärung bei Gelegenheit eines im letzten Semester der höheren Schulen von einem Arzte zu erteilenden allgemeinen hygienischen Unterrichts zwanglos mit einzufügen, erklärte der Vertreter des Ministeriums, Geh. Schulrat Dr. Seeliger, daß voranschicklich von Minister 1908 ab an den staatlichen höheren Schulen sächsischen Schulärzte angestellt werden würden, die am besten Gelegenheit haben dürften, sich der beregten Belehrung zu unterziehen. Daraufhin nahm das Landes-Medizinalltagsschule folgenden Antrag des Hofrats Dr. med. Haenel-Dresden an: „Das sächs. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts zu ersuchen, in geeigneter Weise Fürsorge zu treffen, daß durch Vergabe Aufklärung der Abiturienten der höheren Schulen über sexuelle Hygiene (Wert der Keuschheit und Gefahren der Geschlechtskrankheiten) bewirkt werde.“ Wenn wird die viel nötiger Aufklärung der Volksschüler und Volkshilfswärter erfolgen? Die Aufklärung ist in unendlich vielen Fällen der beste Schutz gegen Verführung.

Müssen Eltern ihre Kinder prägen lassen?

Man dürfte annehmen, die Verneinung dieser Frage sei selbstverständlich. Sind doch die Eltern zur Pflege des geistigen und körperlichen Wohls verpflichtet. Und gilt es für Kulturstaaten doch als selbstverständlich, daß ein Lehrer erziehen, nicht prägen soll. Aber was in Frankreich, England und Oesterreich als selbstverständlich gilt, gilt in dem Kaiserstaat Preußen nur für Kinder in höheren Schulen. Volksschulkinder sollen nicht erzogen, sondern gelehrt werden. Und so kann es nicht überraschen, daß ein Gericht sogar einen Vater deshalb bestrafte, weil er sein Kind nicht weiter verprügeln lassen wollte. Das ist das Ergebnis einer Verhandlung, die am Sonnabend das Schöffengericht Hannover in einer Strafsache gegen den Kaufmann Ernst Jarwieski in Hannover wegen Schulvergnügens verurteilte. J. war beschuldigt, entgegen § 35 des hannoverschen Polizeistrafgesetzes seinen 10-jährigen Sohn Walter vom Schulbesuch ferngehalten zu haben. Er erklärte, seit August d. J. seinen Sohn deshalb vom Besuch der lutherischen Volksschule ferngehalten zu haben, weil der Lehrer Hahnhauer zunächst im April und dann im August d. J. seinen Sohn in der schlimmsten Weise mißhandelt habe. Nach einem zur Verlesung gebrachten Attest des Dr. med. Westphal hat der Junge infolge der ihm vom Lehrer Hahnhauer zuteil gewordenen Prügel in der Höhe des linken wie des rechten Schulterblattes mehrere 10 bis 12 Millimeter breite und etwa 4 Zentimeter lange blutunterlaufene Striemen zum Teil mit einem subcutanen Bluterguß, auf den beiden Hinterbacken je drei ebenso breite und 2-3 Zentimeter lange blutunterlaufene Striemen und an der rechten Seite des Halses in einer Höhe von 2 zu 3 Zentimeter leichtere Blutergüsse und ebensolche Blutergüsse auf der hinteren linken Wangenseite in einer Ausdehnung von 2 zu 3 Zentimeter gehabt. Die Verlesungen rührten von mit harter Kraft ausgeführten Stockschlägen her. Nachdem der Junge im August nach Angabe des Angeklagten mit ganz ähnlichen Verletzungen an Haupte gekommen ist, hat er ihn von jener Schule ferngehalten. Eine

andere Bürgerschule in Hannover hat den Jungen nicht aufgenommen; eine hat sich dazu bereit erklärt für den Fall, daß der Vater sich einverstanden erklärt, daß das Kind an dem evangelischen Religionsunterricht teilnimmt. Darin hat J. nicht eingewilligt. Seitdem bekommt er alle paar Wochen eine polizeiliche Strafverfügung wegen Schulvergnügens seines Sohnes. Die Staatsanwaltschaft Hannover hat das wegen Körperverletzung gegen den Lehrer Hahnhauer eingeleitete Strafverfahren eingestellt mit der Begründung, daß eine Ueberschreitung des Jüchtigungsrechtes seitens des J. nicht beangenehm sei. Gegen diesen Einstellungsbescheid ist Beschwerde bei der Oberlandesanwaltschaft in Celle erhoben; von dort steht die Entscheidung noch aus. Der Antrag des Angeklagten, die Entscheidung in dieser Sache bis zur Erledigung des Strafverfahrens gegen J. auszusetzen, wurde vom Gericht abgelehnt. Das Gericht betont, daß die Entscheidung in dieser Sache unabhängig sei von dem Strafverfahren gegen J. Eine Ueberschreitung des Jüchtigungsrechtes seitens eines Lehrers gebe dem Vater noch nicht das Recht, sein Kind aus der Schule zu halten, es sei denn, daß nachgewiesen sei, daß mit dem Schulbesuch eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit des Kindes verbunden sei. Man könne aber nicht sagen, daß durch ein- oder zweimalige Ueberschreitung des Jüchtigungsrechtes eines Lehrers oder einer Jüchtigung, wie im vorliegenden Fall, das Leben oder die Gesundheit des Kindes in Gefahr gebracht würde! Eine solche Jüchtigung könne nach dem Attest immer viel gefährlicher, als wie sie in Wirklichkeit gewesen sei. Danach habe der Angeklagte unberechtigt sein Kind vom Schulbesuch ferngehalten und sich gegen § 35 des hannoverschen Polizeistrafgesetzes vergriffen. In Frage komme eine fortgesetzte Handlung und sei auf eine Geldstrafe von 3 Mark eventuell 1 Tag Haft erkannt.

Entscheiden die höheren Instanzen in gleicher Weise, so löst sich der Ruhm Preußens nicht bestreiten, in der Unkultur in der Welt voranzustehen. Die Unkultur zeigt sich am deutlichsten in der Beeinträchtigung der Rechte der Kinder und Eltern

Aus Industrie und Handel.

Fleischpreise.

Wie sich die Kleinhandelspreise für die verschiedenen Fleischsorten entwickelt haben, ist aus folgender Tabelle ersichtlich. Es kostete in Preußen (Mittelpreis aus 23 Marktorten) im Durchschnitt der Monate Januar bis September das Kilogramm in Pfennigen:

	Rindfleisch	Schweinef.	Kalbfl.	Lammf.	
	Keule	Braten			
1900	185	116	181	182	180
1902	188	118	149	157	182
1904	148	121	131	144	142
1906	159	136	169	163	158
1907	162	138	150	163	162
1907 + über —	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.
gegen 1906	+ 1,0	+ 1,5	- 11,2	+ 0,0	+ 2,5
gegen 1900	+ 27,4	+ 19,0	+ 14,5	+ 23,5	+ 24,6

Leider sind die Fleischpreise, die sehr schnell bei der Hand waren, die Bewegung der aufsteigenden Schweinefleischpreise mitzumachen, nicht ebenso eifrig gewesen, der sinkenden Tendenz zu folgen. Während der Abfall des letzten Jahres im Großhandel 18,4 Proz. betrug, war er im Kleinhandel nur 11,2 Proz. Andererseits ist allerdings die Steigerung der Kleinhandelspreise für Rindfleisch etwas hinter der im Großhandel zurückgeblieben. Besondere Aufmerksamkeit verdient jedoch die letzte Vergleichsreihe, die den Prozentsatz der Steigerung seit 1900 anzeigt. Diese Steigerung schwankte für die angegebenen Fleischsorten zwischen 14,5 und 27,4 Proz.

Die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschaustatistik in Württemberg in den Jahren 1904 bis 1906 veröffentlicht jetzt das sächs. statistische Landesamt in seinen „Mitteilungen“. Danach betrug die Zahl der beschaupflichtigen Schlachtungen 1904: 859 405, 1905: 863 974 und 1906: 829 869. Der enorme Rückgang entspringt hauptsächlich auf Schweine, von denen 1904: 477 112, 1905: 443 281 und 1906 nur 423 618 zur Beschau kamen. Dieser starke Rückgang ist das Ergebnis der Fleischsteuerung 1905 und 1906. Um zu erfahren, welche Menge an Fleisch für die Ernährung der Bevölkerung tatsächlich zur Verfügung gestanden hat, ist unter Anwendung der Gewichtskurve, wie sie für das dem Schlachtviehhof Stuttgart zugetriebene Schlachtvieh ermittelt wurden, eine schätzungsweise Berechnung aufgemacht worden, die folgendes ergab:

	Fleischmenge	im ganzen	auf den Kopf der
		1000 Kilogr.	Bevölkerung
1895—1898	55 008		26,2 Kilogr.
1900—1902	65 438		30,1 „
1903	76 542		34,4 „
1904	80 217		35,8 „
1905	78 458		34,7 „
1906	75 737		33,2 „

Man erkennt daraus, daß sowohl absolut wie relativ die Menge des zur Verfügung stehenden Fleisches zurückgegangen ist.

Arbeiterentlassungen. Die Verwaltung von „Rote Erde“, zum Seltenerker Kongress gehörend, hat, wie gemeldet wird, die Kündigung einer Reihe Maschinenisten und Walzwerksarbeiter angeordnet. Eine nette Weihnachtsbescherung.

Preisabsatz. Die Stahlwerkbesitzer haben beschlossen, die Preise für Holzzeug und Formeisen um 10 R. per Tonne zu erniedrigen.

Eingegangene Druckschriften.

Im Verlage der Buchhandlung Bornhörs, SW. 68, Lindenstraße 60, ist erschienen:
Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Preis pro Quartal 2,50 M. Porto resp. Postgeb. Aus dem Inhalt der letzten erschienenen Nummern nennen wir: Einmal und Gemeinde von Paul Dirsch. — Anwaltsberuf von E. Goch. — Unfallsversicherung für Feuerwehren von Bürgermeister und Branddirektor a. D. K. H. — Der geplante Verkehrsverband von Groß-Berlin. — Schlingenschnur. — Diverse Notizen über Gemeindefortschritt. — Finanz- und Steuerwesen. — Gesundheitswesen. — Bildungswesen u. a. m.
Karl Schurz, Lebenserinnerungen. II. Band. 9 R., geb. 10 R.
Verlag G. Reimer, Berlin, W. 35.
Der Tropenpflanzer. Nr. 12. Zeitschrift für tropische Landwirtschaft. Herausgegeben von O. Warburg u. H. Wohlmann. Monatlich ein Heft. Jahrl. 10 R. Nr. 5 Beispielt zum Tropenpflanzer. Verlag, Unter den Linden 43.

Witterungsübersicht vom 4. Dezember 1907.

Stationen	Barometer-stand am 0 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temperatur	Rel. Feuchtigk.	Wetter
Stettin	754	SSW	3	bedeckt	1	75	bedeckt
Darmstadt	762	SSW	3	bedeckt	5	75	bedeckt
Berlin	764	SSW	2	bedeckt	0	75	bedeckt
Frankfurt	754	SSW	2	bedeckt	3	75	bedeckt
München	758	S	4	bedeckt	0	75	bedeckt
Wien	758	S	1	bedeckt	0	75	bedeckt
Hannover	755	S	2	bedeckt	1	75	bedeckt
Petersburg	761	SSW	1	bedeckt	1	75	bedeckt
Sofia	750	SSW	5	bedeckt	7	75	bedeckt
Berlin	740	SSW	1	bedeckt	1	75	bedeckt
Warschau	738	SSW	5	bedeckt	9	75	bedeckt

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. Dezember 1907. Ein wenig kälter, zeitweise auflockernd, vorwiegend trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Reichshallen-Theater.
Stattiner Sänger.
Anfang wochentl. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Billette stets 8 Tage
vorher!
Reichshallen
Restaurant:
Großes
Militär-
Konzert.

Möbelfabrik
Julius Apelt
6 Adalbert-Strasse 6
Hochbahnhof Kottbuser Tor
(früher: Stallter-Strasse 6).

Glas- und Porzellanwaren-
Geschäft von Jacob Guthrodt
(früher Friedrichstr. 13)
jetzt Yorkstr. 88 u. Gneisenaustr. 22.
Hof-Platz. i. Reichshausgasse.
Verzeiger dies. Annonce erhalten
10 Proz. Rabatt.

Zöpfe! Zöpfe!
in allen Farben und
17216* Preislagen
Kamferstr. 9.

Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau
Oranienstr. 30, Adalbertstr.
Gr. Lager aller Arten Leder-
waren und Schmucksachen
zu billigen Preisen.

Weihnachts-
Ausnahmepreis!
Wundervoll gestickte
abge- **Portieren**
paßte
(Uebergardinen für Fenster
und Türen.)
Die ganze **Dekoration**
(bestehend aus 2 Flügeln und
1 Querbehäng.)
in **Wollserge** 4⁵⁰ (Wert
schwer. 6,50)
in **Viktariatuch** 4³⁵ (Wert
7,50)
in **Leinenplüsch** 8⁷⁵ (Wert
12,00)
in hell **Empire** 11²⁵ (Wert
seidenart. 18,00)
ca. 1000 Stück reichgestickte
Plüsch-Lambrequins
Stück 2⁸⁵ (Wert 5 Mark)
Gardinen, Stores, Zug-
vorhänge, Füllbett-
decken unter Preis!
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur **Oranienstraße 158.**
Unterhalte nirgends Filialen!!
Nach auswärts per Nachnahme.
Weihnachts-Extralist
u. Katalog gratis
mit ca. 600
Illustrat. franko.
Extra billig!
div. **Teppiche**
mit **Webfehlern!**

Die besten und von wirklichen Kennern am meisten geschätzten türkischen Cigaretten, welche in Aroma, Gehalt, Milde und reinem Geschmack von Cigaretten zum doppelten Preise nicht erreicht werden, sind

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Eine vollkommene Mischung der edelsten Eigenschaften feinsten türkischer Tabake. Mild, gehaltvoll, aromatisch und stets gleichbleibend

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.

Arbeitsstätten-Lose
Ziehung 14. Dezember.
Alle Gewinne zahlbar sofort
m. 90% in bar.
Lose a 50 Pf., 11 Lose 5 M.
Porto u. Liste 20 Pf. extra.
Gustav Haase,
Neue Königstr. 88.

Steppdecken
preiswert, direkt in der
Fabrik, nur
72, Wallstr. 72.
wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet
werden. Bernhard Strohmündel,
Berlin S. 14. Illust. Katalog gratis.
Sonntage vor Weihnachten geöffnet.

Begründet 1883 **Verein Berliner Hausdiener** Begründet 1883
Mitgliedschaft I des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.
Freitag, den 6. Dezember 1907, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 13 (Saal 4):
General-Versammlung
für das 3. Quartal.
Tages-Ordnung: 1. Kassen- und Verwaltungsbericht. 2. Geschäftliches.
Mitgliedsbuch legitimiert und ist am Eingang vorzulegen. - Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung I.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzensstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen
und Wäschearbeiter Deutschlands.**
Filiale Berlin III.
Neue Königstr. 7.
Donnerstag, den 5. Dezember 1907, abends 8 Uhr:
**Außerordentliche
General-Versammlung**
in Anton Bookers Festsaal, Weberstr. 17.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes, der Arbeitvermittler und des Stützsaalbesatzes.
2. Vierteljahres- und Jahresbericht des Kassierers.
3. Neuwahlen der örtlichen Verwaltung: a) Wahl eines besoldeten Vorsitzenden; b) Wahl der besoldeten Hauskassiererin; c) Wahl der unbesoldeten Vorstandsmitglieder und Funktionäre.
4. Erledigung eingegangener Anträge. - 5. Verschiedenes.
Kollegen und Kolleginnen! Durch die Vereinigung mit dem Schneiderverband ist es notwendig geworden, unser laufendes Geschäftsjahr zu schließen und die Neuwahlen der Verwaltung vorzunehmen. Indem wir auf die wichtige Tagesordnung aufmerksam machen, ersuchen wir alle, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte ist vorzulegen. Ohne dasselbe kein Einlass.
Die Ortsverwaltung. J. K. W. Eus.
NB. In dieser Versammlung wird auch das Wahlergebnis von den Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse bekannt gegeben. 252/15

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Alle Hausfrauen
wissen noch nicht, daß jedes Päckchen **Dr. Crato's** Backpulver, Puddingpulver, Vanillezucker etc. einen **BON** enthält. Für 50 solcher Bons erhält man gratis und franko eine entzückende Dose H. Bielefelder Knusperchen im Werte von Mk. 2.50.
Gen.-Vertr.: Alfred Hirsch, Augsburgstr. 1.
971L* Tel.-Amt VI. 5737.

Einwohner des Wedding!
Montag, den 9. Dezember, abends 8¹/₂ Uhr, in den Pharusälen,
Pillnitzerstr. 142:
Oeffentliche Volksversammlung.
Tages-Ordnung:
1. „Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit“. Referent:
Schriftsteller **Paul Göhre**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Genossen, Arbeiter, Hausfrauen! Erscheint zahlreich.
912/2* Die Einberufer.

Berliner Freibäder-Verein.
Sonntag, den 7. Dezember, in der
„Neuen Welt“ (Felsenheide) in allen
5 Sälen: **Stiftungsfest.**
Vorführungen aller Kist. Jahr-
markt in Strahmwinkel. - Festiges
Kabarett. - Großer Ball usw.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
2. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am Mittwoch verstarb unser
Genosse
Gustav Hinz
Bezirk 152.
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Kreuz-Kreuz-
Kirchhofes in Mariendorf aus
statt.
Um zahlreiche Beteiligung wird
gebeten. **Der Vorstand.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter
Robert Ahrendt
(10. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Rixdorfer Friedhofes (Mariendorfer
Bog) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
921/7 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Mechaniker
Adolf Winderlich
am 30. November an Nierenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 5. Dezember,
nachmittags 1/4 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Gemeinde-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
101/4 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Gärtler
Gustav Hinz
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. Dezember, nach-
mittags 1/4 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Urban-Krankenanstalt
nach dem Kreuz-Kirchhof, Marien-
dorf, statt.
161/5 **Die Ortsverwaltung.**

Einladung. 212/3
Unser General-Versammlung
findet am Freitag, den 13. Dezem-
ber 1907, abends 8 Uhr, im Rhein-
schloß, Friedmann, Rheinstr. 60, statt.
Konsumverein Friedenau
und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit
beschränkter Haftung.
Der Kassiererrat.
K. Guido, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse
der
**Konditoren, Pfeffer-
kühler**
und verwandten Gewerbe.
Bekanntmachung.
Wir machen hiermit bekannt, daß
von jetzt an alle Bekanntmachungen
unserer Krankenkasse im „Berliner
Intelligenzblatt“ und im „Vocodiers“
erlassen werden. 17415
Der Vorstand.

Münchener
Bierkäse
(Warte Haus) zeichnen sich durch außer-
ordentliche Belohnlichkeit u. pikanten
Geschmack aus. Versand der Käse
à 100 St., zum Preise v. 7 M., franco
gegen Nachnahme überall hin durch
August Diem, Fabrikant der
Münchener Bierkäse (Warte Haus)
München, Kapuzinerstraße 52.
Vertreter überall gesucht.

Für Händler!
**Christbaum-
schmuck**
in größter Auswahl zu
konkurrenzlosen Preisen so-
wie ein Vollen dies-
jähriger Rührer **billig**
abgegeben in der Fabrik
Ritterstr. 90, Hof 3 Treppen

Berichterstattung vom Preußentag.

In den sechs Berliner Wahlkreisen nahmen die Genossen am Dienstag in durchweg gut besuchten Versammlungen Stellung zu den Verhandlungen des Preußentages.

Als erfreuliches Resultat ergaben die Versammlungen Einmütigkeit in dem Willen, den Kampf um Erringung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag mit zäher Energie durchzuführen.

Der Wahlkreis des ersten Kreises versammelte sich in Dräsel's Festsaal. Zur Berichterstattung über den preussischen Parteitag nahm Genosse Strebl als erster Redner das Wort. Mit Freuden wurde der Parteitag begrüßt und es war eine große, würdige Veranstaltung, auf welche die Genossen stolz sein können. Der erste Punkt der Tagesordnung, zu dem Genosse Hugo Paase-Königsberg das Referat übernommen hatte, brachte eine sehr lebhaft diskutierte. Zwei Richtungen standen sich gegenüber, auf der einen Seite der Parteilaborant, von der Mehrheit unterstützt, auf der anderen Seite Genosse Dr. Krons, der mit großer Wärme für eine selbständige Landesorganisation in Preußen eintrat. Krons verlangte für Preußen eine Organisation, wie sie für Deutschland besteht, und er wählte treffliche Beispiele dafür anzuführen. Der beste Interpret der Kronschen Vorschläge war Maurerbrecher, der viel Verständnis für dieselben zu erweisen wußte. Wenn trotzdem die Majorität dagegen stimmte, so ist dies der Bestätigung zuzuschreiben, daß der Einfluß auf die Beschlüsse des Parteivorstandes dadurch vermindert werden könnte. Der Redner erklärte, daß er selbst dem Antrage Krons sympathisch gegenüberstand, daß er sich aber verpflichtet glaubte, mit den Berliner Genossen geschlossen zu stimmen, weil darüber eine Vorbesprechung stattgefunden hatte; er ist der Meinung, daß nach einigen Jahren sich doch diese Vorschläge durchsetzen werden. Hervorzuheben wolle er ausdrücklich, daß die Debatte ruhig und sachlich geführt worden sei. Der Redner ging dann zu Punkt 5 der Tagesordnung über, zu dem Referat von Paul Hirsch über „Selbstverwaltung und Gemeinde“. Es sei bemerkenswert, daß die fleißige Arbeit von Hirsch, seine Zusammenstellungen über die Städteordnungen und das Gemeindefeldrecht, unter so viel Unruhe des Parteitages angenommen wurde, aber als letzter Referent hatte er damit zu rechnen. Der Parteitag nahm die Resolution an, die Hirsch vorlegte, die aber in der Presse nicht veröffentlicht worden ist; sie lautet:

„Der Kampf um die Selbstverwaltung der Gemeinden kann nicht geführt werden losgelöst von dem allgemeinen Befreiungskampfe des Proletariats. Voraussetzung der kommunalen Selbstverwaltung ist ein den Forderungen der sozialdemokratischen Partei entsprechendes Kommunalrecht, die Erlangung dieses Rechtes aber wiederum hat zur Voraussetzung eine demokratische Staatsverfassung.“

Durchdringung von der Notwendigkeit, den Gemeindevertretungen die Erfüllung ihrer Aufgaben insbesondere auf sozialpolitischen Gebieten zu ermöglichen, macht der preussische Parteitag es den Genossen zur Pflicht, in dem bevorstehenden Wahlrechtskampfe auch die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Gemeindefeldrechts für alle über 20 Jahre alten Gemeindefeldberechtigten ohne Unterschied des Geschlechts, und der Aufhebung aller die Befugnisse der Gemeinden einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen zu propagieren.“

Ueber die anderen Punkte der Tagesordnung des Parteitages berichtet Genosse Wittner, der das Referat von Legien über „Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen“ als agitatorisch wertvoll bezeichnete und es zur Verbreitung empfahl, da es als Broschüre herausgegeben wird. Es sei dringend zu wünschen, daß die Staatsarbeiter ihre Arbeitgeber, die den preussischen Landtag bilden, näher kennen lernen, um zu begreifen, wie wichtig es ist, sich um die Zusammenfassung dieses Landtages näher zu bestimmen. Der Redner ging im Zusammenhang damit auf den zweiten Punkt der Tagesordnung des Parteitages: „Die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen“, näher ein. Der Referent Adler-Kiel zeichnete in seinem Vortrage darüber die Tätigkeit der Parteien und entrollte ein Bild von der Unfruchtbarkeit des Landtages für die Interessen des Volkes, und von dem Herrtum, welches die Junkersippe geltend macht. Ueber diesen Punkt wie über den nächsten: „Die Landtagswahlen“, mit dem Referenten Dr. Krons, lagerte ein Druß und eine Schwere in der Diskussion, die von allen Mitgliedern des Parteitages empfunden wurde. Man war sich darin einig, daß etwas geschehen müsse, daß man nicht länger diesen unwürdigen Zustand ertragen könnte, der das Proletariat in Preußen realisiert macht. Mit aller Macht muß danach gestrebt werden, auf eigenen Füßen zu stehen. (Beifall.)

Genosse Wolderst, der dritte Delegierte, sprach über den Parteitag im allgemeinen und er erklärte, daß er im Gegensatz zu seinen Mitdelegierten für die Kronschen Vorschläge gestimmt habe. Er sei durchaus nicht der Meinung, daß man warten könne, bis die Jahre uns das bringen, was Genosse Krons vorschlägt. Nicht schnell und energisch genug könne die Frage vorgenommen werden: „Wie kann der preussische Staat demokratisiert werden?“ Daraus komme es an und zu diesem Zwecke wäre eine selbständige Organisation in Preußen von dem größten Nutzen gewesen. Schwarz wendet sich der Redner gegen die Vorbesprechung der Berliner Delegierten, durch die man sie festgelegt habe gegen die Vorschläge von Krons. Solche „Disziplinfragen“ aufzuwerfen, verstoße gegen den demokratischen Geist. Nur der Kreis sei berechtigt, seinen Delegierten eine Marschroute zu geben. In keiner anderen Weise dürfe auf die Delegierten eingewirkt werden. — Der Redner schilderte, wie notwendig es wäre, die große Rückständigkeit auf allen Gebieten in Preußen durch eine eigene Organisation, die sich ganz und allein den preussischen Angelegenheiten widmet, zu bekämpfen. Die kleinen Fragen, ob Reibungen zwischen Partei- und Landesvorstand entstehen könnten, seien lächerlich. In Preußen gelte es überhaupt erst einmal Rechte zu schlagen. Die sächsischen Staaten seien und seit langem weit voraus und sogar Ausland sei und zuzugewandert. Man nenne uns zum Spott ein „revolutionäres“ Volk, weil wir gern mit eilenlangen Resolutionen auftreten und sehr bedächtig sind, wenn es gilt, praktisch einige schnelle Schritte nach vorwärts zu tun.

In der Diskussion nahm zunächst Genosse Unger das Wort, der den großen Eindruck schilderte, den er von dem Parteitag, dessen Verhandlungen er beizuwohnen, erhalten habe. Wer die großen Protestversammlungen vom letzten Dienstag gesehen habe, der wisse, welche Begeisterung unter den Genossen herrsche, und der müsse große Hoffnungen auf die Bewegung setzen. Man dürfe sich freilich nicht von den Vorgängen in Berlin blenden lassen und das platte Land darüber vergessen. Dort sei die meiste Agitation notwendig.

Genosse Dr. Krons bezweifelte, ob die Begeisterung unter den Berliner Genossen so sehr hohe Wogen schlage wie Genosse Unger glaube. Jede Versammlung, die sich mit den Aufgaben der Partei in der Wahlrechtsfrage beschäftigt, müsse sonst überfüllt sein. Er bemängelte, daß der „Vorwärts“ über die Eröffnung des Landtages keinen Bericht brachte. Unser Zentralorgan müßte die Verhandlungen des Landtages mit derselben Aufmerksamkeit wie die des Reichstages behandeln; das sei in der gegenwärtigen Zeit äußerst wichtig. Die Berichte über den Landtag müßten durch Besprechungen und durch Leitartikel unterstützt werden. Gerade jetzt müsse man verlangen, daß das Interesse an dem Landtag in jeder Beziehung geweckt werde; da sei jede Fähigkeit in der Agitation von großem Nutzen. — Genosse Krons erklärte, daß es ihm äußerst befremdlich war, von der Vorbesprechung unter den

Berliner Genossen zu hören, ehe man zu den Verhandlungen des Parteitages schritt. Er sprach sich ebenso scharf wie Genosse Wolderst dagegen aus und meinte, solche Maßregeln seien der Partei unzulässig und sie seien gefährlich für den Geist unter den Genossen, die dadurch beeinflusst werde von dem preussischen Polizeigeist, den wir alle bekämpfen und der nicht in irgend einer Form unter uns aufkommen darf.

Genosse Wagner will den großen Unterschied zwischen den Arbeitern auf dem Lande und den Berlinern nicht recht anerkennen. Er meinte, man solle nur auf dem Lande eine so reiche Agitation entfalten wie in Berlin, dann würde man dort bald gute Früchte sehen. Die Vorbesprechung unter den Berliner Genossen verurteilte auch er sehr entschieden und meinte, wir würden zu viel registriert nur von der Regierung, sondern auch von unseren eigenen Genossen.

Genosse Dieckler trat dieser Auffassung entgegen und erklärte, daß es sich bei der Vorbesprechung der Berliner um neu hinzugekommene Anträge gehandelt habe. Man habe im besten Glauben, der Partei zu dienen, zu der Besprechung eingeladen. Bei der Größe der Organisation in Berlin hielt man diese für zweckentsprechend, um eine Uebereinstimmung in den Ansichten der Berliner Delegation zu gewinnen. Den Vorwurf von Krons gegen den „Vorwärts“ wies er zurück und erklärte, daß durch eine Unzufälligkeit und aus technischen Gründen der Bericht über die Eröffnung des Landtages nicht erschienen war.

Die Genossen Wittner und Kiebach erklärten sich gegen die Zulassung einer Vorbesprechung von Delegierten, wenn sie anderen als Informationszwecken dienen soll.

Kam. der Redaktion. Wir haben die Eröffnung des Landtages in den beiden fahrenden Artikeln unseres Hauptblattes vom 27. November „gewürdigt“. („Unerschütterliche Schmach“ und „Ein Ausnahmefall gegen die Polen“). Der Abdruck des Verhandlungsberichts erübrigte sich demnach, zumal da die Wiedergabe der Reichstagsverhandlungen zur Kohlenpreis-Interpellation unserer Fraktion an diesem Tage sechs Spalten erforderte.

Im zweiten Wahlkreis referierte Genosse Reimann über den Verlauf des Preußentages. Redner erwartet, es werde die neue Organisation in dem Kampfe um die Erringung des Reichstagswahlrechts für den Landtag gute Dienste leisten.

Genosse Sturm weist darauf hin, daß sich erst vorige Woche eine große Versammlung mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt, daselbst habe auch gründlich der Preußenfrage getan, jedoch könne nicht oft genug hervorgehoben werden, daß im preussischen Landtag 15 Proz. der Wähler die 85 Proz. der 3. Klasse überstimmen. Der Regierung stehe stets eine zuverlässige Majorität zur Verfügung, sollte es sich darum handeln, der Kirche noch weitere Rechte einzuräumen, die Volksschule zu unterdrücken, die Volksschule zu verpflanzen, dann lasse sich mit Hilfe des Zentrums eine noch größere Majorität bilden. Daß bei dieser Zusammenfassung des Landtages jemand ein Fenster öffnen soll, um einen frischen Luftzug durchzulassen, ist ganz ausgeschlossen. In seinen weiteren Ausführungen hebt Genosse Sturm hervor, wie die in dem Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes enthaltene Entziehung der politischen Volksgenossen in der Polenpolitik Preußens ihren Ursprung habe und im preussischen Landtage ihre stärkste Stütze finde. Eingehend behandelt Redner, wie die zur Ausrottung der Polen bestimmte Politik den politischen Magnaten aus Staatsmitteln große Vorteile verschaffe. Jetzt habe man in das neue Gesetz einen Satz aus dem sozialdemokratischen Programm übernommen, indem der Gesetzesentwurf besage, daß, wenn es das allgemeine Wohl verlange, die Enteignung polnischer Gutsbesitzer erfolgen kann. Mit der Polenpolitik hätten wir uns zu beschäftigen, weil die aufgeschobene Nationalitätenfrage dazu angetan ist, die politischen Arbeiter in die Hände ihrer landesmännischen Ausbeuter und Unterdrücker zu treiben.

In längeren Ausführungen verweilt Redner bei dem Verhalten der Freisinnigen und Junker, lauberte, wie die ersteren sich der Regierung als die beste Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie anboten und die Junker als ein Hemmnis gegen jeden Kulturfortschritt zu betrachten seien, was besonders feinerzeit bei Beratung der Kanalvorlage, in bezug auf den Bergarbeiterlohn, auf Schule und Steuergesetzgebung Preußens in Erscheinung tritt.

Von der Stellung des bürgerlichen Parteiens zu soagen, daß sich der ewige Ministerkandidat Wassermann gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts ausdrückte. Auf das Zentrum kann man sich nicht verlassen, wenn es sich auch in Süddeutschland anders gebildet. In der Regel spricht es bei der ersten und zweiten Lesung sehr radikal, um dann bei der dritten Lesung um so reaktionärer zu stimmen. Der Freisinn habe zwar noch in seinem Programm das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, für dieses selbst aber nicht getan. In Frankfurt habe man Raumann und Barth abgestützt. Daß man sich in unseren Reihen etwa mit der Vereinfachung der öffentlichen Abstammung begnügen werde, wie es von jener Seite schon empfohlen wurde, ist ganz ausgeschlossen, weil damit nichts getan, sondern die bisherige Majorisierung der 85 Proz. Dreiklassenwähler nicht mitmachen. (Lebhafte Beifall.)

Es entsteht nun die Frage was tun, um das Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen. Zunächst war die Beteiligung an den Landtagswahlen bisher derart, daß von und noch ein großer Teil Wähler an die Urne gebracht werden kann.

Die Frage, was tun, kann nur so beantwortet werden, daß es nicht zu den Aufgaben des Preußentages gehörte, neue Mittel unpflöglich auf der Erde zu stampfen. Der Ausgang des Wahlrechtskampfes beruht auf ökonomischen Vorbedingungen, er ist ein Kampf um den Profit, daher kann es da auch kein Windstills geben. Im Wahlrechtskampfe müssen wir uns an jene wenden, die zu uns gehören, die Arbeiter und jene Mittelschichten, die wirtschaftlich auch nur dem Proletariate zugerechnet sind. Ob, wann und wo der politische Klassenkampf anzuwenden ist, zu erwägen, war nicht Sache des Parteitages, die Partei werde im rechten Moment auch die rechten Mittel für ihr Vorgehen finden und anwenden. Glaubten wir mit unserer bisherigen Taktik eine Welt erobern zu können, dann bedarf es des Preußentages wegen keiner neuen Taktik.

Genosse Dittmer hält es nicht für ausgeschlossen, daß später die von Krons vorgeschlagene Selbstständigkeit der preussischen Parteiorganisation notwendig werde, die befürchteten Kompetenzstreitigkeiten sollten und dürfen auch später kein Grund sein, durch die Entwidlung Bedingungen abzulehnen. Die Eisenbahner der Gewerkschaftsbewegung zuzuführen, haben sich alle Genossen zur Aufgabe zu machen. Die Formulierung, wie sie Sturm bezüglich des Wahlrechtskampfes aufstellte, erkennt Dittmer nicht als richtig an. Wir setzen mit der alten Taktik vor ein, es sei aber Tatsache, daß der politische Klassenkampf in der Arbeiterklasse an Anfang gewinne.

Genosse Müller vom Parteivorstand wendet sich in einigen Richtungsstellungen gegen Dittmer, das Verhalten des Parteivorstandes zum neuen Parteistatut Preußens verteidigend. Letzterer habe die preussischen Angelegenheiten nie unterschätzt. Es bestehe aber keine Ursache, nebenher noch einen Parteivorstand für Preußen einzusetzen, daher konnten sachliche Momente nicht vorgebracht werden.

Der politische Klassenkampf sei nicht Sache des Preußentages. Er ist durch den Jenaer Parteitag bereits als Kampfmittel aufgenommen worden. Mehr zu sagen über die eventuelle Anwendung sei die dümmste und drescheleiste Taktik, die sich denken läßt. Wir halten an der alten Taktik fest. Außerdem lassen sich nicht aus der Erde stampfen. Kiebach beschloß sich mit der Lage der Staatsarbeiter. Weiter verurteilt er, daß sich eine Gewerkschaft gewweigert habe, das Preußenflugblatt beizulegen.

Die Versammlung nimmt hierauf eine Resolution an, in der sie sich mit den Beschlüssen des Preußentages einverstanden erklärt,

worauf sie nach einem kurzen kräftigen Schlusswort des Genossen Kiebach geschlossen wird.

Der Wahlkreis für den dritten Reichstagswahlkreis tagt in Meier's Festsaal in der Sebastianstraße. Genosse Gottfried Schulz ergriffte den Bericht vom preussischen Parteitag, indem er in großen Zügen dessen Verhandlungen skizzierte und seine Beschlüsse mitteilte. Zur Organisationsfrage bemerkte er noch: Er habe den Eindruck gehabt, daß einzelne Genossen (Krons, Maurerbrecher) zwei Regierungen schaffen wollten, eine für Preußen und eine für das deutsche Reich. Besonders die Ausführungen Maurerbrechers hätten das ergeben. Es wäre gut, daß die entsprechenden Anträge abgelehnt worden seien. Wo zwei Regierungen in einer Partei seien, da gebe es Reibungen. Er glaube, das Ziel werde erreicht werden, das wir uns gestellt hätten, wenn wir unsere Organisation mehr und mehr ausbauen. Maurerbrecher habe davon gesprochen, daß mehr demokratisiert werden müsse unter Beeinflussung des Bürgertums. Nun, was wir vom Bürgertum zu erwarten hätten, das wüßten wir. Rein, es seien entscheidend die Klassenverhältnisse, und auch hier heiße es: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selber sein. Im Anschluß hieran betonte Redner mit Bezug auf die Verhandlungen über die Wahlrechtsfrage, daß es allerdings auch darauf ankäme, zu demokratisieren; verbunden aber müsse damit sein die sozialistische Aufklärung. Die Köpfe müßten revolutioniert werden. Aus einzelnen Kreisen seien Vorschläge gekommen, daß man bei den Landtagswahlen gleich von vornherein mit den Freisinnigen zusammengehen solle. Das wäre indessen schlimm, wenn wir uns auf den Freisinn verlassen. Wir wären dann weit gekommen. Er meinte, wir müßten aus eigenen Mitteln zu erreichen suchen, was wir zu erzielen hofften. In Anlehnung an das Referat Legiens warf Genosse Schulz einige kritische Streiflichter auf die Behandlung der Staatsarbeiter. Daß das Referat Legiens als Broschüre gedruckt werden wird, um es den Staatsarbeitern zugänglich zu machen, sei zu begrüßen. Es werde ein gutes Agitationsmittel sein. Nachdem Redner noch die kommunalen Fragen, wie sie auf dem Preußentage erörtert wurden, in ihrer Bedeutung gewürdigt hatte, schloß er: Wir könnten zufrieden sein mit dem diesjährigen Parteitage der preussischen Genossen. Wenn wir im Sinne seiner Direktiven weiter arbeiten, werde sich der Sieg an unsere Herzen heften. (Lebhafte Zustimmung.)

In der Debatte sprach zunächst Genosse Fröhlich, der ebenfalls Delegierter auf dem Preußentage war. Er ging auf das Referat Adlers in einigen Punkten ein und entwarf ein treffendes Bild von dem Junkerparlament. Das Referat von Krons über das preussische Wahlrecht findet Redner meisterhaft. So sehr er sich, gleich vielen, mit der Rede einverstanden habe erklären können, so wenig könne er sich mit Krons Taktik einverstanden erklären, die auf eine Vereinigung der Kräfte mit dem liberalen Bürgertum hinauslaufe, wie auch Maurerbrecher wolle. Wir sollten uns zunächst auf unsere eigene Kraft verlassen. Den Höhepunkt habe die Wahlrechtsdebatte in den begeisterten Worten von Weiss erreicht. In einem Punkte müsse er Maurerbrecher recht geben. Darin nämlich, daß man nicht die christlichen Arbeiter so von oben herab behandeln solle, da wir gerade aus ihren Reihen und neue Anhänger gewinnen könnten und müßten. Genosse Fröhlich empfiehlt dringend, die Jugend heranzuziehen und schon bei der Erziehung der Kinder auf diese so einzuwirken, daß die Heranwachsenden geneigt seien, sich dem Kampf für Freiheit und Menschenrechte anzuschließen.

Genosse Appich: Die Partei sei sich, von links bis rechts, darin einig, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch für Preußen erkämpft werden müsse. Das Klassenbewußte Proletariat könne das aber allein nicht. In dieser Hinsicht müsse man mit den bürgerlichen Schichten, die auch nicht zweiter und dritter Klasse als Bürger sein möchten, zusammengehen. Er denke dabei nicht an die freisinnigen Führer und nicht an die freisinnige Partei im Parlament, sondern an das Kleinbürgertum, das der Proletarisierung schon verfallen sei oder zu verfallen drohe. Das letzte Mittel zur Eroberung des Wahlrechts sei nur der politische Klassenkampf. Die Situation sei ja nun so, daß wie am Anfang einer Krise ständen. Das Schicksal aber geradezu eine revolutionäre Stimmung. Diese erditterte Stimmung dürfe man nicht ungenutzt vorbeiziehen lassen. Aufstrebende Klassen hätten immer nur in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges ihre Siege errungen. Es müsse tatkräftig was unternommen werden. Dem Klassenkampf zu wirtschaftlichen Zwecken stehe er skeptisch gegenüber, sei aber der Meinung, daß das Mittel sehr wohl angewendet werden könne zur Erreichung unserer Wahlrechtsforderung. Er warte daher, die heutige Wahlkampf- und die herrschende gute Stimmung ebenso verpuffen zu lassen, wie im vorigen Jahre. Die politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft müsse die Wagnard sein, die übrigen Millionen Proletarier das Gros bilden und das Kleinbürgertum müsse dazu stoßen. Einer solchen Armee könne man nicht widerstehen.

Genosse Ping wendet sich gegen den Gedanken, beim Ministerpräsidenten durch eine Kommission vorkstellig zu werden, wie vorgeschlagen worden sei. Wenn wir uns an das Ministerium und seinen Präsidenten wenden wollten, dann sei es schon das Beste, wie gingen alle hin. Das wäre schon eher etwas. Nach den Vorgängen am Reichstagswahltag werde die Polizei ja auch wohl uns keine Schwierigkeiten machen, denn bekanntlich sei sie unparteiisch. (Heiterkeit.) Die Parteigenossen erwarteten jetzt eine Parole: „Im Anfang war die Tat!“ Wir müssen jetzt etwas unternommen, ganz gleich, wie es ausfalle.

Genosse Huber: Die Herrschenden bieten dem deutschen Reich nicht mehr, als sie ihm bieten können. Was den Freisinn angeht, so seien seine Wahlrechtsbeschlüsse nur eitel Funken. Der Freisinn wolle gar nicht das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Wie der Besitzer des Hundebarsens dem Hunde eine Wurst voranschoben lasse, um ihn zum zischen anzureizen, ohne daß die Wurst für den Hund erreichbar sei, ebenso mache es der Freisinn mit dem Wahlrecht. Er halte die Wurst des Wahlrechts hin, und wenn das Volk ihm wieder Mandate errungen habe, dann sei die Wurst verschwunden. Mit dem Freisinn sei also nichts zu machen. Auch er sei der Meinung, daß etwas geschehen müsse. Für uns müsse auch die Straße frei sein. Allerdings wollten wir nicht dahinzugehen mit dem Elektromotor in der Tasche, sondern wir wollten nur zeigen, daß wir mündig seien und nicht mehr bevormundet werden brauchen.

Genosse Kahlen: Der Ton, der auf dem Parteitage dem Genossen Krons gegenüber angeschlagen worden sei, habe ihm nicht gefallen. Er sehe auch nicht auf Krons Standpunkt. Immerhin müsse man doch festhalten, daß Krons davon geleitet worden sei, der Partei zu dienen. Er wünschte nur, daß jeder soviel Idealismus besäße, wie Krons. Uebrigens solle man nicht so viel Wefens davor machen, wenn jemand eine abweichende Meinung habe. Appich verlange eine Koalition mit dem Bürgertum. Das unterschreibe er auch. Aber sehen wir uns in der arbeitenden Bevölkerung um, da gebe es noch genug zu werden. Die arbeitende Klasse müssen wir ganz hinter uns haben. In das Kleinbürgertum könne man nur eindringen, wenn man von Haus zu Haus gehe.

Genosse Alboldt, der dritte Delegierte des Kreises, glaubt konstatieren zu können, daß die Genossen mit dem Verhalten der Delegierten einverstanden seien. In der Diskussion sei hier öfter vom sogenannten Kanonengang gesprochen worden. Auf dem Parteitage habe dies aber so gut wie keine Rolle gespielt. Es sei eine Anregung der „Vreslaer Volksmacht“ gewesen. Im allgemeinen dürften wir sagen, daß ein gutes Stück Arbeit geleistet worden ist. Wenn der Ruf der neugeschaffenen Landeskommissionen erschalle, müßten die Genossen auf dem Posten sein. Nach einem Schlusswort des Genossen Gottfried Schulz wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt.

Vierter Wahlkreis.

Die Genossen des vierten Kreises nahmen den Bericht vom Preussischen Parteitag in Kellers Festhalle, Koppenstraße, entgegen. Genosse Hadelbusch referierte. Das Staatsmitglied des 2. Preusentages im vorigen Jahre ist durch die Reichstagsauflösung verhindert worden. Der diesjährige Parteitag der preussischen Sozialdemokratie hatte daher fast die gleiche Tagesordnung zu erledigen. Es ist unmöglich, das ganze Material aus den vortrefflichen Referaten wiederzugeben. Insbesondere das Referat des Genossen Hirsch über das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde bietet für die in den Kommunen tätigen Genossen reichhaltiges Material. Im nächsten Jahre werden es 100 Jahre seit Erlass der Städteordnung. Die Städteordnung ist nicht gerade das Ideal einer Gemeindeverfassung; das aber das Bürgerrecht in 100 Jahren nicht inskande war, die geringsten Verbesserungen zu schaffen, beweist dessen Unfähigkeit. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinde zu erobern, um die heutige Vorherrschaft des Besitzes, besonders das Grundbesitzerprivileg, zu geräteln. Ein Schritt auf dem Wege zur Befreiung des Proletariats bedeutet die Schaffung der Landesorganisation durch den Preusentag. Groß-Berlin hat einem Austrage des vorigen Parteitages gemäß einen Entwurf für die zu schaffende Organisation vorgelegt. Vom Genossen Arons ist hierzu der Antrag gestellt worden, statt der vorgeschlagenen Landeskommission einen besonderen Vorstand für Preußen zu wählen. Preußen umfaßt nun aber nahezu sieben Zehntel aller Einwohner Deutschlands, unsere Organisationsverhältnisse liegen ähnlich, so daß bald Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem deutschen und dem preussischen Parteivorstand eintreten würden. Der Parteitag hat darum den Antrag Arons abgelehnt und im übrigen dem Entwurf zugestimmt, mit der Ausnahme, daß statt der vorgeschlagenen Verhältniswahl das bisherige Delegationsystem festgelegt wurde. Ganz unmöglich ist es, das Referat des Genossen Adler über die Tätigkeit des preussischen Landtages vollständig wiederzugeben. Er legte seinem Referate selbst das Bibelwort zugrunde: In ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Der Sünden des preussischen Landtages aber sind zu viele. Die Frage des Landtagswahlrechts und der Landtagswahlen 1908, über die Genosse Arons referierte, beherrschte zweifellos den ganzen Parteitag. Manchmal haben bürgerliche Parteien ja den Versuch gemacht, das Wahlrecht zu ändern, aber immer dann, wenn sie in der Minorität waren. Der Wahlrechtsantrag des Zentrums vom Jahre 1873 ist mit Hilfe der Konservativen und Nationalliberalen auf 6 Monate verlagert worden. Diese Frist ist bis jetzt noch nicht abgelaufen. Auch der jetzige Wahlrechtsantrag des Freisinn ist nichts als elende Heuchelei. Es ist kaum anzunehmen, daß der freisinnige Wahlrechtsantrag vor Schluß der Session zur Verhandlung kommen wird, so daß der Freisinn glaubt, in ihm ein Agitationsmittel für die kommenden Wahlen zu besitzen. Die wirtschaftliche Entwicklung hat es dahin gebracht, daß gerade der Freisinn der größte Feind der Arbeiter ist. Er ist der Vertreter des mobilen Kapitals und trachtet danach, die Beamtenstellen zu besetzen. Beispiel: Dernburg. Während früher die Liberalen ihre ganze Kraft gegen die Zollwucherer gebrauchten, sehen sie heute ihren Hauptfeind in der modernen Arbeiterbewegung. Trotzdem gibt es leider noch Parteigenossen, die dieser Sippchaft nachlaufen. So beantragte der Genosse Bernstein, wir müßten bei der Wahl einen Einfluß auf die Zusammenfassung des Landtages ausüben, was weiter nichts bedeutet als Stärkung des Freisinn. Die Mittel zur Erringung des gleichen Wahlrechts hat der Parteitag nicht genannt, sondern den Parteivorstand mit den nötigen Nachbefugnissen ausgestattet. Wir sind auf uns selbst angewiesen. Durch Agitation und Organisation werden wir das gleiche Wahlrecht auch für Preußen erringen. In der Diskussion drückt Genosse Bloß seine Verwunderung darüber aus, daß der Referent die Resolution betreffend die Polen in der Berichterstattung nicht erwähnt hat. Auch der vierte Kreis hat einmal eine Resolution, die sich mit der Agitation unter den polnischen Arbeitern befaßt, zugestimmt, bisher ist aber nichts geschehen. Der Aktionsausschuß soll für die polnischen Arbeiter eine Protokollversammlung gegen die Enteignungsvorlage der preussischen Regierung veranstalten. Genosse Hadelbusch berichtet die polnischen Genossen an die zuständigen Stellen in der Partei. Agitationsmaterial ist vorhanden. Litfin führte aus: Zur Zeit des Preusentages war der Entwurf des Vereinsgesetzes offiziell noch nicht bekannt, sonst hätte auch schon der Preusentag gegen die Entrechtung Fremdsprachiger Stellung genommen. Die ganze bürgerliche Welt erwartete von dem Parteitag die Rennung der Mittel, mit der wir den Wahlrechtskampf führen werden. Diesen Gefallen tun wir dem Bürgerrecht nicht. Wir bestimmen nicht im Voraus ein Mittel, sondern wir werden, getreu unserer alten Taktik, unsere Maßnahmen nach den gegebenen Verhältnissen einrichten. Die Veranstaltungen am 28. November haben bewiesen, daß der Kampfesgeist für das allgemeine Wahlrecht bei der entrechteten Klasse vorhanden ist. Eine weitere Diskussion wurde nicht beliebt.

Fünfter Wahlkreis.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins tagte im Saale des Musikvereinshauses. Den Bericht über den preussischen Parteitag erstattete Genosse Friedländer. Er sagte, der Parteitag habe völlig im Zeichen des Wahlrechtskampfes gestanden. Bei allen Punkten der Tagesordnung, in allen Keupferungen der Redner sei zum Ausdruck gekommen, was alle Herzen bewegte: Die Erringung des Wahlrechts zum preussischen Landtage. Der Redner ging auf die hauptsächlichsten Punkte der Verhandlungen des Parteitages ein und führte aus: In der Frage der Organisation standen sich zwei Anschauungen gegenüber, die eine, welche alles vermeiden wollte, was einmal zu Reibungen zwischen der preussischen und deutschen Parteileitung führen könnte, und die andere, vertreten durch den Genossen Arons und die, welche sich um ihn scharten, die eine selbständige Organisation und Leitung der preussischen Parteigenossen einführten wollte. Obgleich Arons in seinen Anträgen ein Sicherheitsventil anbringen wollte, welches bestimmt war, Reibungen zwischen der preussischen und deutschen Parteileitung zu verhindern, so genigte das der Mehrheit nicht, denn sie sagte sich, Preußen, der größte deutsche Bundesstaat, müsse hinsichtlich der Organisation anders behandelt werden wie die anderen Einzelstaaten, man müsse von vornherein jede Möglichkeit eines etwaigen Konflikts zwischen der preussischen und der deutschen Parteileitung ausschließen. Deshalb fanden denn auch schließlich die Vorschläge von Berlin und Hesse-Rassau Annahme mit der einzigen Änderung, welche sich auf die den Wahlkreisen zustehende Zahl der Delegierten zum Parteitag bezieht. — Nachdem der Redner die Referate der Genossen Legien und Hirsch in ihrem wesentlichen Inhalt besprochen hatte, kam er auf den Kernpunkt der Parteitagverhandlungen: Der Kampf um das Landtagswahlrecht und die Landtagswahlen 1908. Auch bei diesem Punkt der Tagesordnung zeigte sich eine Teilung der Ansichten wie beim ersten Punkte. Die Diskussion lebte bedauerlicherweise so ein, daß die meisten Redner einen zu großen Wert auf die Frage legten: Wie kommen wir in das preussische Abgeordnetenhaus hinein, wie erlangen wir Mandate? Das heißt mit anderen Worten: Unter welchen Umständen sind wir in der Lage, die Freisinnigen zu unterstützen? Diese Redner, denen nachgewiesen wurde, daß nach Lage der politischen Situation die Freisinnigen gar nicht mehr liberal sein können, gingen von der Ansicht aus, die Wahlrechtsfrage werde im preussischen Abgeordnetenhaus gelöst. Das aber ist eine irrige Auffassung. Im Abgeordnetenhaus herrscht, abgesehen von der schwächlichen Bourgeoisie, das preussische Junkertum. Die Nachstellung des Junkertums ist die Quelle wirtschaftlicher Vorteile für die Angehörigen der Junkerkasse. An die Skrippe, aus der sie gespeist werden, lassen die Junker niemand heran. In diesem Punkte ist das Junkertum von jeder Prinzipienfestigkeit, es ist auch noch heute so prinzipienfest, daß es sich kein Recht, welches es besitzt, abhandeln läßt. Dem Junker-

zum Unnen Rechte nur abgerungen werden, und das ist unsere Aufgabe im Wahlrechtskampf. In der Diskussion auf dem Parteitag schien es anfangs, als ob die Redner diesen Gesichtspunkt ganz außer acht ließen. Aber in der Nachmittagsagung kam ein anderer Ton in die Debatte, eine ganz andere Stimmung, die denn auch anhält. Die Debatte war getragen von der Überzeugung, daß die Sozialdemokratie den Kampf für die Erringung des Wahlrechts durchzuführen muß mit allen Mitteln, welche gesetzlich zulässig sind. Doch wir den Willen haben, in dieser Weise den Kampf zu führen, das ist auf dem Parteitage klar zum Ausdruck gekommen. Es ist gefragt worden, welche Kampfmittel wir anwenden wollen, aber es war der Wille des Parteitages, nicht über die Mittel zu diskutieren, aber die Parteigenossen zur Anwendung aller gesetzlichen Mittel zu verpflichten, wenn es sein muß, auch des politischen Massenstreiks. Das war der Kern der Parteitagverhandlungen. Nun ist es Sache der Parteigenossen, in der Praxis das auszuführen, was der Parteitag beschlossen hat. (Beifall.)

Dem Referat folgte eine kurze Diskussion. Ritter sprach im Sinne des Referenten. Babel sagte, er ermittle praktische Vorschläge über die Mittel und Wege, welche wir anwenden sollen, um das Wahlrecht zu erringen. Mit lapidaren Ausdrücken, mit kräftigen Worten rührte er die Junker nicht. Genieß werden wir nur gesetzliche Mittel anwenden, aber welche, darüber sei auf dem Parteitage kein Wort gesagt. Unsere Genossen in Oesterreich haben Straßendemonstrationen für das Wahlrecht veranstaltet. Es frage sich, ob dies bei uns möglich ist. Der Parteitag hätte Wege zeigen müssen, auf denen wir das Ziel erreichen können. Redner steht auf dem Standpunkt, wir müßten auf die Straße gehen, um für das Wahlrecht zu demonstrieren, und wenn auch Kanonen aufgeföhrt werden, und wenn Opfer fallen sollten, das dürften wir nicht scheuen. Bälcher bemerkte zu dem Hinweis des Vortredners auf Oesterreich: Die österreichischen Genossen hätten den Wahlrechtskampf schon seit mindestens 10 Jahren vorbereitet. Vor 10 Jahren hätten die österreichischen Genossen auch noch nicht gesagt, welche Mittel später angewandt werden sollen. Nicht nur in den politischen, sondern auch in den gewerkschaftlichen Organisationen haben die österreichischen Genossen den Wahlkampf vorbereitet. Sie haben nicht viel geredet, aber gehandelt. Wenn wir es ebenso machen, werden wir auch das Wahlrecht erringen. Friedländer sagte im Schlußwort: Babel habe sich zum Sprecher der Gruppe gemacht, welche auf dem Parteitage fragte: Wie bekommen wir das Wahlrecht? Demgegenüber müsse gesagt werden: Wir brauchen uns nicht über die Wege zu unterhalten, denn wir haben den Willen, den Weg zu gehen, der zur Befreiung des Junkertums führt. Wir wissen, daß der Kampf mit dem Junkertum ein schwerer werden wird. Das Recht, auf die Straße zu gehen, haben wir. Ob wir davon Gebrauch machen, oder ob wir andere Mittel wählen, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Wir wollen nicht reden, sondern handeln. (Beifall.)

Hierauf ging die Vermählung zur Erledigung von Vereinsangelegenheiten über. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, das Ausschlußverfahren gegen Karl Röhle und den Köpfer Max Huhn zu beantragen, weil sich beide des Streikbruchs schuldig gemacht haben und zwar Röhle beim Streik in der Hartungsdien Fabrik, Huhn beim letzten Köpferstreik, wo er selbständige Arbeiten ausführte, obwohl die Ausführung selbständiger Arbeiten in einer Töpferwerkstatt ausdrücklich als Streikbruch erklärt wurde. Huhn, der schon im Jahre 1899 Streikbruch verübte, hat während des letzten Streiks nicht nur selbständige Arbeiten ausgeführt, sondern sich zu derselben Zeit regelmäßig zur Streikkontrolle gemeldet und sich die Streikrolle absteampeln lassen, welche als Legitimation für die Streikunterstützung dient. Das ist in der Vorstandssitzung, welche sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, festgestellt worden.

Sechster Wahlkreis.

Die Versammlung des Wahlkreises für den sechsten Wahlkreis fand in den „Germania-Brudersälen“ statt, in dem unteren Saal, der aber eigentlich nicht ausreichte, um der Masse der Genossen genügend Platz zu bieten. Viele mußten sich mit Stehplätzen begnügen. In der Berichterstattung vom Preussischen Parteitag teilten sich die Genossen Fahrenow und Albert Wertz in der Weise, daß der eine über die ersten drei Punkte der Tagesordnung, der andere über die Punkte 4 und 5 berichtete. Genosse Fahrenow bemerkte einleitend, daß der „Vorwärts“ in einen sehr ausführlichen Bericht gebracht habe, so daß es nicht nötig sei, hier noch einmal auf alle Einzelheiten einzugehen. Der Redner schilderte kurz zunächst die Verhandlungen über das Organisationsstatut und dessen wichtigste Bestimmungen. Er äußerte seine Befriedigung darüber, daß der Antrag Arons, einen besonderen Landesvorstand der preussischen Partei einzusetzen, mit so starker Mehrheit abgelehnt worden ist, weil eine solche Einrichtung nur zu schädigenden Reibereien hätte führen können. Bemerkenswert sei es, daß, wenn man sich die politische Stellung der Genossen, die für den Antrag stimmten, ansehe, man erkenne, daß es hauptsächlich um die in der Partei als Revisionisten bezeichnete Gruppe handele. Ebenso abspredend äußerte sich der Redner über die von den Genossen Arons und Raubenbrecher vorgeschlagene, aber ja ebenfalls abgelehnte Entstellung von Sekretären des Landesvorstandes. Der Redner schilderte sodann kurz die trefflichen Referate der Genossen Adler und Arons über die Tätigkeit des Landtages und über die Landtagswahlen und sprach zum Schluß in anfeuernden Worten über den Kampf um das Wahlrecht in Preußen. Nur aus eigener Kraft werde es der Arbeiterschaft möglich sein, das Wahlrecht zu erobern. Die Hauptsache sei, die Empörung über die Unfreiheit und Entrechtung in den und noch fern stehenden Klassengenossen zu wecken und zu schüren. Im übrigen müsse es genügen mit der Versicherung, daß alle möglichen und zweckmäßigen Mittel im Kampf um das Wahlrecht angewandt werden sollen. Tüchtig wäre es, diese Mittel lange vorher genau anzugeben. Man müsse den gewählten Körperschaften das Vertrauen schenken, daß sie zu rechter Zeit die rechten Mittel angeben werden. Dann soll jeder Genosse dem Ruhe folgen. Der Redner wies auch auf die übermächtige Stellung hin, die die Polizei in Preußen noch einnimmt, die viel dazu beitragen, daß das Volk erkenne, wie unterdrückt und entrechtet es ist. Wir hätten zu verlangen, daß die Organe der öffentlichen Sicherheit zu unserem Schutze aufträten, nicht uns bedröckeln und überall kommandieren. Die hier und da noch vorhandene übermäßige Furcht müsse beseitigt werden. Gelte es, das Wahlrecht zu erobern, so dürfe und werde kein Genosse zurückbleiben. Dann müsse der Sieg schließlich errungen werden.

Genosse Wertz schilderte kurz die wichtigsten Punkte aus den Referaten der Genossen Legien und Hirsch über die Lage der Staatsarbeiter in Preußen und über die Selbstverwaltung in den Gemeinden. Er wies auf die ungewöhnlichen Verhältnisse hin, die hierbei erörtert worden sind, sowie darauf, daß an ihre Beseitigung nur zu denken ist, wenn die demokratischen Grundzüge erst einmal im preussischen Staatswesen zum Durchbruch gekommen sind. Auch die Ausführungen dieses Redners klangen in die Richtung aus, unermüdet zu agitieren und zu organisieren, um den Kampf für das Wahlrecht mit ganzer Kraft siegreich durchzuführen.

Den Vorträgen, die lebhaften Beifall fanden, folgte eine rege Diskussion, die sich bis gegen Mitternacht hinzog. Genosse Rehbein führte unter anderem aus, daß ihm die Art, wie auf dem Preusentag gegen die Revisionisten losgezogen worden sei, nicht erfreut habe. Man solle bedenken, daß sie ebenso gut wie die anderen Genossen das Parteinteresse im Auge hätten. Was den Antrag Arons über den Landesvorstand betreffe, so stehe er, Redner, selbst auf dem Standpunkt der Mehrheit des Parteitages. Im übrigen sei viel zu viel über die Freisinnigen gesprochen worden. Er begrüße es, daß der Genosse Wurm in seinem Referat sich auch in dieser Hinsicht auf den Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung gestellt habe. Das habe er beim „Vorwärts“ bemerkt. Wurm habe erklärt, daß die Freisinnigen keine anderen als kapitalistische Interessen vertreten können. Das wäre vernünftig. Auch beim Preusentag habe der „Vorwärts“ zu sehr an die große Glocke geschlagen. Er kenne den Verfasser und wisse, daß dieser sich genau für den Offizier der Arbeiterschaft halte, aber von einem solchen

nichts anderes als die Offiziersbeine habe. Der Redner sprach ferner über Straßendemonstrationen und Massenstreik und meinte, daß diese Dinge bei den herrschenden Rechts- und Polizeiverhältnissen und bei der Unausgeklärtheit der großen Masse vorläufig noch auf lange Zeit unmöglich seien. Das einzige, was man tun könne, sei, erst einmal die indifferenten Massen zu Versuchung zu bringen. Die Ausführungen Rehbeins, die wiederholt mißbilligende Zwischenrufe hervorgerufen hatten, wurden von den folgenden Rednern meist scharf zurückgewiesen. Genosse Fiedler meinte, daß man Rehbein wohl in einzelnen Dingen recht geben könnte und daß der Parteitag vielleicht nicht all das erfüllt hat, was er erfüllen sollte. Der Redner billigte jedoch die gefaßten Beschlüsse. Ueber die Mittel des Wahlrechtskampfes zu entscheiden, könne man ruhig der Intelligenz der dazu berufenen Genossen überlassen. Genosse Ernst bemerkte, er stimme mit Rehbein darin überein, daß man in jedem Winkel des Landes unablässig agitieren müsse. Wenn man aber solche Reden halte, wie Rehbein hier, so werde es nie gelingen, die Massen zu gewinnen. Dazu sei auch Begeisterung nötig. Gut sei es, daß wir noch Stürmer und Dränger hätten, sonst würde die Partei altersschwach werden. Wenn Rehbein nun und mit Recht die Freisinnigen als einen politischen Kadaver bezeichnet habe, so verstehe man nicht, warum er seinerzeit gesagt, man solle die bürgerliche Klasse nicht vor den Kopf stoßen. (Rehbein: „Dabei ich nie gesagt.“) Der „Vorwärts“ habe in der Wahlrechtsfrage die freisinnigen Herren immer wieder und wieder gedrängt, bis ihre Heuchelei zusammengebrochen sei. Die Haltung des Zentralorgans sei ganz gerecht. Unsere Taktik im Wahlrechtskampf aller Welt klarzulegen, sei nicht angängig. Die Situation werde ergeben, was zu tun ist. Das Volk werde in seinem Drängen sein Recht fordern und erkämpfen. Einen besonderen Vorschlag zum Wahlrechtskampf, der aber keinen Anklang fand, machte Genosse Lösche. Er meinte, man solle in den Kreisen, die im Reichstag sozialdemokratisch vertreten sind, bei der Landtagswahl die schwächlichen Freisinnigen einfach hinauswählen. Genosse Sah n erklärte diesen Vorschlag für undisfufabel. Er wandte sich dann gegen den Genossen Rehbein und dessen allzu viele Bedenken hinsichtlich der Mittel, die vielleicht im Wahlrechtskampf angewandt werden könnten. Zu den leitenden Genossen, die die schwere Verantwortung auf sich genommen haben, müsse man auch Vertrauen haben. In gleichem Sinne äußerten sich noch die Genossen Wurm, Lukow und Wiltp. Nachdem dann Rehbein nochmals das Wort erhalten hatte, um namentlich einige seiner Meinung nach irrthümliche Auffassungen richtig zu stellen, wurde die Debatte geschlossen. Genosse Fahrenow bemerkte in seinem Schlußwort, daß, wenn Rehbein immer wieder sage, daß die Revisionisten zu groß behandelt würden, so stehe im schärfsten Widerspruch dazu die Tatsache, daß derselbe Rehbein hier Genossen der anderen Richtung in schmutziger Weise persönlich angegriffen habe. Wenn man auf der einen Seite anständige Diskussion verlange, müsse man sie auf der anderen auch selbst üben. Die Rede Wurms habe Rehbein denn doch nicht recht verstanden.

Aus der Versammlung wurde der Wunsch nach Aufklärung über die gegen den Genossen Pawlowitsch gerichteten Vorwürfe laut. Genosse Ernst bemerkte dazu, daß Pawlowitsch den Vorstand um eine Unterfuchung der Angelegenheit ersucht habe. Der Vorstand sei dazu jedoch nicht in der Lage und habe dem Genossen anheimgegeben, selbst Mittel und Wege zu finden, um den Verdacht zu beseitigen. Der Vorstand könne aber unter seinen Umständen angeben, daß dem Genossen Pawlowitsch Dinge vorgeworfen werden, für die keinerlei Beweis vorliege. Der Redner wies im Anschluß hieran auf die schmachvollen Zustände hin, die es möglich machen, daß eheliche Leute fortgesetzt unter Polizeiaufsicht gehalten und von Spiegeln umgeben werden. Genosse Arohn stellte einen Antrag, der Entlassung von Spiegeln innerhalb der Wahlvereine zum Ziel hatte. Ernst bemerkte dazu, daß der Vorstand sich in der nächsten Sitzung mit dieser Frage befassen werde und ersuchte Arohn, seinen Antrag als Anregung gelten zu lassen, womit sich dieser Genosse einverstanden erklärte.

Nach einigen kernigen Worten des Vorsitzenden Genossen Brunner über den bevorstehenden Wahlrechtskampf wurde die Versammlung mit kräftigen Hochrufen auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Hausfrauen und die Politik.

Alles in der Welt ist Selbstzweck und zugleich Mittel zum Zweck. Wenn wir unsere Kinder gut erziehen, so wachsen sie sich und uns zur Freude heran. Sie werden aber zugleich dadurch so ausgerüstet, daß sie den Kampf mit dem Leben besser bestehen können. Dasselbe gilt für die Hauswirtschaft. Die Hausmutter, die die ihr zur Verfügung stehenden Mittel, so bescheiden sie auch seien, so auszunutzen, mit so viel Nachdenken, Liebe und Sorgfalt zu handhaben weiß, daß Mann und Kinder gut ernährt und versorgt sind, die hat damit nicht nur die Voraussetzungen geschaffen, auf denen das Wohagen und Glück der Familie beruht, die hat ihre Angehörigen zugleich auch kampftüchtiger gemacht. Wer einmal im Sonnenlichte der Kultur wandelte, der verlangt nach mehr. Der läßt sich nicht mehr genügen an der dumpfen Enge verträuchelter und niedriger Gassen, der will keinen Fraß, sondern ein Mittagessen, der braucht Hüher und Silber, weiße Gardinen und blaue Stuben. Findet er's daheim, so wird ihm das nicht etwa in sätze Zufriedenheit versinken lassen, sondern es wird ihm mit Kraft und Frische überströmen und ihm Mut geben zu neuem Kampf um die Erhaltung dieser Güter und um die Erringung neuer. Denn ein Auf und Ab ist das Leben und wer nicht höher schreitet, sinkt tiefer. So liegt in der Hand der Frauen und Mütter eine große Verantwortung. Kein Hemmschuh sollen sie dem Manne sein, sondern ein Antrieb. Die Hausfrau empfindet es am meisten, wenn Milch und Butter, Eier und Fleisch, Kartoffeln und Wehl, Holz und Kohle teurer und teurer werden. Sie wird es in sorgendem Sinn zuerst und am schmerzlichsten fühlen, wenn Zug um Zug mit dem Nachlassen der Arbeitsgelegenheit Lohn und Lebenshaltung niedergehen. Und wie den reichsständischen Tertilarbeiterinnen schneidet es ihr am tiefsten ins Herz, wenn sie Haus und Kinder 10-12 Stunden sich selbst überlassen muß. Aber wir haben gesehen, daß da ein enger Zusammenhang ist zwischen der Tüchtigkeit der Hausfrau und dem Lebens- und Kampfesmut des Mannes. Und wer von uns Frauen mit offenen Augen in die Welt sieht, der kennt auch den Zusammenhang, der von der anderen Seite her zwischen Lebenshaltung, Lohn- und Arbeitsbedingungen und der gesellschaftlichen und politischen Organisation und Stärke der Arbeiterschaft ist. Die starke Gewerkschaft wird in der Lage sein, Lohn- und Arbeitsbedingungen, wenn nicht zu diktiert, so doch mitzubestimmen. Die starke politische Organisation könnte es verhindern, daß die Wucherpolitik eines kleinen Bevölkerungsbruchteils den Massen das Brot verteuere und das Leben erschwere. Mit alledem ist der Frau der Weg gewiesen, den sie zu gehen hat. Sie darf sich nicht daran genügen lassen, in Küche und Haus das mit den vorhandenen Mitteln Beste zu erreichen. Sie muß dem Manne eine Kampfgewinnin werden. Schulter an Schulter muß sie mit ihm um die Verbesserung der Lebensbedingungen ringen. Der Kampf gegen die Grobvertreuer, um Verlängerung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, der Kampf um Licht und Luft in den Häusern und in den Geistes, das sind die nächsten Aufgaben, die ihrer gemeinsam mit dem Manne warten.

Kommerzentrat Volk und der Frauenverein.

„Vazar des Frauenvereins der Gesellschaft zur Verbreitung des Evangeliums“, verkünden die ausgeklebten Plakate an der Eingangssträße der Bogenhofer Brauerei in der Turnstraße. Wir schreiten durch den Garten und treten, nachdem wir W. H. Eintritzfeld bezahlt haben, in den Kellerkuchlein, mit Girlanden aus Lammgrün geschmückten Saal. Es wimmelt darin von Kindern in allen Altersstufen, während die Erwachsenen, durchgeh-

Seine Leute, an den Tischen beim Kaffe sitzen. Links, auf der Seite des Bieraussehens, stehen Tische, mit Würsten, belegten Bröckchen, Kuchen und sonstigen Mundvorräten beladen. Rings an den Wänden entlang sind Tische aufgeschlagen, in denen Woll-, Leinen- und Treibwaren, Bilderrahmen, Puppen, Spielwaren, Rippfächer, Heiligen- und Kaiserbilder und anderes mehr zum Kauf angeboten wird. Auf den ersten Blick erkennt man in dem bunten zusammengestopelten Land und Kram die Kamtschware. Billige, zurückgesetzte Gegenstände, alte Lodenhüte, die die „wohlthätigen“ Spender mit Freuden geopfert haben, hängen hier fehnfüchtig der mitteilidigen Käufer. Jungens, hemdärmelig, mit grünen Hüten, kleine Mädchen mit roten Häubchen und Bändern halten Hampelmänner, geschmacklose Postkarten, wertlose, bunte Spielfachen, nicht wert, daß man sie nach Hause trägt, sowie Blumen feil. Ein Pastor, im engen, langen Schrod, huscht und schwirrt emsig durch die Anwesenden, immer von einer Schar Kinder verfolgt, die ihm die Hand drücken oder ihn mit Fragen bestürmen. Wir erfahren, daß die eigentliche Seele des Ganzen Kommerzienrat Volle ist. Ihm in erster Linie gebührt das Verdienst, dieses Wohlthätigkeitsfest eingerichtet zu haben, ebenso wie in früheren Jahren. Die Anwesenden sind meist solche, die in irgend einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihm stehen. Auch die Verkäuferinnen sollen aus seinen Kontoren sein, sowie auch die übrigen beim Fest Beschäftigten seinem Personal entnommen sind. Ebenso sorgt für die schmetternde Blechmusik die Vollesche Hauskapelle. Interessant aber ist, daß der genannte unerwähnte Pastor ebenfalls im Dienste des Herrn Kommerzienrats steht. Wir fragen unsere gut unterrichtete Nachbarin „ob denn bei dem ganzen Fest viel übrig bleibe für die Armen, denen es gelten soll“. „Viel wohl nicht, nach Abzug der Kosten und die sind immerhin nicht gering“, lautet die Antwort. Und das ist gerade der springende Punkt, der uns besonders interessiert. Daß wir von dem ganzen Wohlthätigkeitswummel nicht viel halten, haben wir bei jeder Gelegenheit zur Genüge betont. Nicht weil wir den Armen die Gaben nicht gönnen, sondern weil diese Betätigung in gewissen Kreisen als Sport betrieben wird, der nachgerade in Unfang ausartet. Wie kommt so eine Ausstellung gewöhnlich zustande? Indem einige Personen aus „besseren“ Kreisen sich zu einem Komitee zusammenschließen und dann die Schnorrerei systematisch und planmäßig betreiben. Auf diese Art bringt man mehr oder weniger große Summen oder Posten Waren zusammen, die dann durch Verkauf in Bazaren oder durch Verlosung in Geld umgesetzt werden. Den Löwenanteil verschlingen meist die Vorbereitungen, der Rest von der Gesamteinnahme wird dann, und auch da nur nach Gunst und Ansehen, unter die Armen verteilt. Das schönste bei der Sache ist aber, daß diejenigen, die sich in den Mantel der Nächstenliebe hüllen und sich mit ihrer Nächstenliebe preisen, meist selbst wenig oder gar nichts beisteuern und sich so auf Kosten anderer einen guten Namen machen. Bedenklich wird die Sache, wenn man sich überlegt, wie leicht das soziale Gewissen der geschickten Körperschaften durch derartige Spielereien eingeschläfert wird und wie willkommen ihnen dieser Dummzug deshalb ist, weil er ihnen Grund ist, sich von der Verantwortlichkeit für die heutigen gesellschaftlichen Schäden freizusprechen.

Bei Herrn Volle muß aber der Eifer, mit dem er sich dem Wohlthätigkeitswerke widmet, ganz besonders auffallen und die Frage drängt sich geradezu auf: wäre es nicht besser, wenn er dieses Streben einmal mit einem größeren Quantum sozialen Verständnisses vertauschen würde? Koch ist sein Personal des geschicklich gewährleisteten Koalitionsrechtes beraubt, noch stehen die bei ihm gezahlten Arbeitslöhne mit den gegenwärtigen Lebensbedingungen in schreiendem Widerspruch, noch ist die Behandlung seiner Angestellten alles andere als musterhaft und die Arbeitsverhältnisse in seinem Betrieb lassen sich mit den modernen Kulturforderungen durchaus nicht in Einklang bringen. Hier böte sich ein reiches Arbeitsfeld für den humanen Betätigungsdrang des fehrreichen Herrn Kommerzienrats. Allerdings würde dies, im Gegensatz zu den Wohlthätigkeitsbazaren, Geld aus der eigenen Tasche lösen und man würde vor der Außenwelt nicht als Wohlthäter prunken können. Daß sich Herr Volle auch einen geistlichen Beistand halten kann, wird bei diesem kolossalen Vermögen niemanden wundern. Sofort sich nun die Tätigkeit dieses Geistlichen nur auf das kommerzielle Seelenheil beschränken sollte, so ginge das die Mittelwelt nichts an. Sollte aber der priesterliche Beistand seine Wirksamkeit auch auf das Seelenleben der Kaufleute und „Kaufherinnen“, sowie auf die Burtschen und Mädchen ausdehnen oder etwa ganz beziehen, so möchte es uns allerdings scheinen, als ob das hierzu aufgewendete Geld besser zur Erhöhung der im Volleschen Betrieb gezahlten Löhne dienen könnte.

Frauenbewegung und Arbeiterbewegung sind eins.

Fraulein Alice Demz aus Chicago, welche jahrelang in Melbourne (Australien) lebte, hat sich kürzlich über die Frauenbewegung in Australien u. a. folgendermaßen geäußert (ihre Ausführungen sind gegen die Sonderbestrebungen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen gerichtet):

Als ich in den Vereinigten Staaten ankam, überraschte mich die Erfahrung, daß hier die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung völlig getrennt von einander geführt werden. Ganz anders ist es in Australien. Folgende drei Faktoren haben den australischen Frauen zum Siege verholfen: Erstens der verhältnismäßig einfache und demokratische Charakter der Konstitution. Zweitens, daß die fortschrittlich gesinnten Frauen vereint ihre ganze Energie auf die Erlangung des Stimmrechts konzentriert haben. Drittens und hauptsächlich, die Unterstützung der Arbeiterpartei. Durch die Repräsentanten der Arbeiterpartei in den Legislatoren wurde in den verschiedenen Kolonien unsere Emanzipation herbeigeführt. Auch in diesem Lande sollten wir es zu unserer Hauptaufgabe machen, die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung zu vereinigen. Wenn wir die Unterstützung der Arbeiter haben, so haben wir vor allen Dingen die Unterstützung stimmberechtigter Bürger und das ist praktisch von größerem Wert, als die Unterstützung irgend einer Frau. Außerdem sind die Arbeiter als Klasse die einzigen Männer, die unserem Bestreben sympathisch gegenüberstehen. Denn die Arbeiterklasse hat ein direktes ökonomisches Interesse an der Emanzipation der Frau. Die Arbeiterbewegung braucht die Frau. Wenn die Arbeiter in ihren Gewerkschaften die Forderung des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit ohne Unterschied der Geschlechter stellen, so geschieht das nicht nur aus Mitleidlichkeit. Der Arbeiter hat durch bittere Erfahrung gelernt, daß die nicht stimmberechtigten Frau zugleich die schlecht bezahlte Frau ist, die ihm auf dem Arbeitsmarkte beständig unterbietet und somit seinen Lohn hinabschraubt. Es war eine Arbeiterpartei, welche in New York im Jahre 1885, ehe es noch eine Frauenbewegung gab, auf diesem Kontinent zum ersten Male die Emanzipation der Frauen befürwortete und heute ist die sozialistische Partei die einzige politische Partei, welche das Frauenstimmrecht als einen Teil ihres Programms führt.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.
Hagen (Westfalen), 4. Dezember.
(Privatdepesche des „Vorwärts“.)
Im Stadtteile Bernighausen stieg heute nach heiligem Stichtwahlkampf der Genosse Parteisekretär Ludwig mit 890 gegen 866 Stimmen, die auf den bisherigen freisinnigen Mandatshaber fielen. Der dritte Sozialdemokrat zieht somit in das Hagener Stadtparlament ein.

Von den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben hielt am Sonntag seine Generalversammlung in Althaldensleben ab. Es wurde berichtet, daß die Mitglieder-

zahl von 650 im Jahre 1903 auf 845 in diesem Jahre gestiegen sei. Auch die Lesersahl der Magdeburger „Vollstimme“ erfuhr im Kreise eine erfreuliche Steigerung. Dem Kassenericht zufolge war eine Einnahme von 4920,90 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 4541,11 M. gegenüberstand. Die Generalversammlung beschloß, vom 1. Juli n. J. ab einen Beitrag von wöchentlich zehn Pfennig zu erheben. Aus dem Bericht des Kreisvorsitzenden ist noch erwähnenswert, daß der Amtsvorsteher von Magay versuchte, eine Anmeldung der Mitglieder am Orte ihres Wohnsitzes zu erzwingen. Der Versuch gelang ihm jedoch nicht, denn sowohl vom Schöffengericht zu Wolmirstedt als auch vom Landgericht Magdeburg wurden die angeklagten Genossen freigesprochen, da eine Anmeldung der Mitglieder am Orte der Kreisleitung genüge.

Vom Fortschritt der Presse. Bei der Selbständigmachung der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ in Duisburg hatten unsere dortigen Genossen nach einer dreitägigen Gratwanderung des Blattes am vergangenen Sonntag eine Agitation zwecks Gewinnung neuer Abonnenten unternommen. Sie gestaltete sich sehr lohnend. Rund 1800 neue Abonnenten wurden gewonnen.

Ostpreussische Sozialistenbekämpfung. In einem Dorfe des ostpreussischen Wahlkreises Angerburg-Löben verheereten Parteigenossen aus der Stadt sozialdemokratische Wahlflugblätter und Stimmzettel. Als sie die benachbarten Güter gleichfalls belegen wollten, gaben die Genossen ihren Vorrat an Material einem bekannten Juristmann in dessen Wohnung zur Aufbewahrung. In diese Wohnung schlich sich nun in Abwesenheit des Juristmannes der Dorfschullehrer. Er entwendete das Paket mit den ihm staatsgefährlich erscheinenden Wahlflugblättern und Stimmzetteln und brachte es zu dem gleichfalls staatsretterisch veranlagten Krämer des Dorfes, der das Paket kurzerhand verbrannte. Dann wurden eine Anzahl junger Knaben mit Sägen traktiert, und auf die heimkehrenden sozialdemokratischen Flugblattverbreiter aufgehetzt. Nur mit knapper Not entgingen die Genossen dem Schicksal, gehörig verprügelt zu werden. Diese stellten nun zunächst Strafantrag wegen Diebstahls und Heberelei gegen den Leibarzt und den Krämer. Vor kurzem hatte sich daher das Angerburger Schöffengericht mit dieser ungewöhnlichen Diebstahlogeschichte zu beschäftigen. Der angeklagte Jugendbildner gab ohne weiteres zu, die Flugblätter und Stimmzettel aus der Wohnung des Landarbeiters gestohlen zu haben. Er habe aber geglaubt, dazu berechtigt zu sein, da es „staatsgefährliche“ Schriften gewesen seien und er sich verpflichtet gefühlt habe, die sozialdemokratische Agitation zu bekämpfen. Der Amtsvorsteher belehrte ihn in wohlwollendem Tone, daß das eine sehr verkehrte und wenig nützliche Kampfmethode sei. Im übrigen sah das Gericht aber den staatsrettenden Diebstahl sehr milde auf und verurteilte die beiden Ordnungshelden zu je einem Tag Gefängnis.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.
Strafsatz der Presse. Aus Halle a. S. berichtet man: Der Genosse Leopoldi vom „Volksblatt für Halle“ sollte durch eine Verhöhnung des Publikums beunruhigt haben, wofür ihn das Schöffengericht zu 50 M. verurteilte. Auf eingelegte Berufung des Staatsanwalts wurde vom Landgericht die Strafe auf 100 M. erhöht.

Gerichts-Zeitung.

Ein eigenartiges Beweidsverfahren.

Ein interessantes kriminalpsychologisches Experiment, durch welches die Glaubwürdigkeit festgestellt werden sollte, wurde in einer Verhandlung vorgenommen, welche gestern unter Vorsitz des Amtsrates Schmidt das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Wegen tätlicher Beleidigung mußte sich der Kaufmann Albert Frey vor dem Straftribunal verantworten. Der Angeklagte, welcher Inhaber eines hiesigen größeren Geschäftes ist, war im Sommer dieses Jahres in der Nähe der Petrisirche in einem Straßenbahnwagen verhaftet worden. Er wurde von einem Kaufmann Peterlen beschuldigt, sich an kleinen Mädchen vergangen zu haben. P. stellte eine derartige Straftat mit Entzückung in Abrede. Peterlen behauptete jedoch mit aller Bestimmtheit, in dem Angeklagten jenen Mann wiederzuerkennen, den er bei Verübung der Straftaten beobachtet habe. Um zu beweisen, daß es sich tatsächlich um eine Personenverwechslung handele, wurde auf Antrag des Verteidigers schon anlässlich der Vernehmung vor dem Kriminalkommissar Dr. Kopp ein interessantes Experiment vorgenommen, welches bewies, wie wenig Wert mitunter auf eine Rekognition eines Augenzeugen gelegt werden kann. Ein Geschäftsfreund des Beschuldigten, der mit diesem eine entfernte Bekanntschaft hatte, wurde dem Belastungszeugen vorgestellt. Dies hatte den Erfolg, daß P. erklärte, die Identität des ihm vorgestellten mit dem Täter beschwören zu können. In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht erklärte sich der Geschäftskollege des Angeklagten bereit, mit Einwilligung des Gerichts an Stelle des P. auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Die verletzten Kinder, deren Väter Strafantrag gestellt hatten, wurden einweisen in das Beratungszimmer geführt. Der Angeklagte wurde sodann unter die inzwischen eingetretenen Zeugen gestellt. Dieses Experiment hatte das eigenartige Resultat, daß einige der Mädchen den Geschäftsfreund als den Täter, andere wiederum den Angeklagten, den sie allerdings vorher schon gesehen hatten, als diesen bezeichneten. Als dann der Angeklagte den Platz auf der Anklagebank wieder betrat, behaupteten alle Mädchen, ihn nunmehr mit aller Bestimmtheit als den Missetäter wiederzuerkennen und blieben auch trotz aller Vorhaltungen des Vorsitzenden bei dieser Behauptung. Obwohl sich hierdurch die Situation für den Angeklagten recht ungünstig gestaltet hatte, hielt das Gericht seine Freisprechung für geboten, da der Aussage des P. infolge seiner falschen Rekognition auf dem Polizeipräsidium nicht zu folgen sei. Auf die Aussage von Kindern allein hin könne das Gericht einen unbescholtenen Mann nicht einer Straftat für überführt erachten, welche ihn im Falle eines vollen Beweises in das Gefängnis bringen würde.

Evangelisch und katholisch.

Wegen Beleidigung des Waiserrates zu Potsdam sind am 8. Oktober die Redakteure der „Märkischen Volkszeitung“ Dr. Baum und Dr. Reimeringer zu Geldstrafen verurteilt worden. Dr. B. wurde als Täter, Dr. R. als Gehülfe verurteilt. Es handelte sich um die Veröffentlichung eines Artikels, in welchem dem genannten Waiserrate unerhörter Jektismus vorgeworfen wurde. Dr. R. hat den Artikel bearbeitet und zum Druck befördert, Dr. B. hatte ihn als Verantwortlicher zu vertreten. Die etwa vierzehnjährige Tochter eines verstorbenen Arztes war vom evangelischen Bekenntnis zum katholischen übergetreten und in das St. Joseph-Waisenhaus verbracht worden. Dem Waiserrat in Potsdam wurde nun zum Vorwurfe gemacht, daß er in „unerhörtem Jektismus“ die Herausgabe des Kindes verlangt habe. — Die nur von Dr. Reimeringer eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht am Dienstag verworfen.

Ein Raubschwindler vor Gericht.

Daß trotz aller Warnungen in den Zeitungen das Geschäft der Raubschwindler noch immer blüht, zeigte eine gegen den angeblichen Ingenieur Oskar Croyll aus Charlottenburg vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III verhandelte Anklage wegen Betruges. Der schon mehrmals vorbestrafte Angeklagte legte sich nach seiner letzten Verurteilung auf das Geschäft des Raubschwindlers. Er eröffnete in der Wilmersdorferstraße in Charlottenburg ein „Ingenieur- und Zeichenbureau“ und suchte für dieses einen Stenographen, der in der Lage sei, eine Raubtion zu stellen. Es meldeten sich auch mehrere Personen, u. a. der Hausdiener Wislako, der sich in seiner früheren Stellung einige hundert

Mark gespart hatte in der Hoffnung, mit diesem Geld sich später eine bessere Stellung erringen zu können. Wislako ließ sich auch verheiraten und gab willig den Betrag von 800 M., da ihm Croyll versichert, daß es sich eventuell um eine Lebensstellung handle. Schon nach einigen Tagen merkte W., daß etwas nicht in Ordnung war; er verlangte sein Geld zurück, wurde aber zurückgewiesen, da ihm C. einen Schein vorlegte, in dem er in geschickter Weise den alten Schwindel von der Verwechslung des Wortes „Raubtion“ mit „Geschäftseinlage“ in Anwendung gebracht hatte. Nachdem der Angeklagte in Erfahrung gebracht hatte, daß W. auf der Polizei Anzeige erstattet hatte, hielt er es für ratsam, schleunigst zu verhaften. In Kiel, und später in Braunschweig, von wo er zu der jetzigen Verhandlung vorgeführt wurde, verübte C. die gleichen Schwindelaktionen. — Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, da es sich um einen überaus gemeinshädlichen Schwindler handelte.

Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Die Generalversammlung des Verbandes, die am Sonntag in der „Neuen Welt“ stattfand, war außerordentlich stark besucht. Das Hauptinteresse richtete sich auf eine Vorlage zum Ortsstatut, die unter anderem eine Änderung der Zusammenfassung der Generalversammlung enthielt. Dieser Punkt entzifferte eine hitzige Diskussion, nachdem Hande über die gesamte Vorlage referierte und sie zur Annahme warm empfohlen hatte. Die Paragraphen, welche die erwähnte Änderung enthalten, lauten:

Die den Mitgliederversammlungen zugewiesenen Funktionen werden für die Verwaltungsstelle Berlin der kombinierten Vertrauensmännerkonferenz übertragen. Diese Vertrauensmännerkonferenz gilt für die Berliner Verwaltungsstelle als Generalversammlung und ist dieselbe in folgender Weise zusammenzusetzen:

- a) von den Vertstatvertreuerpersonen,
- b) von sämtlichen Mitgliedern der erweiterten Verwaltung. Die letztere besteht aus:
 - a) den Mitgliedern der mittleren Verwaltung;
 - b) den Mitgliedern der Bezirksleitungen;
 - c) den Mitgliedern der Branchenagitationskommissionen;
 - d) den Obleuten der Vertrauensmänner und den Subkommissionenmitgliedern der Arbeiterausschüsse von den Großbetrieben.

Dieser Änderung standen viele Mitglieder sehr mißtrauisch gegenüber; sie sahen darin eine Verletzung des demokratischen Prinzips, eine Entrechtung der Massen. Eine Reihe von Anträgen lag dazu vor, ferner ein schriftlicher Protest von den Verbandsmitgliedern bei der Firma Vorlag. Von den Freunden der Vorlage wurde geltend gemacht, daß die große Ausdehnung des Verbandes die Änderung schon aus praktischen Gründen notwendig mache und daß statutenmäßig bei wichtigen Angelegenheiten eine Urabstimmung vorgenommen werden müsse. — Nach längerer Beratung wurde ein Antrag angenommen, die vorgeschlagene Änderung den Bezirksversammlungen zur Besprechung zu überweisen und dann eine Urabstimmung darüber vornehmen zu lassen.

Die nachfolgenden Paragraphen, die mit den beanstandeten im enghen Zusammenhang stehen, konnten dadurch nicht zur Abstimmung kommen, bis auf den § 14, der nach längerer Debatte unbedändert angenommen wurde. Derselbe enthält die Bestimmungen darüber, welche Verbandsinstanzen zur Erledigung der örtlichen Angelegenheiten, für die Agitation und sonstige Obliegenheiten der Organisation bestellt sind. Diese Instanzen sind:

1. Die engere Ortsverwaltung. Dieselbe besteht aus den beiden Bevollmächtigten, den beiden Kassierern, fünf Revisoren und drei Beisitzern.
2. Die mittlere Ortsverwaltung. Dieselbe besteht aus:
 - a) den Mitgliedern der engeren Verwaltung;
 - b) den 1. Bezirksleitern;
 - c) den Branchenleitern und sämtlichen Beamten unserer Verwaltung.

Die Sitzung dieser beiden Körperschaften findet jede Woche statt.

3. Die schon erwähnte erweiterte Ortsverwaltung.

In bezug auf einen Extrabeitrag wurde beschlossen: Zur Deckung außerordentlicher örtlicher Ausgaben erhebt die Verwaltungsstelle Berlin von den männlichen Mitgliedern einen wöchentlichen Extrabeitrag von 10 Pf., von den weiblichen und jugendlichen Mitgliedern einen solchen von 5 Pf. Dieser Extrabeitrag wird mit dem ordentlichen Wochenbeitrag erhoben und ist zu diesem Zweck eine Einheitsmarke zu 70 bzw. 30 Pf. eingeführt.

Angenommen wurden ferner die Paragraphen betreffend Strafen und Maßregelungen. Bei den Unterstützungsfragen wurde hervorgehoben, daß es sich bei den Zulagen für Kinder nicht darum handeln solle, ob die Eltern in aller Form verbeitet seien, sondern die Unterstützung von 1 M. pro Woche werde für jedes der Fürsorge des Streikenden unterstehende Kind gezahlt. Befinden sich aber Mann und Frau im Streik, so werde die Unterstützung für das Kind nicht etwa doppelt gezahlt. — Den Kasenericht erstattete D. Henning. Nach der Abrechnung vom 3. Quartal bilanzieren Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 411 136,92 M. Unter den Ausgaben sind verzeichnet:

Für Reisegeld	7 410,— M.
Unterstützung beim Umzug	2 834,60
bei Krankheit	118 194,45
Arbeitslosigkeit	104 076,00
Streiks	26 087,55
Maßregelungen	16 602,70
in besonderen Notfällen	1 867,—
Sterbegeld	2 785,—
Rechtschutz	8 229,26
In die Hauptkasse eingefandt	50 000,—

In der Lokalkasse bilanzieren Einnahmen und Ausgaben mit 106 493,31 M. Streikunterstützungen wurden in der Höhe von 8540,35 M. und an Unterstützungen bei Maßregelungen 4662,60 M. gezahlt. Für Bibliothekszwecke wurden 7182,95 M. ausgegeben.

Der Vorsitzende Cohen legte einen Antrag vor auf „Änderung der Art der Beitragsleistung“, der bezweckt, daß die Abrechnung nicht mehr monatlich, sondern wöchentlich vorgenommen werden soll. In zwei Versammlungen der Vertrauensmänner wurde die Änderung gutgeheißen und die Versammelten waren ebenfalls damit einverstanden.

Die Wahl der Bezirkskommission für den dritten Bezirk (Bobing Brandenburg) lag vor; vorgeschlagen wurden Handke, Buschid, Lubatich und Pawlowitsch. Gegen den letzteren erhob sich Opposition, aber Cohen und Handke verteidigten ihn. Cohen machte darauf aufmerksam, daß Pawlowitsch vielleicht irrtümlich in Verbindung gebracht werden könnte mit dem Ranne gleichen Namens aus dem „Vorwärts“-Artikel über die „Geheimnisse des Alexanderplatzes“; er erklärte, daß dieser Pawlowitsch dem Verband als einwandlos frei bekannt sei und der Verband mit der Tätigkeit desselben als Angestellter zufrieden sein könne; er empfahl ihn zur Wahl. — Die Bezirkskommission wurde den Vorschlägen gemäß gewählt. — In einem Schlusswort erwähnte Cohen die Versammelten, fest zusammenzufassen gegen die Wählerarbeit der Unternehmer und ihrer Grundungen, den gelben Gewerkschaften.

An unsere Inserenten, welche Inserate größeren Umfanges für die nächste Sonntags-Nummer aufzugeben beabsichtigen, richten wir die höfliche Bitte, dieselben bis Donnerstag nachmittag 5 Uhr in unserer Haupt-Expedition aufzugeben.

Verlag des „Vorwärts“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 5. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Agl. Cyrenhaus. Das Mädchen von Navarra. Der Barbier von Sevilla.
Königl. Schauspielhaus. König Leokadia. Anf. 8 Uhr.
Deutsches. Was ihr wollt. Kammerstücke. Frühlingsschwärmer. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner. Wandau.
Leffing. Rosa.
Neues. Das Ungeheuer.
Neues Schauspielhaus. Die große Gemeinde.
Scha. (Wallner-Theater.) Gebildete Menschen.
Schiller-Charlottenburg. Rosmerholm.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Jugend von heute.
Kleines. Mandragola.
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Theater an der Spree. Der Aktienbinder.
Vorling. Hans Heiling.
Walden. Ganz der Papa.
Komische Oper. Die verkaufte Braut.
Witten. Die lustige Witwe.
Frühlingsschwärmer. Trübsal.
Fräulein Josefte — meine Frau.
Thalia. Die gelbe Gefahr.
Süssen. Der Leiermann und sein Pflegekind.
Berthold Hofe. Die Frau Kommerzienrat.
Neurosi. Das muß man sein.
Wipola. Schwester Schloßer jr. Elegie.
Walden. Spezialitäten.
Hollés Caprice. Geheilte Liebe.
Kaisers. Biederleute.
Wag. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachleben.
Wahage. Paula Wirth. Spezialitäten.
Walter. Der Eiderspitzigen Räumung.
Palast. Am heiligen Abend. Spezialitäten.
Parodie. Das Ungeheuer. Pappstreich. Monna Vanna.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steiner Sängers.
Kranke. Fauderstraße 14/15.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Operett-Theaters.
Blaubart.
Rom. Oper in 3 Akten v. J. Offenbach.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Wandau.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das Ungeheuer.
Freitag: Die Ugariter.
Sonnabend u. Sonntag: Baccarat.

Kleines Theater.
Zum erstenmal:
Mandragola.
Komödie in 3 Akten v. Paul Czer.
(Musik: Agnes Coma.)
Freitag u. Sonnabend: Mandragola.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingsschwärmer.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Zum erstenmal:
Jugend von heute.
Eine deutsche Komödie in 4 Akten von Otto Ernst.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Jugend von heute.

Lortzing-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hans Heiling.
Freitag: Hans Heiling.
Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Hummerhaken.
Abends 8 Uhr: Indine.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Troubadour.
Abends 8 Uhr: Der Freischütz.

Theater an der Spree.
Königsplatz 68.
Täglich 8 Uhr:
Der Aktienbinder.
mit Josefine Dora als Rosine.
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelstern, Nebelbecke.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.

Zentral-Theater.
Gastspiel des Heddel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Der Leiermann und sein Pflegekind.
Freitag zum erstenmal: Ein seltsamer Fall.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen.
Abends: Am Tage des Gerichts.
Sonntag nachm.: Der Leiermann und sein Pflegekind.
Abends: Ein seltsamer Fall.
Montag: Ein seltsamer Fall.

DERNHARD ROSE THEATER.
Dr. Frankfurterstr. 103.
Die Frau Kommerzienrat.
Vollständ. von Maximilian Wolf.
Anfang 8 Uhr. — Sonntagspreise.
Freitag, den 6. Dezember: Der Hüttenbesitzer.

Metropol-Theater.
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

APOLLO Theater.
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten. U. a.: Slegwart Gentes in sein. neu. Stetig. Die Operprobe.
9 1/2 Uhr:
Sylvester Schäffer jr.
der berühmte Universalkünstler.
Sonntag, 8. Dezemb., nachm. 3 1/2 Uhr: Familien-Vorstellung. Kleine Preise!

WINTERGARTEN.
Auftreten von: Robert Steidl, Liane de Vrtes, Kitty Gordon, Tan Kwal - Truppe, Flood Brothers, Starr und Leslie, Boganny - Truppe, Die Tiller Girls, Brunius, La Bérat, Toqué, Teaji - Truppe, Der Biograph etc.

Palast-Theater.
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Lona Revée
Tableaux vivants
Luna-Quartett
Damen-Ensemble.
Hee and Shee, das ideale Duo
und 9 Attraktionen 9.
Am heiligen Abend.
Charakterbild von Hoffmann.

Folies Bergère.
W., Jägerstraße 63 a.
Abends 8 1/2 Uhr:
Mila Barry
Mad. Hurst
Lola Montez
Mad. Dersy
Udel-Quartett
unter pers. Mitwirkung des Herrn Prof. C. Fr. Udel.
Vorverkauf an der Theatorkasse von 11 Uhr an.
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Fräulein Josefte — meine Frau.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.
Vollständ. in 3 Akten von Viktor Hoffmann.
Freitag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Rosmerholm.
Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Freitag, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.
Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Maria Stuart.

Schiller-Saal (Schiller-Theater) Charlottenburg.
Freitag 9 Uhr: Vortrag Dr. E. Hirschberg: Robert Schumann.
Eröffnet durch Instrumentalmusik. Geheuer Vortrag des Symphoniker des Reichs.
Sonntag 8 Uhr: Eddard Geies-Abend.

Zirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 5. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm. U. a.:
Neu! Familie Humel.
Berlin's größte Sensation
6 fliegende Banvards
3 Damen, 4 Herren.
Hofe Schult, ger. v. Fr. Schumann.
Neu! Neu!
The three Demons
phänomenale Leistungen.
Direktor Albert Schumanns neueste Monsterdrossuren und d. großartigen neuen Spezialitäten.
Zum Schluß:
Auf dem Neckar
dießjährige große Wasserpantomime.

XIII. Saison.
Zirkus Busch.
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Auftr. sämtl. neuengag. Künstler.
Kremo Family.
Geschw. Viehls mit Virginia Bell.
Herrn: Schulze, Heide, Brevol, Schulze, Herr Ernst Schumann, Freiheitskämpfer.
Um 10 Uhr:
Auf der Hallig.
Herrn: gr. Kunst-Band v. Fr. Busch.
Riesen-Illustrationsakte unter Wasser.
Vorher: Gala-Programm.

Theater.
Folles Caprice.
Linienstr. 122, Ecke Friedrichstraße.
Rabbi Meseritsch.
Unter Teil.
Geteilte Liebe.
Anfang 8 Uhr.

Freie Volksbühne

Freitag, den 6. Dezember, 8 1/2 Uhr:
22. (II.) Abendabteilung im **Hans Heiling.**
Lortzing-Theater:
Mitglieder werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen.
Gastkarten à 1 M. können alle Mitglieder der Nachmittagsabteilungen in den Zahlstellen und an der Abendkasse beim Obmann erhalten.

Sonntag, den 8. Dezember, nachm. 3 Uhr:
Berliner Theater 18./19. Abteilung
Das Tal des Lebens.
227/5*
Neues Schauspielhaus 10./11. Abteilung
Judith.
Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47-49.
Donnerstag, den 5. Dezember 1907:
Die Schauspieler des Kaisers.
Drama in 4 Akten v. Karl Hartenbourg.
Nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Ganz der Papa.
Schauspiel in 3 Akten von Max und Desvallières. Deutsch v. R. Schwan.
Baron des Aubrais: Mich. Alexander.
Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Am Pavillon.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Dronenstr. 16.
Am Rande des Abgrunds oder: Sherlock Holmes in Berlin. Detektiv- u. Verbrechensrom. a. Berlin N.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Der Leiermann und sein Pflegekind.

Passage-Theater.

Heute Premiere.
Die singenden Engelsköpfe
Martin Kettner
Erna Fröhlich
und das großartige Dezember-Programm.

Biograph-Theater „Westend“

Charlottenburg, Potsdamerstr. 11.
Neu! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr.
Sonntags von 3-11 Uhr.
Stetiger Eingang von Neudeiten.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
Nur noch wenige Tage:
Madame Wig-Wag.
Es lebe das Nachleben!
In Vorbereitung:
Papa und Genossen.

Sanssouci

Kottbuser-Str. 8.
Direktion: Wilhelm Roemer.
Jeden Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sänger
und Tanztruppen.
Zusammenstellung:
Der Spuk in der Wüste.
Beginn Sonntag 5 Uhr, Montag 8 Uhr.
Morgen Freitag wegen Vereinstag geschlossen.

Julius Meyer

Restaurant, Granienstr. 108
Jeden Sonntag:
Gemütl. Beisammensein und Tanz.

Neue Freie Volksbühne

Die Kunst dem Volke!

Nächste Extraveranstaltungen:

Winterfest am 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Königstadt.

Lebende Lieder unter Mitwirkung der Damen: Olga Orsella, Valentine Marion, Darja Micozko, Gertrud Mangelsdorff, Tilly Wolff, Elfride Hirsch, Leonie Diegel, Lissie Marholm. Der Herron: Alfred Goltz, Otto Dehnicke, Kurt Burckhard, Rudolf Lange. — Künstlerische Leitung: Fr. Hedwig Rosin-Rosenfeld. — Am Klavier: Herr Eugen Sauerborn. — **Operetten-Konzert.** — Berliner Sinfonie-Orchester. Dirigent: Herr Kapellmeister Maximilian Fischer. — Ball.
Billets für Mitglieder a 50 Pf., für Gäste a 60 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben.

Lessing-Theater 15. Dezember 8 Uhr: **Rosenmontag.**

Lessing-Theater 22. Dezember 8 Uhr: **Die Weber.**

Neues Theater 25. Dezember und 1. Januar 8 Uhr: **Der Dieb.**

Deutsches Theater 26. Dez. 2 1/2 Uhr: **Prinz Friedrich von Homburg.**
Billets zu diesen Vorstellungen für Mitglieder a 1,10, für Gäste a 1,35 sind in allen Zahlstellen zu haben.

Kinder-Nachmittage am 15. und 29. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in den „Musiksalen“, Kaiser Wilhelmstraße 18 m: **Märchen-Erzählungen mit Lichtbildern.**
Kinder frei; Erwachsene 20 Pf.

Rafino-Theater.

Leffingstr. 57. Täglich 8 Uhr:
Biederleute.
Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch.
Vorher das glanz. bunte Programm.
Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes

Büggenhagen

Montzplatz.
..... im Theater-Saal täglich:
Das neue **Dezember-Programm.**
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntag 7 Uhr. (Sonntag abends 1 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.)
Zusammenstellung a 40 Pf.
Unter **Militär-Konzert.**
Bader, Przemarski, Gdlich, Neumann, Olesch und Dittich.

Walhalla-Variete-Theater.

Weinbergweg 19/20, Rosenth. Ter.
Anfang 8 Uhr.
Das koloss. Dezember-Programm.
12 Akrobaten Lorch 12
gigantische Spiele.
8 Collin Clairon 8
„Ein Künstlerfest.“
Harry Arndt, Humorist.
12 internationale Spezialitäten 12
Lunel: 4 Kapellen
Theaterbesuchern treuer Entz.

Parodie-Theater.

Dresdenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.
Das Ungeheuer.
Vorher: Pappstreich.
Zum Schluß: Monna Vanna.
Preise: 2, 2, 1, 50 Pf.

Das Plünderyndikat der Tiefbauunternehmer.

Die in der Lichtenberger Gemeindevertretung aufgerollte Hunderttausendmark-Affäre dürfte auf jeden Fall noch weitere Kreise ziehen. Es ist dies zwar ein typischer, aber noch längst nicht der kraffteste Fall ungenierter Ueberverteilung von Gemeindefrüchten. Gestern gaben wir der Auslassung eines Interessenten im „V. L.“ Raum. Danach erscheint die Sache ja verhältnismäßig harmlos. Wenn die Unternehmer eines Vertriebes sich gewissermaßen als eine Einheit betrachten, die eine gewisse Summe von Arbeit zu erledigen hat, und sie treffen Abmachungen, durch welche die Schäden der Schmutzkonturen ausgemerzt werden und die bei einer Submission ausfallenden Unternehmer von dem, der die Arbeit macht, eine kleine Entschädigung erhalten als Entgelt für ihre nutzlosen Bemühungen, so ist dagegen wenig einzuwenden.

Zufällig war in der Lichtenberger Sache der materielle Zweck und Erfolg der Abmachungen aber nicht der, Schmutzkonturen zu verhindern, sondern es sind Maßnahmen getroffen, durch welche der Gemeinde, über den von den Unternehmern selbst als angeordnet erachteten Gewinn hinaus, enorme Lasten zur Entschädigung für die Mitsubmittenten auferlegt worden sind.

Das geht schon klipp und klar aus der zu Protokoll gegebenen Auslage des Technikers Fischer hervor. Er bekundete: Für die ausgedehnte Arbeit wurden die Kosten nebst einem Zuschlag von 100 000 M. auf rund 400 000 M. bemessen. Nach der Befreiung der Tiefbauunternehmer wurde dieser Betrag um 140 000 M. erhöht!

Also für 400 000 M. war die Arbeit zu machen; das war der Preis bei Einsetzung eines schon hohen Gewinnes, die Gemeinde soll aber noch 140 000 M. mehr zahlen. Dies zu erreichen, war Zweck der Abrede und durch Täuschung kam man zum Ziel.

Wie bei solchen Verträgen verfahren wird, dafür bietet folgender Vorfall einen interessanten Beleg. Im Jahre 1905 hatte die Gemeinde Friedrichsfelde Auktionsarbeiten — auf dem Gute Wilschhofe — zu vergeben. Die Herren Unternehmer Bruch und Götter, sowie der frühere Gemeindevorsteher von Friedrichsfelde, Herr Ledert, verabredeten eine Zusammenkunft in Wangeroog, um die Sache richtig zu laden. Das Resultat der Beratungen war folgendes: Herr Bruch erbot den Zuschlag; an jeden der fünf Mitsubmittenten zahlt er eine Abfindung von 16 000—20 000 M.! Die Offerten werden ausnahmslos von Herrn Bruch angefertigt, die Mitsubmittenten haben nur ihre Unterschrift zu geben.

Hier liegt doch die Täuschung und die Ueberverteilung sonnenklar zutage. Daß der ehemalige Gemeindevorsteher seine Hand dabei im Spiele hat, säubert den Skandal jedenfalls nicht ab. Herr Bruch, zu dessen Geldgebern auch der bekannte Stinnes in Rütheim gehört, erhielt selbst in einem Falle von Bruch 4000 M. Abfindung — gegen Leistung über 5000 M. und von Schneider 10 000 M.! Das beweist, daß die Geschäfte wechselseitig gemacht werden. In welchem Umfange das geschehen ist, welche kostbaren Mittel angewandt worden sind, das zu ermitteln überlassen wir vorläufig der Staatsanwaltschaft. Um welche Summen es sich für die Gemeinden handelt, dafür als Illustration noch diese Angaben: Die Gemeinde Eberswalde hatte eine Arbeit zu vergeben. An der Submission beteiligten sich 13 Ringunternehmer, 11 andere Submittenten gehörten dem Ringe nicht an. Das Angebot der ersten stellte sich auf durchschnittlich 690 000 M., das der letzteren auf 400 000 M. Die Differenz zwischen dem mindestfordernden Ringunternehmer und dem höchstfordernden Ringfreien betrug 182 000 Mark. Daß die Jungarme der Ringunternehmer auch noch über die Provinzgrenzen hinausgreifen, bezeugt folgender Brief:

Herrn
Sehr geehrter Herr Kollege!
Wollen Sie die Liebeshöflichkeit haben, mir die Magdeburger Adler-Liste bezorgen? Freitag nachmittags 5 Uhr ist bei Schilde, Friedrichstr. 203, Sitzung. Oder lassen Sie mich im Stich?
Mit kollegialem Gruß
Ihr
W. Krause.

Die strafrechtliche Untersuchung wird sich auch auf Beamtenbestechung zu erstrecken haben. Ist es schon bedenklich, wenn Gemeindebeamte Einladungen zu einem Glase Wein usw. erhalten, um in der gemüthlichen Unterhaltung über allerlei Wissenswertes, z. B. Namen von Submittenten usw. ausgefragt zu werden, so geben andere Liebeshöflichkeiten dem Staatsanwalt zweifellos Veranlassung, sich näher damit zu beschäftigen. Wir wollen vorläufig nur einen solchen Fall nennen. Herr Bruch sandte an einen Baubeamten eine Aiste Giovanni. Zum Schutze der feinen Marke hatte er vorher oben auf einen 1000-Markschein gelegt. Eine solche Freigebigkeit muß doch überraschen. Die kriminelle Untersuchung wird wohl noch überraschendere Freigebigkeiten zutage fördern.

Daß für die obigen Abmachungen nicht das im „V. L.“ angezogene Urteil zutrifft, leuchtet ohne weiteres ein. Das wird aber noch klarer durch einige Entscheidungsgründe, die der Interessent in seinem Artikel im „V. L.“ nicht erwähnt hat. Sie lauten:

„Wenn die Bewerber in solcher Lage zusammentreten, um ihre wirtschaftlich schwächere Stellung auszugleichen, sich über die Preise, die sie vorerst fordern wollen, einigen, um zu verhüten, daß der Lohn für die erwarrierte Arbeit nicht auf ein Maß herabgesetzt werde, das einen angemessenen Verdienst in Frage stellt, so ist eine solche durch die wirtschaftliche Notwehr gebotene Abmachung an sich durchaus erlaubt und nicht als gegen die guten Sitten verstößend zu erachten.“

Inhalt, Zweck und Erfolg des Vertrages war nicht eine Täuschung der Behörde, sondern eine derartige Gestaltung ihrer Angebote, daß ihnen aus der Konkurrenz ein möglichst geringer Saude erwachse.“

Diese Entscheidung bedeutet eine Beurteilung der Ringpraktiken, deren Zweck nicht war, die Unternehmer vor Schaden zu bewahren, die vielmehr lediglich darauf angelegt waren, allen Submittenten durch Täuschung der respektiven Gemeindeorgane Vermögensvorteile zu verschaffen.

Ganz unabhängig von der rechtlichen Frage steht das Volksurteil. Es ist ein unerhörter Skandal, daß Gemeinden um Hunderttausende Mark überverteilt werden, daß Unternehmer, die gar keine Arbeit leisten, die Gemeindefrüchten um viele tausend Mark erleichtern, während für die dringendsten sozialen Zwecke kein Geld vorhanden ist.

Es handelt sich um dieselben Unternehmer, die über die Begehrlichkeit der Arbeiter nicht laut genug zeteren können und sich auch sonst als Männer bezeichnen, die fürs Gemeinwohl arbeiten. Die reinsten Prozentpatrioten!

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Urania-Vorstellung: „Ueber den Brenner nach Venedig“ findet am Sonntag, den 8. Dezember, mittags 1 Uhr resp. 2 Uhr statt. (Um 1 Uhr wird der Popsaal geöffnet und um 2 Uhr beginnt die Vorstellung.) Die nicht verkauften Billets müssen bis spätestens Freitag, den 6. Dezember, abends, an die Abteilungs- resp. Bezirkstugere zurückgegeben werden. Billets sind dann beim Kassierer G. Schmidt, Kirchbachstr. 14, zu haben. — Anschließend an diese Vorstellung findet im Lokale von Julius Meyer, Drausestr. 103, ein gemüthliches Beisammensein statt, wozu ganz besonders die Genossen der Friedrichstadt eingeladen sind.

Sechster Wahlkreis. Für die am Sonntag, den 8. Dezember, stattfindende Urania-Vorstellung sind noch Eintrittskarten beim Genossen Jachrow, Ravenestr. 6, erhältlich.

Schöneberg. Genossinnen und Genossen! Am Sonnabend, den 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr ab findet in E. Ochs Festsaal, Reiningerstr. 8, ein gemüthliches Beisammensein statt. Billets werden nicht ausgegeben; als Legitimation dient das Mitgliedsbuch. Da für gute Unterhaltung gesorgt ist, wird zahlreicher Besuch erwartet.

Lichtenberg. Der sozialdemokratische Wahlverein hält heute abend 8 1/2 Uhr, im Schwarzen Adler (Geb. Arnold), seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: Bericht vom preussischen Parteitag, Auffstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl und Vereinsangelegenheiten. Den Frauen ist die Galerie reserviert.

Waltersdorf. Die am Sonntag, den 8. d. M., fällige Mitglieder- versammlung des Wahlvereins fällt aus; dafür findet im Vereinslokale eine Vollerversammlung statt, in welcher Genosse Sonnenburg über: „Kommunalpolitik und Sozialdemokratie“ referieren wird. Genossen! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung.

Hohen-Neuendorf und Stolpe. Die Morgensprache des Wahlvereins, verbunden mit einem Vortrage des Genossen Walter Zimmermann-Berlin über: „Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse“, findet am Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Lokale der Witwe Bergemann zu Stolpe statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht. Auch sind die Mitgliedsbücher bis Ende dieses Monats in Ordnung zu bringen.

Berliner Nachrichten.

Der Bevölkerungszuwachs Berlins

Ist in diesem Jahre ungewöhnlich gering. Die Bevölkerungszahl, die Ende 1906 sich auf 2 091 290 gestellt hatte, war in 1907 zunächst gestiegen und zwar bis Ende Februar auf 2 099 168. Im März sank sie aber in jähem Absturz bis zum Monatschluß auf 2 088 123 zurück, so daß sie am Ende des ersten Quartals um reichlich 3000 niedriger stand als Ende Dezember vorigen Jahres. Daß die Bevölkerungszahl im März heruntergeht, das ist ja die Regel, aber so bedeutend wie diesmal ist die Abnahme seit langem nicht gewesen. Die Sommermonate brachten dann ein zweimaliges Auf und Ab, wie das fast alljährlich zu beobachten ist. Die Bevölkerungszahl blieb Ende Juni mit 2 089 923 immer noch unter der Zahl von Ende Dezember vorigen Jahres, und Ende September stand sie mit 2 094 269 erst wieder um knapp 3000 darüber. Gegen dieses Zuwachs von nur 3000 in den drei ersten Quartalen hatte man die Tatsache, daß in denselben drei Quartalen des vorigen Jahres der Zuwachs sich bereits auf mehr als 24 000 stellte! Um ein tüchtiges Stück pflegt die Bevölkerungszahl sich besonders im Oktober zu erhöhen, aber auch dieser Monat hat diesmal eine geringere Zunahme als sonst gebracht. Ende Oktober dieses Jahres war die Bevölkerungszahl erst 2 104 828. Die Zunahme hatte im Oktober vorigen Jahres annähernd 14 000 betragen, im Oktober dieses Jahres betrug sie weniger als 11 000. In den ersten zehn Monaten (bis Ende Oktober) stieg die Bevölkerungszahl im vorigen Jahre um reichlich 38 000, in diesem Jahre um noch nicht 14 000, um knapp so viel, wie sie im vorigen Jahre allein im Oktober zugenommen hatte. Für das ganze Jahr 1906 hatte schließlich der Bevölkerungszuwachs sich auf fast 48 000 Personen gestellt, für das ganze Jahr 1907 werden vermutlich nicht halb so viel herauskommen. Die Ursachen dieser Erscheinung sind die bedeutende Minderung der Zugzüge und die gleichzeitige und ebenso bedeutende Mehrung der Bezüge. Der Geburtenüberschuß hat sich nicht geändert, er ist für beide Jahre in den ersten zehn Monaten fast völlig gleich gewesen.

Porträtschwindel.

Die Klagen über Porträtschwindel häufen sich wieder. Gerade die jetzige Zeit vor Weihnachten wird von männlichen und weiblichen Reisenden benutzt, um Leichtgläubige über den Köffel zu barbarieren. Mit Vorliebe werden die Frauen in Abwesenheit der Männer aufgesucht, um sie zu Bestellungen auf Kreideporträts oder Photographievergrößerungen zu veranlassen. Es wird ihnen vorgetrieben, das Bild koste gar nichts, höchstens der Rahmen werde gegen ein billiges Entgelt geliefert. Die Frauen lassen sich oft beschwächen und gehen auf den Leim. Erst wenn das bestellte Bild geliefert wird, geht ihnen ein Licht auf, daß sie böse geprellt worden sind und es zeigt sich, daß sie sich durch Unterschrift eines recht verkauften Vertrages zu der Abnahme des Bildes mit Rahmen verpflichtet haben. Dann aber ist oft nichts mehr zu ändern, und die Ausrede, daß man nicht gewußt habe, was man unterschrieben, nützt nichts. Wer dann nicht gutwillig abnimmt, wird oft gerichtlich zur Abnahme und Bezahlung gezwungen. Es sei aus diesem Grunde darauf hingewiesen, solchen Reisenden gegenüber, die ein gutes Mundwerk haben, ja recht vorsichtig zu sein und insbesondere nichts zu unterschreiben, was man vorher nicht genau durchgesehen. In welcher Weise dieser Schwindel grassiert, sei an einem Beispiele erwiesen. Eine Frau Goldstrom, Döttgerstr. 22 wohnhaft, sucht Bestellungen zu ergattern, indem sie erzählt, die Kreideporträts würden unentgeltlich geliefert, Rahmen brauchen nicht abgenommen zu werden, da es sich um eine Geschäftskarte für Jandorf handele. Wer daraufhin bestellt, muß die Erfahrung machen, daß nach einiger Zeit ein Mann mit dem fertigen Bilde erscheint und anheimschickt, welchen Rahmen der Besteller nehmen will. Wer sich dann auf die Angaben der Frau G. beruft, nach der das Bild nichts koste und der Rahmen nicht ab-

genommen zu werden brauche, macht dann die Erfahrung, daß er zwar nicht zur Abnahme des Rahmens gezwungen wird, aber er bekommt weder das vergrößerte Bild, noch erhält er sein Eigentum, die Photographie wieder zurück. Wir halten es deshalb am Platze, vor Porträtschwindlern dringend zu warnen.

Das Kaufmannsgericht zu Berlin, welches am 1. Juni 1905 in Tätigkeit getreten ist, hat seitdem noch nie Gelegenheit gehabt, eine einigungsamtliche Tätigkeit zu entwickeln. Zwar wurde das Gericht einmal als Einigungsamt angerufen von der „Deutschen nationalen Beisitzer-Gesellschaft von Großberlin“ und dem „Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband, Ortsgruppe Berlin“. Beide suchten die Vermittlung des Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts v. Schulz nach, dahin zu wirken, daß das Abkommen der vier sogenannten D-Banken (Deutsche Bank, Dresdener Bank, Diskontogesellschaft und Darmstädter Bank), durch welches diese sich verpflichtet hätten, Beamte, die sich bei einer dieser Banken in ungenügender Stellung befänden, nicht anzustellen, es sei denn mit Genehmigung der Direktionen, rückgängig gemacht würde. — Die beantragte Vermittlung wurde indes nicht erforderlich, da die gütliche Beilegung der Angelegenheit bekannt gegeben wurde.

In dem Köpferchen Stiftdause, Köpenickerstr. 47a, erhalten würdige, über 60 Jahre alte, alleinlebende Männer, die in Berlin geboren sind und mindestens zehn Jahre hier selbst gemohnt haben, freie, aus einem einseitigen möblierten Zimmer bestehende Wohnung. Auch sind den Inhabern des Hauses freie Heizung, Beleuchtung und Reinigung des Zimmers, sowie Bettwäsche, ärztliche Behandlung und Arznei gewährt. Personen, welche bereits der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen sind, müssen von der Berücksichtigung ausgeschlossen werden. — Gesuche um Aufnahme in das Stiftdaus werden im städtischen Stiftungsbureau, Poststr. 16, vormittags von 8 bis 10 Uhr entgegengenommen.

Aus der städtischen Bauverwaltung.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbaudeputation machte Stadtbaurat Hoffmann Vorschläge zu einer Reform der städtischen Hochbauverwaltung. Er hob hervor, daß die Ausführungsarbeiten während der letzten Monate nach Beendigung der Lohnkämpfe im Sommer d. J. sehr gefördert worden seien; aber auch im Entwurfsbureau herrsche eine besonders rege Tätigkeit. Das Entwurfsbureau sei jetzt derart beschäftigt, daß auch für die Projektierungsarbeiten eine größere Dezentralisation notwendig sei. Er empfehle, die nächsten Aufträge den Leitern der Bauinspektionen zur selbständigen Bearbeitung zu übertragen und auch, wie dies schon beim Entwurfe zu der umfangreichen Erweiterung des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhauses geschehen sei, Privatarchitekten mit städtischen Aufgaben zu betrauen. Stadtbaurat Hoffmann teilte ferner noch mit, daß die Beschlüsse, die die Baudeputation zur Vereinfachung des Geschäftsganges bei den Bauausführungen und ganz besonders zur Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsganges bei Erledigung der Rechnungen vor einiger Zeit gefaßt hatte, jetzt vom Magistrat einer Magistratskommission zur Beratung überwiesen worden seien. Er hoffe, daß diese Beratung zu beschleunigt werden könne, daß schon im nächsten Jahre diese Vereinfachungen bei den sehr umfangreichen Bauausführungen der Hochbauverwaltung verwertet werden könnten. Den Standpunkt, Privatarchitekten mit städtischen Aufgaben zu betrauen, halten wir für verfehlt und durch nichts gerechtfertigt.

Neuerungen im Postverkehr. Wichtige Neuerungen im Postverkehr treten nach einer Anordnung des Reichspostamts teils jetzt, teils am 1. Januar in Kraft. Bei Maßnahmen fällt die bestellende Postanstalt für alle Fälle eine Postanweisung zur Rückführung des Betrages aus. Es ist nun vor kurzem zugelassen worden, daß diese Postanweisungen auch von den Abendern ausgefüllt werden. Das Reichspostamt hat jetzt auch angeordnet, daß den Abendern größerer Mengen von Paletten und offenen Karten mit Nachnahme, die den Sendungen ausgefüllte Postanweisungen beizufügen wünschenswerten, zu diesem Zwecke von den Postanstalten verdruckte Formulare zu Nachnahme-Postanweisungen kostenfrei verabfolgt werden können. Voraussetzung ist dabei die Ueberzeugung, daß eine mißbräuchliche Verwendung der Formulare ausgeschlossen ist. Im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn nebst Böhmen und Bosnien-herzegowina können jetzt Münzen in die Briefsendungen eingelegt werden. Dasselbe gilt für den Verkehr mit den deutschen Schutzgebieten, sofern die Sendungen unmittelbar ausgetauscht werden. Im Verkehr mit diesen und Marokko sind jetzt bei Preislisten usw. außer Zahlen nach den Vorschriften des inneren deutschen Verkehrs auch Maße, die als Bestandteile der Preisbestimmung zu betrachten sind, zulässig. Ferner darf die Rechnung mit solchen handelsrechtlichen Zulagen versehen werden, die den Inhalt der Sendung betreffen und nicht die Eigenschaft einer besonderen, mit diesem in keiner Beziehung stehenden Mitteilung haben. Endlich dürfen hier bei Leistungen über Invalidenversicherungsbeiträge sowie bei Druckkosten der Berufsvereinsbeiträgen, Versicherungsanstalten usw. die nach den Vorschriften des inneren deutschen Verkehrs zulässigen Zulagen, Änderungen usw. gemacht werden. Im inneren deutschen Verkehr kann man bekanntlich von der Post bezogene Zeitungen gegen eine Gebühr von 50 Pf. nach einem neuen Postort überweisen lassen. Vom 1. Januar an kann dies unter denselben Bedingungen auch im Verkehr zwischen Deutschland und den deutschen Postanstalten im Auslande, zwischen diesen Postanstalten untereinander und zwischen ihnen und den Postanstalten in den deutschen Schutzgebieten geschehen.

Die Besuchszeiten der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg (Friedrichsstraße 11/12) sind folgende: An den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags): vormittags 10 bis nachmittags 1 Uhr. Dienstag und Donnerstag außerdem abends von 6 bis 9 Uhr.

An den Sonntagen nachmittags von 1 bis 5 Uhr. Am ersten Weihnachts-, Oker- und Pfingstfeiertage bleibt die Ausstellung geschlossen; an den übrigen Feiertagen ist sie wie an den Sonntagen geöffnet. Der Besuch der Ausstellung ist unentgeltlich.

Unter den Aktionären der Allgemeinen Omnibusbeförderungsgesellschaft ist eine heftige Opposition gegen die jetzige Verwaltung, die in den Händen des Hauses Bleichroder liegt, im Gange. Man ist sehr unzufrieden mit der Leitung, die in Konflikt mit der Stadt Berlin gekommen sei. Eine Vorversammlung zu der am den 4. Januar einberufenen außerordentlichen Generalversammlung hat nach längerer Diskussion folgende Resolution beschloffen: „Die heute in Berlin versammelten Aktionäre der Allgemeinen Berliner Omnibusbeförderungsgesellschaft sind der Ueberzeugung, daß die jetzige Verwaltung nicht im Stande ist, die Geschäfte der Gesellschaft zu einer gedeihlichen Fortentwicklung zu führen und daß ihre Maßnahmen darauf hinauslaufen, den Status zu verschlechtern und dadurch das Unternehmen zu billigen Preisen der Konkurrenz zu übergeben. Die Aktionäre halten eine Besserung der mangelhaften Verhältnisse nur dann für möglich, wenn jeder unabhängige Aktionär dafür sorgt, daß in der nächsten Generalversammlung seine Aktion so vertreten werden, daß eine Umkehrung der jetzigen Verwaltung verhindert wird. Die Aktionäre beschließen, in der außerordentlichen Generalversammlung für die Einsetzung einer durchaus unparteiischen Revisionskommission einzutreten.“

Das Arbeitshaus der Stadt Berlin hat im Verwaltungsjahr 1906, über das jetzt der Jahresbericht veröffentlicht wird, zum ersten Male seit längerer Zeit wieder einen Frequenzzuwachs gehabt. Er fällt ins Gewicht besonders für die männlichen Korrigenden, die ja im Arbeitsbause in der Regel 90 bis 95 Proz. aller Inzassen ausmachen. Der tägliche Durchschnittsbestand männlicher

Korrigenden hatte in den vier Jahren 1898, 1899, 1900, 1901 sich auf 1064, 1080, 1107, 1128 gestellt. Nach dieser allmählichen Zunahme folgte im Jahre 1902 ein plötzliches Emporsinken des Durchschnittsbestandes auf 1000. Die Jahre 1903 und 1904 brachten dann eine weitere, aber nicht mehr erhebliche Zunahme, auf 1060 und 1064. Eine starke Aufwärtsbewegung zeigte sich wieder im Jahre 1905, wo der Durchschnittsbestand auf 1849 stieg. Im Jahre 1906 aber ist er nun endlich wieder heruntergegangen, auf 1685.

Ein etwas anderes Bild bietet sich uns, wenn wir die jährliche Zahl der Rekruten an männlichen Korrigenden betrachten. Sie stellte sich in den Jahren 1898, 1899, 1900 auf 845, 904, 851, stieg in 1901 plötzlich auf 1184, in 1902 auf 1524, in 1903 auf 1791. Das Jahr 1904 brachte einen Rückgang auf 1591, ihm folgte aber in 1905 eine nochmalige Zunahme auf 1710, und erst in 1906 kam es dann zu einem weiteren Rückgang auf 1228. Warum in den Jahren 1901 und 1902 und auch noch in 1903 die Einlieferungen sich so bedeutend mehrten, das ist ohne weiteres klar. Beschäftigungsmangel und Wohnungsnot hatten damals ihre Opfer unter der Arbeiterbevölkerung gefordert. Wenn die Stadtgemeinde in solchen Zeiten nicht für Kostensarbeiten sorgt, dann kriegt sie's hinterher im Obdach und im Arbeitshaus zu spüren, wie der Kostensarbeit wirkt. Aber die nochmalige Erhöhung der Aufnahmegiffer im Jahre 1905! Woraus kann die zu erklären sein?

Sehen wir uns daraufhin einmal die Gründe an, aus denen die männlichen Korrigenden dem Arbeitsbause überwiesen wurden. Meist war es Bettel- oder Obdachlosigkeit, neben diesen beiden „Delikten“ kamen die übrigen der Zahl nach kaum in Betracht. In den neun Jahren 1898 bis 1906 wurden wegen Bettel 628, 731, 632, 853, 964, 1039, 998, 815, 575 Männer überwiesen. Hier sehen wir also eine fast länderlose Aufwärtsbewegung bis 1903 und von da ab wieder eine Abwärtsbewegung. In denselben neun Jahren wurden aber wegen Obdachlosigkeit 216, 181, 219, 321, 524, 703, 531, 828, 601 Männer überwiesen. Neben dem einen Höhepunkt im Jahre 1903 tritt hier ein nochmaliger Höhepunkt in 1905 hervor.

Ende 1904 hatte nämlich im Obdach der Stadt Berlin Herr Rischke, der „richtige Mann“, mit seinen „Reformaten“ begonnen. Sie bestanden darin, daß er der Polizei die Türen des Obdaches noch weiter auftrat und noch ein paar hundert Obdachlose mehr als sonst dem Straßrichter zuführen ließ, der sie dann wegen des Verbrechens der Obdachlosigkeit abzurufen sollte. So kam's, daß damals das Obdach leerer, aber das Arbeitshaus dafür um so voller wurde. Das nennt man kommunalfreisinnige „Sozialpolitik“!

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. Die Rednerschule muß auch an diesem Donnerstag, den 5. Dezember, wegen der Krankheit des Genossen Grünwald ausfallen. Genosse Grünwald hofft aber, seine Lehrtätigkeit in der nächsten Woche in beiden Kursen wieder aufnehmen zu können. Die Ersatzstunden sollen dann gemeinsam mit den Hörern festgelegt werden. Weiteres in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“.

Nach einer von dem Finanzminister im Einverständnis mit dem Reichshausamt getroffenen Entscheidung kommt die im Reichstempelgesetz vorgeschriebene Besteuerung der Arbeiterfahrkarten vom Fahrlattenstempel nicht allein ausgerechneten Arbeitern zugute, sondern auch Lehrlingen solcher Erwerbsgeschäfte, bei denen es sich nur um die Erlernung von mechanischen oder Handarbeiten handelt, so daß der Lehrling nach Beendigung der Lehrzeit zu den Arbeitern im engeren Sinne des Wortes gehört. Was als mechanische oder Handarbeit anzusehen ist, läßt sich nicht erschöpfend angeben. Weberinnen, Wäscherinnen und Wästerinnen gehören zu denjenigen Personen, an die Arbeiterfahrkarten steuerfrei abgegeben werden können.

Keine Wälderholungsstätte?

Der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Einrichtung einer Wälderholungsstätte für 200 schwächliche und schulpflichtige Kinder auf dem Gelände des städtischen Rittergutes nach nördlich der Eisenbahnstation trat Dienstagabend zusammen. Die Vorlage wurde abgelehnt und folgender Antrag des Stadtverordneten Sachs angenommen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag des Magistrats ab und ersucht ihn um eine möglichst baldige Vorlage über die Errichtung einer Wälderholungsstätte für kränkliche und genesende Kinder ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, die das ganze Jahr hindurch geöffnet ist, und in der auch hierfür geeignete Kinder Schulunterricht unter ärztlicher Aufsicht erhalten können.

So wünschenswert es ist, daß kränkliche und genesende Kinder das ganze Jahr hindurch in einer Erholungsstätte bleiben können und dort auch Schulunterricht erhalten, so schließt das keineswegs aus, daß für schwächliche Kinder in der Weise gesorgt wird, wie das der Magistrat vorschlägt. Öffentlich klingt es, im Plenum der Stadtverordnetenversammlung für die vom Ausschuss abgelehnte Magistratsvorlage eine Mehrheit zu finden, zumal die Ablehnung im Ausschuss mit Stimmengleichheit erfolgte.

Selbstmord auf den Eisenbahnschienen. Der gestern um 1/3 Uhr nachmittags auf dem Steintiner Bahnhof fällig gewesene Fernzug von Bremen erlitt durch einen traurigen Vorgang auf dem Bahnhof Westen eine erhebliche Verzögerung. Als der Zug gegen 1 Uhr die Station verließ, sprang plötzlich ein Mann auf den Bahnkörper und warf sich unmittelbar vor der Lokomotive auf die Schienen. Die Räder der Maschine rollten über den Selbstmörder hinweg, dessen Körper buchstäblich in Stücke gerissen wurde. Wie aus Papieren, die in der Kleidung des Toten vorgefunden wurden, hervorging, war der Verlorene ein 23jähriger Arbeiter Franke aus Oranienburg, der durch Liebesgram zu dem verzweifelten Schritt getrieben worden war.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich gestern abend in der Kolonnenstraße zugetragen. Der 11jährige Schüler Friedrich Boll, Deonheimstraße 14 wohnhaft, hatte den Fahrbaum überschreiten wollen, als er zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Klamottenwagen geriet. Er versuchte dem Lastwagen auszuweichen und kam dadurch dem Motorwagen zu nahe. Der Knabe wurde durch die Bodenplatteform am Kopf getroffen und fiel unglücklichweise unter die Räder des schweren Wagens, die über ihn hinweggingen. Er zog sich schwere innere Verletzungen sowie Verblutungen beider Beine zu und wurde in sehr bedenklichem Zustand in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Beim Tanzen vom Tod überrascht. Einen traurigen Abschlus fand in der vergangenen Nacht ein Tanzvergnügen in einem Etablissement in der Chausseestraße 16. Kurz nach 12 Uhr brach plötzlich einer der Tänzer, ein unbekannter etwa 35 Jahre alter Mann am Arme seiner Tänzerin zusammen und starb kurz darauf an den Folgen eines Herzschlages. Die Leiche wurde nach dem Scharnhause gebracht. In der Rodiasche des Toten fand man eine Leutnantskarte des Wirtschaftsverbandes des Berliner Lehrervereins vor.

Zwischen Blumen Selbstmord verübt. Der 23jährige Blumenbinder Oskar Hanke, der in der Königsgräberstraße 49 wohnte und in dem nebenan liegenden Blumengeschäft von H. angestellt war, hat sich gestern abend in dem Laden seines Arbeitgebers vergiftet. Der Lebensmüde setzte sich zwischen den Blumen auf einen Stuhl und trank eine Flasche Lysol aus. Als der Geschäftsinhaber kurz darauf eintrat, fand er den jungen Mann bereits als Leiche vor. Die Giftflasche lag zerbrochen am Erdboden. H. hatte zum 1. Januar seine Kündigung erhalten und wollte dann selbst am Kurfürstendamm ein Blumengeschäft eröffnen.

Auf der Flucht vor einem Schyman in die Spree gesprungen und ertrunken. Gestern morgen in der fünften Stunde hat sich am Schiffbauerdamm ein aufregender Vorfall abgepielt. Der Schyman Josef W. Nr. 3078 hatte einen Mann beobachtet, der sich durch Vetteln bei den Passanten lässig machte. Er ging schließlich auf den Vettel zu und wollte ihn festhalten und mit zur Wache nehmen. Der Aufforderung, ihm zu folgen, kam der Mann aber nicht nach, er bedrohte vielmehr den Polizeibeamten. Als nun J. zur Verhaftung des Vettlers schreiten wollte, ergriff dieser die Flucht und lief den Schiffbauerdamm entlang. Der Beamte machte sich sofort an die Verfolgung des Flüchtlings. Vor dem Grundstück Schiffbauerdamm 4 hatte er ihn eingeholt. Der Vettel eilte jedoch nun an das Ufer der Spree und schwang sich über das Geländer hinweg in den Fluß. Er sank unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Durch Schiffer, die in der Nähe mit ihren Fahrzeugen vor Anker liegen, wurden auf der Stelle Rettungsversuche unternommen, die aber keinen Erfolg mehr hatten. Eine Invalidentarte, die der Unbekannte in den Händen des Beamten zurückgelassen hatte, war auf den Namen Oskar Hermann ausgestellt.

Im Theater an der Spree findet die Premiere des „Tiroler Kruppenpiels“ von Rudolf Greinz am nächsten Montag, den 5. d. M., statt.

Eine Vogelausstellung wird am 6. d. M. in den Andraakstraßen, Andraakstraße 21, eröffnet. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. Veranstalter wird die Ausstellung von den Vereinen „Aegintha“ und „Canaria“.

Zeugen gesucht. Am 1. August nachmittags hatte auf einem Neubau in der Westfälischen Straße (Bau Haß) ein Tischler mit einem anderen Herrn ein Rencontre. Aus diesem Anlaß ist ein Strafverfahren gegen den Tischler eingeleitet. Es wäre wünschenswert, wenn sich Zeugen dieses Vorfalls, insbesondere der Klempner und der Zimmerpolier, die die Sache mit angesehen, melden würden und ihre Adressen an den Tischler Johann Springer, Prenzlauerstr. 9 einsenden würden.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam um 1 Uhr in einer Kaminflammer am Grünen Weg 57 Feuer aus, dem besonders Fleisch und Wurst zum Opfer fielen. Der 15. Zug wurde wegen eines Schaufensterbrandes alarmiert, der in der Verlebergerstr. 52 ausgebrochen war. Der Brand eines Baderellers beschäftigte den 11. Zug in der Wasserstr. 49, wo jetzt, Tischler, das Zwischengebälk u. a. brannte, so daß kräftig Wasser gegeben werden mußte. Heute früh hatte der 15. Zug in der Stromstr. 10 mit einem Wohnungsbrande zu tun. Ferner liefen noch Meldungen aus der Forsterstr. 40, Potsdamerstraße und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg. Die bürgerliche Bloßpolitik bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen wird verherrlicht in einer Notiz, die das hiesige Ortsblättchen entweder dem Reichsverbandesbildung in die Hände gedrückt bekommen oder inhaltlich aus den dem Reichsverband zur Verfügung stehenden Schmutzblättern aufgegriffen hat. „Stadtverordnetenwahlen“ ist die Notiz überschrieben, eine Zusammenstellung einiger Orte, in denen es den bürgerlichen Parteien gelungen ist, der Sozialdemokratie die Mandate streitig zu machen. Diesen demagogischen Kniff wendet das Winklerblättchen an, um die Wählermassen über die in letzter Zeit in die Erscheinung getretenen Ständelösen Vorgänge hinwegzutäuschen. Mit dem Material selbst sind vor einiger Zeit andere Blätter schon kreben gegangen. Fast könnte man auf den Gedanken kommen, als sei der Reichsverbandesbildung der Ortsgruppe Schöneberg entlassen worden und habe in seiner früheren Broschüre wieder Unterkunft gefunden. Mit diesem Hahn, sollte er sich Lichtenberg wieder als den Ort seiner Wirkamkeit ausweisen haben, wird die Sozialdemokratie sehr schnell fertig werden. Ueberdies ist die Einwohnerschaft, soweit sie nicht den um die Krippe Streitenden angehört, von den Sünden der herrschenden Klasse zu sehr überzeugt, als daß sie sich von jedem Handworf ins Schlepptau nehmen ließe.

Ein großes Licht auf die mangelhafte Armenfürsorge Lichtenbergs wirft folgender Fall: Am 30. September erlitt der Dachdecker D. einen schweren Unterschenkelbruch und wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wofür er sechs Wochen liegen mußte. In dieser Zeit hatte er von seiner Kasse 12 M. Krankengeld pro Woche zu beanspruchen. Hierzu bezog das Krankenhaus sechs Mark und die anderen sechs Mark wurden seiner Frau mit ihren sieben Kindern überwiesen. D. verließ, von der Sorge um seine Familie gepeinigt, das Krankenhaus, um so die vollen zwölf Mark für sich und seine Familie zu haben. Aber trotzdem reichlich die zwölf Mark, was nach den heutigen Verhältnissen nur zu erklärlich erscheint, nißt aus, um die Familie über Wasser zu halten. D. entschloß sich nach langem Sträuben, an die Armenkommission um eine Unterstützung zu wenden, um abgesehen vom Hauswirt, beim Bäcker und Schlächter nicht zu sehr in Schulden zu geraten. Hierauf wurde referiert und nach 14 Tagen erhielt D. von der Armenkommission ein Schreiben, worin mitgeteilt wurde, daß ihm eine einmalige Unterstützung von 10 M. bewilligt worden sei. War es der Armenkommission nicht möglich, einem Menschen, dessen Familie bereits während der neun Wochen Krankheits vom Hunger gepeinigt wurde, eine höhere Unterstützung zu gewähren? D. bemerkt in seinem an uns gerichteten Schreiben, daß er früher seine Stimme bei Wahlen den bürgerlichen Kandidaten gegeben habe, die Lichtenberger Armenkommission habe ihn jedoch jetzt zum Sozialdemokraten gemacht.

Rixdorf. Die Spielerei mit Schusswaffen hat gestern wieder einmal einen traurigen Unfall herbeigeführt, der vielleicht noch ein blühendes Menschenleben fordern wird. Der Telegraphenarbeiter August Gaida aus der Richardstr. 101 besitz einen sogenannten Taschenschießapparat, mit dem er schon öfter Schießübungen vorgenommen hatte. Gestern holte er die Waffe in Gegenwart seines Freundes, des 24jährigen Arbeiters Ernst Kalmann, Thüringerstr. 43 wohnhaft, hervor und manipulierte vor den Augen des F. damit. In dem Augenblick, als die Mündung dem Gesicht des F. zugekehrt war, ging plötzlich ein Schuß los und die Kugel drang dem Freunde in die Stirn. Besinnungslos brach der Betroffene zusammen. Er wurde, nachdem ihm ein Arzt aus der Nachbarschaft einen Rotverband angelegt hatte, nach dem städtischen Krankenhaus in der Gannertstraße gebracht. Es ist sehr zweifelhaft, ob der Schwerverletzte dem Leben erhalten werden kann.

Charlottenburg. Im Volkshaus Charlottenburg findet am Sonnabend, den 7. Dezember, 8 Uhr der 7. Kunstabend der „Freien Volkshaus Charlottenburg“ statt. Das Programm ist ein künstlerisch wertvolles und inhaltreiches, es enthält Dichtungen von Goethe, Fontane, C. F. Meyer, Dandert u. a.; Lieder von Schubert, Haydn, Mozart und Kompositionen von Mozart, Verdi, Brahms u. a. m.; die Vorträge sind teils ernst, teils humoristischen Charakters. Die Ausföhrung des Programms liegt in bewährten Händen; für die Regitation ist Frau Johanna Meyer gewonnen, für den Gesangsvortrag: Fräulein Käthe Köllering, Violin: Frau Radwauer, Violine: Herr Leo Kestenberg. Karten a 50 Pfennig. Programm indrücken, sind in den benannten Musikläden des Vereins, freie Volkshaus Charlottenburg, sowie im Volkshaus und an der Abendkasse zu haben. Vereinsmitglieder haben freien Eintritt.

Wilmersdorf. Die Errichtung einer eigenen Polizeidirektion fordert in einer Petition an den Minister des Innern der Bezirksverein „Alter Ort“. In dem Wilmersdorfer Anzeiger wird betont, daß die Einrichtung, wonach Wilmersdorf bei der Stadterweiterung dem königl. Polizeipräsidium Schöneberg unterstellt worden ist, sich nicht bewährt habe. Vielmehr liege es im Interesse der Bevölkerung, daß Wilmersdorf eine eigene Polizeidirektion, sowie noch mindestens zwei weitere Polizeidivisionen und eine erhebliche Vermehrung der Schutzeleute erhält. Mit dieser Angelegenheit soll sich auch die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Man darf gespannt sein, welche Gründe angeführt werden, um eine erhebliche Vermehrung der Schutzeleute, gerade in dem wohlhabenden Wilmersdorf, als dringend erscheinen zu lassen.

Sieglitz. Einer gefährlichen Mark- und Taschendiebin ist vorgestern nach jahrelanger „Tätigkeit“ das Handwerk gelegt worden. Auf dem hiesigen Wochenmarkt war seit Jahren eine Frau erschienen, die durch einen mächtigen Habmantel, mit dem sie bekleidet war und durch zwei große Taschen, die sie in der Hand trug, schon allgemein bekannt war. Niemand ahnte jedoch, daß der Habmantel und die Taschen dazu dienen, um gestohlene Leute in Sicherheit zu bringen. Vorgestern gelang es, die Person auf frischer Tat zu ideoersuchen. Die Diebin wurde festgenommen und als eine Frau Sch. von hier ermittelt. Eine Hausdurchsuchung in der Wohnung förderte einen ganzen Vorrat gestohlener Waren zu Tage.

Wilhelmsruh. In der Generalsversammlung des Wahlvereins erlaßte der Vorsitzende Genosse Junder Bericht über die Tätigkeit im verfloffenen Quartal. Danach haben stattgefunden 9 Vereinsveranstaltungen, eine öffentliche und 2 Flugblattverteilungen. Dem Wahlweise zur Agitation überwiesen sind außer den Ortschaften Schwanenbagen, Jeshendorf auch die Orte Wensidendorf und Stolzenhagen. Redner ermahnte die Genossen, nun alle Kräfte einzusetzen, um in den vier Ortschaften Aufklärungsarbeit zu leisten. Es sei dies um so mehr notwendig, als auch die Gegner kein Mittel unversucht ließen, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 152, die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten am Ort 255. Betreffs der Bibliothek erlauchte der Redner, wegen Vornahme einer Revision sämtliche im Besitz der Mitglieder befindlichen Bücher zurückzugeben; die neue Ausgabe beginnt wieder im Januar 1906. Der Bericht des Kassierers Genossen Bähle ergab eine Einnahme von 854,55 M. und eine Ausgabe von 141,45 M. Die hierauf vorgenommenen Rechnungen ergaben die Zahl folgender Genossen: Junder erster, Kiehling zweiter Vorsitzender, Bähle Kassierer, Kilmann Schriftführer. Zum Schluss erlauchte Genosse Junder noch, mit aller Energie in den Wahlrechtskampf einzutreten.

Vermischtes.

Unangenehme Hotelgäste. Im vorigen Jahre wurden in einer langen Reihe größerer Städte des europäischen Kontinents in ersten Hotels äußerst raffinierte Diebstähle verübt, wobei sich die Täter auch eines Veräuhungsmittels bedient haben sollen. In analogen Fällen sind auch in Hamburg, Magdeburg, München, Nürnberg usw. Hoteldiebstähle begangen worden. Im Herbst 1906 sind in Nürnberg der 23jährige, angeblich in Kriest geborene Buchhalter Demetrio Demetrisopoulos und der 36jährige türkische Staatsangehörige Kaufmann Aristides Papadopoulos aus Smyrna bei Vergehung eines Hoteldiebstahls abgefaßt und zu je 15 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. D. erhielt kurz darauf in Magdeburg eine Zufallsstrafe von 18 Monaten Zuchthaus. Bei all diesen Diebstählen haben die Angeklagten, die auch in Frankreich und Amerika Gastrollen gegeben haben, mittels fein gearbeiteter gereizelter Jangen vom Korridor aus die von innen verschlossenen Zimmer der Hotelgäste geöffnet, wie aus den Spuren an den Köpfen der Schlüssel ersichtlich ist. Silbergeld, Schmutz- und sonstige Gegenstände, die leicht zu ihrer Entbedung hätten führen können, haben die Angeklagten nicht geraubt, sondern nur Papier- und Goldgeld. Vielen Bestohlenen war am anderen Morgen zu Mut, als wenn sie aus einer Veräuhung erwaucht seien, woraus geschlossen wird, daß die Angeklagten vorher als Veräuhungsmittel angewendet haben. Inzwischen sind auch in Kriest zwei Ganner dingfest gemacht worden, die genau so operiert haben, und da der Angeklagte D. sich einer Person gegenüber geäußert haben soll, er gehöre einer internationalen „Verbindung“ an, glaubt man, daß diese Angabe auf Wahrheit beruhe. Die beiden schlimmen Gesellen standen am Montag und Dienstag vor der Strafammer I des Landgerichts Hamburg, angeklagt des gemeinschaftlichen Betrugs, allein verübten Diebstahls in 15 Fällen; beide haben große Sprachkenntnisse und treten äußerst selbstbewußt auf. D., der schon als Sechzehnjähriger in Ägypten war und dort seinem Chef eine größere Summe Geldes veruntreut hat, womit er nach Amerika flüchtete, gibt zu, in einem Hamburger Hotel zwei Diebstähle auf die geschickteste Weise ausgeführt zu haben, die weiteren Verbrechen stellt er in Abrede, wie er auch bestritt, daß der Mitangeklagte die Hand im Spiele gehabt habe. F. will nur als Spieler den Kontinent durchzogen haben, um in den erstklassigen Hotels sein Glück zu versuchen; in seinem Besitze fand man außer etwa 8000 Mark viele lösliche Juwelen. Er erklärt den Jubelendstey damit, daß ein Spieler stets solche Schmuckgegenstände bei sich führen müsse, um im Notfall damit zahlen zu können. Die Angeklagten werden von den Angehörigen der Hotels „zum Kronprinzen“, „Selvedere“, „Berliner Hof“, „Prinz Heinrich“ usw. wiedererkannt. In sehr eleganter Kleidung haben sie getrunken diese Hotels besucht, die sie in früherer Vorgesandte gemeinsam verließen, oft unter Zurücklassung ihres Handgepäckes. Die Waffen, die sie bei sich trugen, wollen sie nur zu ihrem persönlichen Schutz bei sich geführt haben. Es wurden nicht weniger als 60 Zeugen vernommen. Das Urteil gegen die Hoteldiebe, gegen die übrigen auch noch in Berlin und München ähnliche Anklagen schweben, lautet auf 8 Jahre Zuchthaus gegen Demetrisopoulos und auf 2 1/2 Jahre Zuchthaus gegen Papadopoulos.

Ein Eisenbahnunfall. Amlich wird aus Westfalen gemeldet: Der Viehzug 6158 aus der Richtung Münster fuhr Mittwoch gegen 2 Uhr vormittags dem aus dem dritten Gleis des Bahnhofs Westenberg ausfahrenden Güterzuge 6480 infolge Ueberfahrens des auf Halt stehenden Einfahrtsignals in die Seite. Ein Bremser des Zuges 6158 ist tot, zwei Personen, darunter ein Viehdiebst, anscheinend leicht verletzt. Beide Hauptleise sind gesperrt. Da Personenverletzt wird durch Umsteigen ausreicht erhalten. Der regelmäßige Verkehr wird voraussichtlich im Laufe des Vormittags wieder aufgenommen werden.

Den Vnder erschoen. Aus Unterfranken wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Nach einem Wortwechsel verletzete der 22jährige Karl Wähler in Karlsruhe seinen Bruder Anton durch Messerstiche derart, daß er nach wenigen Stunden starb.

Die Cholera. Unter den russischen Pilgern im Lazarett und auf dem russischen Dampfer „Merz“ in Sinope sind nach einer Meldung aus Konstantinopel bis zum 1. Dezember einschließlic 54 Cholerafälle vorgekommen, von denen 36 tödlich verlaufen sind.

Sozialdemokratischer Les- und Dichterkreis „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hugo, Reichenstr. 95: Sitzung. Vorstand der Freireisenden Deutschlands. Zweigverein Berlin und Berort. Donnerstag, den 5. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Rosenhalestraße 11/12: Versammlung und Vortrag.

Z. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 4. Dezember 1907, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery results for the 5th class, listing numbers and their corresponding prizes.

Z. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 4. Dezember 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery results for the 5th class, listing numbers and their corresponding prizes.

Z. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 4. Dezember 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery results for the 5th class, listing numbers and their corresponding prizes.

Z. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 4. Dezember 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery results for the 5th class, listing numbers and their corresponding prizes.

Verkäufe.

Text block containing various advertisements for goods and services, including furniture and household items.

Text block containing various advertisements for goods and services, including furniture and household items.

Text block containing various advertisements for goods and services, including furniture and household items.

Text block containing various advertisements for goods and services, including furniture and household items.